

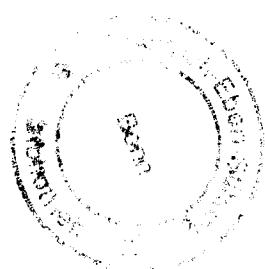
# **Brücken in Bayerns Zukunft**

**- Arbeit, Gerechtigkeit, Bildung und Innovation -**

**Regierungsprogramm der BayernSPD**

**1998**





**C 98 - 04290**

Herausgeber: SPD-Landesverband Bayern, Oberanger 38, 80331 München  
Verantwortlich: Wolfgang Hoderlein  
Redaktion: Harald Schneider  
Druck: Hans-Peter Faltermeier/Peter Sixt, Hausdruckerei  
Gedruckt auf Recyclingpapier

# **Brücken in Bayerns Zukunft**

**- Arbeit, Gerechtigkeit, Bildung und Innovation -**

## **Regierungsprogramm der BayernSPD**

**1998**

### **Inhalt**

<b>1. Brücken in Bayerns Zukunft - Der sozialdemokratische Weg.....</b>	<b>5</b>
<b>2. Frauenpolitik - Von einer Verpflichtung zum Selbstverständnis .....</b>	<b>5</b>
<b>3. Wirtschaft und Arbeit - die Herausforderung unserer Zeit.....</b>	<b>6</b>
<b>3.1. Unsere Ziele: Arbeitsplätze schaffen und soziale Gerechtigkeit durchsetzen.....</b>	<b>6</b>
<b>3.2. Beschäftigungsoffensive für Bayern - Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren .....</b>	<b>7</b>
<b>3.3. Neue Arbeitsplätze durch Innovation und Qualifikation.....</b>	<b>8</b>
<b>3.4. Den Strukturwandel gestalten - Gleiche Lebenschancen in allen Landesteilen herstellen.....</b>	<b>9</b>
<b>3.5. Konzentration verhindern - die Innovationskraft des Mittelstandes stärken .....</b>	<b>10</b>
<b>3.6. Mehr Beschäftigung durch kürzere und flexiblere Arbeitszeiten .....</b>	<b>11</b>
<b>3.7. Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....</b>	<b>12</b>
<b>3.8. Die Finanzierung unserer Politik.....</b>	<b>12</b>
<b>3.9. Über Bayern hinaus - Wir bayerischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen auf Bundesebene durchsetzen: .....</b>	<b>13</b>
<b>4. Sozialstaat und Gerechtigkeit: Soziale Gerechtigkeit ist Dreh- und Angelpunkt sozialdemokratischer Politik .....</b>	<b>14</b>
<b>4.1. Sozialstaat vor neuen Herausforderungen .....</b>	<b>14</b>
<b>4.2. Aktives Alter - Sicheres Alter.....</b>	<b>15</b>
<b>4.3. Behinderte .....</b>	<b>17</b>
<b>4.4. Politik zur Stärkung der Familien.....</b>	<b>17</b>
<b>4.5. Gesundheit.....</b>	<b>18</b>
<b>4.6. Wohnen und Bauen .....</b>	<b>22</b>
<b>4.7. Vereine und Verbände - Das Ehrenamt stärken.....</b>	<b>24</b>
<b>4.8. Sport - macht Spaß, hält gesund und bringt die Menschen zusammen .....</b>	<b>24</b>

<b>5. Bildung, Qualifizierung und Innovation - der Schlüssel zur Zukunft .....</b>	<b>25</b>
<b>5.1. Das Recht auf einen Kindergartenplatz verwirklichen .....</b>	<b>26</b>
<b>5.2. Allgemeinbildende Schulen - Lernen in der Schule für die Welt von morgen .....</b>	<b>26</b>
<b>5.3. Hochschulpolitik .....</b>	<b>29</b>
<b>5.4. Forschungspolitik .....</b>	<b>33</b>
<b>5.5. Berufliche Bildung - Erstqualifikation und lebenslanges Lernen .....</b>	<b>35</b>
<b>5.6. Erwachsenenbildung - Weiterbildung.....</b>	<b>36</b>
<b>6. Kultur und Medien - denn der Mensch lebt nicht vom Brot allein.....</b>	<b>38</b>
<b>7. Ökologisches Bayern.....</b>	<b>39</b>
<b>7.1. Klimaschutz - Verantwortung für die eine Welt.....</b>	<b>40</b>
<b>7.2. Energie für Bayern - naturverträglich, effizient, sicher, risikoarm .....</b>	<b>40</b>
<b>7.3. Flächendeckender Natur- und Landschaftsschutz statt Natur im Reservat - - naturschonende, zukunftsfähige Flächennutzung .....</b>	<b>42</b>
<b>7.4. Tierschutz.....</b>	<b>43</b>
<b>7.5. Bayerische Landwirtschaft - "Gesunde" Lebensmittel aus naturverträglicher Landwirtschaft .....</b>	<b>43</b>
<b>7.6. Jeder Tropfen zählt - Vernünftiger Umgang mit Wasser .....</b>	<b>44</b>
<b>7.7. Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft .....</b>	<b>45</b>
<b>7.8. Verkehrspolitik - Menschliche Mobilität gewährleisten, Umwelt schützen .....</b>	<b>46</b>
<b>8. Bürger - Staat - Verwaltung - Sicherheit .....</b>	<b>49</b>
<b>8.1. Die Bayerische Verfassung weiterentwickeln .....</b>	<b>49</b>
<b>8.2. Das Parlament stärken - Staatsregierung und Ministerialbürokratie verkleinern</b>	<b>50</b>
<b>8.3. Die Verwaltung reformieren und die Kommunen stärken .....</b>	<b>50</b>
<b>8.4. Die Regionen fit für das "Europa der Regionen" machen .....</b>	<b>51</b>
<b>8.5. Für eine bürgernahe, moderne Justiz.....</b>	<b>51</b>
<b>8.6. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger.....</b>	<b>52</b>
<b>8.7. Die Innere Sicherheit stärken - Gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik ...</b>	<b>52</b>
<b>9. Bayern in Deutschland - Deutschland in Europa .....</b>	<b>55</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>59</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>62</b>

## **1. Brücken in Bayerns Zukunft - Der sozialdemokratische Weg**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bayern haben eine klare Vorstellung von dem, was jetzt zu tun nötig ist: Wir wollen, daß in unserem Land wieder Gerechtigkeit herrscht, und wir wollen für eine Zukunft in Sicherheit sorgen.

Deshalb steht dieses Wahlprogramm unter dem Motto: Für Innovation und Gerechtigkeit! Daraus leiten sich alle anderen politischen Ziele ab.

Ein Jahr lang haben wir die Ziele dieses Programms in einem ebenso kritischen wie konstruktiven Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern innerhalb und außerhalb der Partei, mit gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen, Verbänden, mit den Kirchen und der Kommunalpolitik in Gemeinden, Städten und Landkreisen diskutiert. Das Ergebnis lohnte den Aufwand, wie er in Bayern noch nie und von niemandem zuvor betrieben wurde.

Wir wissen: Mit der Politik dieses Programms stehen wir in der Mitte der Gesellschaft in Bayern. Zwei Pole hat diese neue Mitte: Solidarität und Gerechtigkeit bezeichnen die klassischen Werte der Linken, an denen wir festhalten. Innovation und Zukunftsfähigkeit kommen dazu, mit denen wir den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen.

Dieses Programm besitzt eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Menschen haben erkannt, daß Modernisierung und die Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit nötig sind - und daß sie möglich sind.

Wir nehmen die Sorgen und Nöte, die Wünsche und Ideale der Menschen ernst und fordern, daß sie auch von allen anderen ernst genommen werden. Dafür steht dieses Programm.

Die Welt wird kleiner. Was in Deutschland, in Europa, auf der Erde geschieht, beeinflußt unmittelbar auch das Leben in Bayern. Das müssen wir aber nicht bloß reaktiv hinnehmen, sondern können es aktiv mitgestalten. Dieses Programm beschreibt die Ziele und Mittel sozialdemokratischer Politik in und für Bayern.

## **2. Frauenpolitik - Von einer Verpflichtung zum Selbstverständnis**

Frauenpolitik mit dem Ziel der Chancengleichheit für weibliche Lebensplanung und Gleichstellung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist für die SPD eine Verpflichtung. Das Recht auf Arbeit, Einkommen und eigenständige soziale Sicherung für jede Frau, der Auftrag des Grundgesetzes zur aktiven Frauenförderung und die volle Teilhabe an allen Lebensbereichen sind durch konkretes politisches Handeln zu sichern. Darüber hinaus müssen Erwerbsarbeit, Sozialstaat und Gesellschaft so gestaltet werden, daß beide Geschlechter Beruf und Familie miteinander vereinbaren können

Ein bayerisches Gleichstellungsgesetz mit Biß

Wir werden dem bisher unzureichenden bayerischen Gleichstellungsgesetz "Biß geben" und es offensiv umsetzen. Dies bedeutet verbindliche Vorgaben und gleichstellungssichernde Instrumentarien. Dazu gehören Förderpläne in allen Bereichen, die generell einen 50prozentigen Frauenanteil zum Ziel haben, sowie die Quotierung der Ausbildungsplätze. Es muß sichergestellt sein, daß auch Teilzeitbeschäftigte verantwortliche Aufgaben übernehmen können. Erziehungsurlaub für Männer ist förderwürdig und darf nicht durch Repressali-

en am Arbeitsplatz gefährdet werden. Kindererziehungszeiten müssen - ebenso wie der Wehr- und Zivildienst - auf die Dienstjahre angerechnet werden. Für Unternehmen, an denen der Freistaat oder kommunale Gebietskörperschaften mehrheitlich beteiligt sind, muß das Gleichstellungsgesetz uneingeschränkt gelten.

#### **Wir werden Rahmenbedingungen ändern**

Wir werden das Kriterium der Frauenförderung in der Wirtschaftsförderung und bei Vergaberichtlinien einführen. Verordnungen, alle Bereiche der Mittelvergabe, der Forschung und Wissenschaft und der staatlichen Förderprogramme werden wir auf ihre Auswirkungen auf und Tauglichkeit für Frauen überprüfen und entsprechend geschlechtsneutral neu konzipieren.

Wir werden eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit Frauenhäusern, Notrufen und Mädcheneinrichtungen sicherstellen.

Die Diskriminierung bayerischer Frauen beim Schwangerschaftsabbruch werden wir beenden. Der bayerische Sonderweg wird abgeschafft. Das Bundesgesetz gilt uneingeschränkt auch in Bayern und wird entsprechend umgesetzt.

#### **Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe**

Frauenpolitik wird von uns als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen begriffen. Aus diesem Grunde sind unsere frauenpolitischen Vorstellungen in den jeweiligen Abschnitten dieses Programms ausformuliert.

### **3. Wirtschaft und Arbeit - die Herausforderung unserer Zeit**

#### **3.1. Unsere Ziele: Arbeitsplätze schaffen und soziale Gerechtigkeit durchsetzen**

Wir wollen, daß alle erwerbsfähigen Menschen in Bayern auf einem sozial gesicherten, zukunftsträchtigen und gerecht entlohten Arbeitsplatz ihre Fähigkeiten einbringen und entwickeln können.

Die zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Politik besteht in der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze steht daher im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Wir wollen eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik durchsetzen, und wir setzen auf eine intelligenter und gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit für Männer und Frauen durch vielfältige und flexible Formen der Arbeitszeitverkürzung.

Wir treten dafür ein, daß die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit dem Wachstum der Produktivität Schritt halten können, die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten gestärkt und die in den letzten Jahren stattgefundene Umverteilung von unten nach oben langfristig konsequent rückgängig gemacht wird. Sozial ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen und der Scheinselbständigkeit treten wir entschieden entgegen. Wir werden im Einflußbereich des Staates nur noch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zulassen und dies bei Auftragsvergaben zur Bedingung machen. Auf Bundes- und die Sozialversicherungspflicht auch für geringfügige Beschäftigung einzuführen.

Beschäftigung  
initiiieren statt  
Arbeitslosigkeit  
finanzieren

Kaufkraft  
schafft Nach-  
frage, Nach-  
frage schafft  
Arbeit

Generelle Sozial-  
versicherung

Der Sozialstaat gewährleistet die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben und sichert den sozialen Zusammenhalt. Wir wollen den sozialen Konsens in unserer Gesellschaft erneuern.

Der notwendige Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft muß so ausgestaltet werden, daß die sozialen und ökologischen Standards erhalten und weiterentwickelt werden. Wir werden nicht zulassen, daß immer größere Gruppen von Männern und Frauen an den Rand gedrängt und letztlich ausgrenzt werden. Unser Leitbild ist das Individuum mit Bereitschaft zu Leistung und sozialer Verantwortung.

Soziale und ökologische Gestaltung setzen eine hochproduktive, innovative und dadurch international wettbewerbsfähige Wirtschaft voraus. Wir werden die Grundlagen dafür schaffen, daß die dafür nötigen Innovationen in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie im Bereich der Bildung und Qualifizierung zügig umgesetzt werden. Mit einer breiten Palette von Zukunftsinvestitionen wollen wir die Informations- und Kommunikationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts menschen- und umweltfreundlich gestalten.

Forschung,  
Bildung, Inno-  
vation - der  
Zukunftsrei-  
klang

### **3.2. Beschäftigungsoffensive für Bayern - Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren**

Eine radikale Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik ist nötig. Wir werden eine aktive Beschäftigungspolitik initiieren, weil die privaten Investitionen alleine nicht ausreichen, die Beschäftigungskrise zu überwinden. Bayern braucht deshalb eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktpolitik muß mit der regionalen Strukturpolitik verknüpft werden.

Bayern braucht  
eigene Arbeits-  
marktpolitik

Beschäftigungswirksame Investitionen müssen auch von der öffentlichen Hand initiiert werden, um die Infrastruktur zu erneuern und die sozialen Dienstleistungen auszuweiten. Die Mittel sind vorwiegend den kommunalen und regionalen Ebenen zur Verfügung zu stellen, damit der Mitteleinsatz bürgernd erfolgen kann.

Wir werden zu diesem Zweck ein Landesarbeitsmarktprogramm auf den Weg bringen, das in der Anlaufphase mit 300 Mio DM ausgestattet wird. Damit wollen wir Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften bilden, die den Strukturwandel an Industriestandorten und in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit bewältigen helfen. Die betroffenen Betriebe sollen in diesen Gesellschaften mit den örtlichen Arbeitsämtern, den Kammern und zuständigen Gewerkschaften sowie den Kommunen industrie- und strukturpolitische Alternativen für die jeweilige Region erarbeiten. Die Gesellschaften haben vorrangig die Aufgabe, Arbeitslose zu qualifizieren und durch frühzeitige Fortbildung und Umschulung den Verlust des Arbeitsplatzes zu verhindern. Betriebe, die Massenentlassungen (nach § 17 Kündigungsschutzgesetz) durchführen, sollen verpflichtet werden, sich an Beschäftigungsgesellschaften zu beteiligen.

300 Millionen für  
Landesarbeits-  
marktprogramm

Zusätzlich wollen wir einen staatlichen Überbrückungs- und Strukturhilfefonds ("Feuerwehrfonds") für Unternehmen in Krisenbranchen und -regionen einrichten. Im Rahmen dieses Programms sollen finanzielle Hilfen für konjunkturuell gefährdete Betriebe mit Marktperspektive vergeben werden. Die Mittelvergabe ist zeitlich zu befristen und degressiv zu gestalten, damit eine dauerhafte Subventionierung ausgeschlossen wird.

Neue staatliche  
Initiative statt  
alter Dauersub-  
vention

Soziale Betriebe sollen mit öffentlicher Förderung für besondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes spezielle Beschäftigungsangebote entwickeln. Dabei sollen Konzepte und Projekte von kommunalen Initiativen und Wohlfahrtsver-

bänden fortgeführt und weiterentwickelt werden. Wir werden die Frauenförderung auch in der Projektförderung unterstützen.

Die BayernSPD steht für eine Bestandsgarantie der öffentlichen Arbeitsverwaltung in staatlicher Trägerschaft. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken. Wir werden dafür sorgen, daß die öffentlich organisierten sozialen und kulturellen Dienste in öffentlicher Verantwortung bleiben und bürgernah und unbürokratisch ausgestaltet werden.

Wir werden die Leistungsminderung mittlerer und unterer Verwaltungsebenen nicht zulassen und insbesondere dafür sorgen, daß in der Landesfinanzverwaltung genügend Planstellen für die dringend benötigten Betriebsprüfer zur Verfügung stehen. Um die angespannten Zustände in der bayerischen Justiz zu beheben, müssen vermehrt Planstellen für Justizvollzugsbedienstete bereitgestellt werden. Die Anstellung von Lehrkräften und Lehrpersonal an Schulen und Hochschulen muß vorrangig an den bildungspolitischen Zielen ausgerichtet werden. Auch die Bereiche der psychosozialen Grundversorgung und der Jugendhilfe müssen gestärkt werden.

*Basisverwaltung  
stärken - Ministerialbürokratie abbauen*

### **3.3. Neue Arbeitsplätze durch Innovation und Qualifikation**

Mit einer Initialzündung für Investitionen und Innovationen sollen die bayerische Wirtschaft modernisiert werden und gleichzeitig mehr Lebensqualität entstehen. Mit Investitions- und Innovationsförderung wollen wir Zukunftsvorsorge im umfassenden Sinne betreiben. Dringende soziale Bedürfnisse, zukunftssichere Arbeitsplätze und die Schonung von Ressourcen durch kreislaufgeführte Produktionsweisen müssen zusammengeführt werden. Die Bedarfsfelder einer öffentlichen Investitionspolitik liegen vor allem auf den Gebieten der ökologischen Erneuerung, von Bildung und Forschung sowie im sozialen Bereich:

*Neue Arbeit initiieren -  
Sozial und ökologisch - die Kreislaufwirtschaft*

- Die Erhöhung der Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energieträger sichern qualitatives Wachstum. Insbesondere wollen wir die Solarzellentechnologie durch ein Dächer- und Fassadenprogramm zum industriellen Durchbruch bringen. Wir werden außerdem Anlagen der kommunalen und industriellen Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Nah- und Fernwärme fördern.

*Neue Energie schafft neue Arbeit*

- Verkehrsinvestitionen sollen die Verkehrswende ermöglichen. Die Schienen- und Güterverkehrsinfrastruktur ist schwerpunktmäßig auszubauen. Die Etatsätze für den kommunalen öffentlichen Personennahverkehr im Gemeindefinanzierungsgesetz müssen mindestens verdoppelt werden. Verstärkt sollen beim ÖPNV nicht nur die Baukosten, sondern auch die Betriebskosten bezuschußt werden.

- Notwendig ist der Einstieg in die ökologische Stoffwirtschaft zur Schonung der Ressourcen. Dazu gehören Pilotprojekte zur Produktions- und Produktumstellung und Markteinführungshilfen für ökologische Produkte sowie ein an der Umwelt orientierter Umgang mit Roh- und Fertigungsstoffen.

*Wer nicht billiger sein will,  
muß besser sein:  
Forschung und  
Technologie*

- Um den Weg in die Bildungsgesellschaft zu ebnen und das Recht auf Bildung für alle durchzusetzen, werden wir die Bildungs- und Hochschulinfrastruktur ausbauen. Die Ausstattung der Schulen und Hochschulen muß umfassend modernisiert werden. Entscheidend ist auch, daß Fortschritte in der Forschung schneller zur Anwendung kommen und in Arbeitsplätze umgesetzt werden. Hierzu brauchen wir eine Erneuerung der Forschungsinfrastruktur und eine Effektivierung der Forschungsförderung und Technologieeinführung. Neue und wirtschaftlich vielversprechende Forschungsfelder wie insbesondere die Biotechnologie, die wir fördern, und die Gentechnologie, die neue Chancen, aber auch ein noch nicht ausreichend abzuschätzendes Risikopotential in

sich birgt, sind unter verantwortlicher und überprüfbare Kontrolle und Aufsicht weiter zu entwickeln.

- Eine sozial- und umweltorientierte Wohnungs- und Städtebauförderung soll bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen. Hierzu wollen wir die Anstrengungen zum Bau öffentlich geförderter Wohnungen verstärken, die Sanierungsaktivitäten ausweiten und das soziale und ökologische Bauen und Modernisieren staatlich unterstützen und fördern.

*Bezahlbarer Wohnraum*

- Die Behördenausstattung muß dem erreichten Stand der Arbeitsorganisation und Arbeitstechnik entsprechen. Wir werden zu diesem Zweck ein Modernisierungsprogramm für die bayerischen Behörden auflegen.

*Modernisierte und effiziente Verwaltung statt "schlanker Staat"*

### **3.4. Den Strukturwandel gestalten - Gleiche Lebenschancen in allen Landesteilen herstellen**

Wir wollen, daß die Arbeitsplätze zu den Menschen kommen - nicht umgekehrt. Wir werden den wirtschaftlichen Strukturwandel in Bayern so gestalten, daß die innerbayerischen Entwicklungsunterschiede abgebaut werden. Wir wollen erreichen, daß in allen Landesteilen die gleichen Lebenschancen verwirklicht werden. Wir werden eine demokratische Regionalpolitik durchsetzen, die den betroffenen Regionen reale Mitsprachemöglichkeiten über Ziele, Instrumente und finanzielle Mittel einräumt.

*Föderalismus statt Zentralismus*

Im Abstimmung mit der EU-Strukturpolitik sollen geförderte Regionen die Mittel in eigener Verantwortung nach Maßgabe eines regionalen Entwicklungs- und Innovationsplanes einsetzen können. Über diesen Regionalplan sollen demokratisch legitimierte Regionalausschüsse entscheiden, die unter möglichst breiter Beteiligung von Vertretern aus Arbeit und Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft sowie öffentlicher Verbände tätig werden. Die Regionalausschüsse erhalten das Recht, für ihre Mitgliedsgemeinden verbindliche Entscheidungen über regionsrelevante Maßnahmen zu treffen. Grenzüberschreitende Zentren sind in den Regionalplänen angemessen zu berücksichtigen.

*Regionalausschüsse statt Ministerialbürokratie aus München*

Eine "Regionalpolitik von unten" muß mit neuen Instrumenten ausgestattet werden:

- Eine regionalisierte aktive Arbeitsmarktpolitik soll den Kommunen helfen, in Zusammenarbeit mit den Arbeitsverwaltungen, Wirtschaftsverbänden, Arbeitnehmerorganisationen und ansässigen Unternehmen sinnvolle Arbeitsplätze in der Region zu schaffen (z.B. durch regionale Zielsetzungen in der Weiterbildung, bei Umschulungen und im ABM-Bereich)

- Durch eine einmalige Anschubfinanzierung aus Haushaltssmitteln und Refinanzierung über die Landesbank wollen wir von öffentlich-rechtlichen und gemeinschaftlichen Banken getragene regionale Wagniskapitalfonds einrichten, die Existenzgründerinnen und -gründern den Sprung in die Selbständigkeit ermöglichen und junge Unternehmen bei der Betriebserweiterung unterstützen. Die von diesen Fonds bewilligten Mittel werden in der Regel als Kredite an die Unternehmen gewährt.

*Risikokapital für Existenzgründerinnen und -gründer*

- Das Prinzip der Stufenförderung soll künftig die regionale Wirtschaftsförderung prägen. Dies ermöglicht eine sinnvolle Entwicklung der grenznahen Wirtschaftsräume und eine intelligente Nutzung der bereits bestehenden Infrastruktur im ehemaligen Zonenrandgebiet.

Wir wollen den strukturellen Wandel nutzen, um die vorhandenen Ressourcen für zukunftsträchtige Aufgaben einzusetzen. Notwendig sind konkrete Schritte zur Rüstungskonversion, die auch zur Bewältigung der Strukturkrise in der wehrtechnischen Industrie dienen. Dies ist vorrangig eine öffentliche Aufgabe. Eine branchenbezogene Struktur- und Innovationspolitik muß sich vor allem auf die Förderung der Materialforschung, der Software, von Logistikstrukturen und der Informationstechnik beziehen.

Förderung von Zukunftsbranchen

### **3.5. Konzentration verhindern - die Innovationskraft des Mittelstandes stärken**

Wir wollen die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen und des Handwerks fördern, damit die Beschäftigung vor Ort expandieren kann und die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Die BayernSPD will einen fairen Wettbewerb zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und Großbetrieben. Wir setzen uns für ein wirkungsvolles Wettbewerbs- und Kartellrecht ein, damit die in vielen Branchen bestehende Marktmacht weniger Großkonzerne aufgebrochen wird. Ein gesunder Wettbewerb stärkt letztlich die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Handwerk und Mittelstand - Partner der BayernSPD

Wir werden die Ergebnisse staatlicher Forschungs-, Entwicklungs- und Technologieförderung vermehrt und schneller kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung stellen. Zu diesem Zweck müssen in allen Regierungsbezirken Transferzentren gefördert werden, die vor allem dem Mittelstand dienen und deren Aufgabe es ist, die von vielen Stellen erbrachten Erkenntnisse und Forschungsleistungen zu bündeln und umsetzungsorientiert weiterzugeben.

Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Bei der öffentlichen Auftragsvergabe wollen wir den Mittelstand stärker berücksichtigen. Begünstigte Unternehmen müssen die tariflichen und sozialen Standards erfüllen. Betriebe, die Frauenförderung betreiben, ihren Ausbildungsverpflichtungen nachkommen und ein Öko-Audit besitzen, werden bevorzugt berücksichtigt. Die bei einer Auftragsvergabe zu berücksichtigenden Tariftreueerklärungen erfassen sowohl Hauptauftragnehmer als auch die von ihnen eingesetzten Werksvertrags- und Subunternehmen.

Schneller Technologietransfer für den Mittelstand

In Bayern wollen wir den Anteil von Umweltprogrammen und von Förderprogrammen im Bereich Forschung und Entwicklung im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms spürbar steigern. Die Verbesserung der bayerischen Förderprogramme für Forschung und Entwicklung hat insbesondere für junge innovative Unternehmen, die überwiegend aus den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, aber auch aus dem verarbeitenden Gewerbe kommen, einen hohen Stellenwert.

Mittelstandskreditprogramm bewirkt Innovation

Vor allem aber muß die Bereitstellung von Risikokapital für Innovationen bei jungen Technologieunternehmen verbessert werden.

Risikokapital hilft, wo Banken abwinken

Existenzgründer des Handwerks und von kleinen und mittleren Unternehmen müssen gezielt gefördert werden.

Im Rahmen einer projektorientierten Verbundforschung zwischen mittelständischen Betrieben und Hochschuleinrichtungen legen wir ein mit 100 Mio DM ausgestattetes Programm auf, das Projekte sowohl auf regionaler Ebene wie auch landesweit fördert. Projekte werden bis zu 50 Prozent und maximal 2 Mio DM gefördert. Zentrales Ziel ist die Entwicklung von neuen Produkten zur Marktreife.

100 Millionen für Verbundforschung

Neue Produkte - neue Arbeit

Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, daß der Förderwirrwarr im Bereich der Mittelstandsförderung durch eine gestraffte und auf fünf bis sechs Hauptprogramme konzentrierte Bundesförderung ersetzt wird. Damit die Förderung möglichst praxis- und wirtschaftsnah erfolgen kann und die verschiedenen Förderaktivitäten gebündelt werden können, muß auf Bundesebene eine Mittelstandsagentur als Dienstleistungsunternehmen und Anlaufstelle für Unternehmen gebildet werden.

Förderwirrwarr beseitigen

### **3.6. Mehr Beschäftigung durch kürzere und flexiblere Arbeitszeiten**

Wir müssen die steigende Produktivität der Wirtschaft gezielt dazu nutzen, zusätzliche Beschäftigung durch eine gerechte Verteilung der verbleibenden Arbeit zu schaffen. Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten sind mehr denn je ein Gebot der ökonomischen Vernunft, weil heute in immer kürzerer Zeit immer mehr produziert werden kann. Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung sichert die Kaufkraft. Flexible Arbeitszeiten müssen unter Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes und gültiger Tarifverträge zu größerer Zeitsouveränität für die Beschäftigten genutzt werden.

Arbeit verteilen und flexibilisieren

Durch die Halbierung der Überstunden und einen Freizeitausgleich für unvermeidbare Mehrarbeit könnten allein in Bayern 40 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Einstieglöhne und -gehälter unter Tarifniveau sind abzulehnen.

Bayern muß eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung und Einführung neuer Arbeitszeitmodelle im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft übernehmen, die sozial- und tarifrechtlich abzusichern sind. Wir werden die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst zurücknehmen, damit junge Nachwuchskräfte eine Beschäftigung finden können.

Arbeitszeitmodelle mit Grips

Wir werden die Arbeitswelt humaner gestalten und die Mitbestimmung der Beschäftigten ausweiten. Autoritäre Beziehungen müssen angesichts steigender Leistungsanforderungen durch mehr Mitsprache, größere individuelle Entscheidungsbefugnisse und gleichberechtigte Teamarbeit abgelöst werden.

Beteiligung am Sagen ...

Um die Mitbestimmung zu stärken, fördern wir eine Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen am Produktivkapital, wofür verschiedene Möglichkeiten in Frage kommen (Investivlohn, überbetriebliche Fonds, Ausweitung des 924-DM-Gesetzes u.a.). Wir werden eine grundlegende Reform des bayerischen Personalvertretungsgesetzes durchsetzen und sowohl die Individualrechte als auch die Rechte der Personalräte ausbauen.

... und Haben

Wir werden das Forschungs- und Arbeitsprogramm zur Humanisierung der Arbeit wieder auflegen und weiterentwickeln. Wir treten insbesondere für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit und dafür ein, daß die Älteren zu altersgerechten Bedingungen arbeiten können. Dabei verfolgen wir auch das Ziel einer Neuregelung der Altersteilzeit, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab 55 Jahren einen schrittweisen und finanziell attraktiven Übergang in den Ruhestand ermöglicht.

Erst kommt der Mensch, dann kommt der DAX

Angesichts des rasanten technischen Fortschritts und des weltweiten Wettbewerbs müssen die Investitionen in die Qualifikation der Menschen massiv verstärkt werden. Wir werden die beruflichen Entwicklungschancen junger Menschen wiederherstellen und den Lehrstellenmangel beseitigen. Die BayernSPD will Ausbilder finanziell unterstützen und Nichtausbilder in die gesellschaftliche Pflicht nehmen. Wir treten für die Beibehaltung von zwei Berufsschultagen ein,

Ausbildungs-umlage schafft Lehrstellen

damit auch in kleineren Betrieben eine qualitativ hochstehende Ausbildung ermöglicht wird. Wo nötig sollen überbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Darüber hinaus werden wir Konzepte erarbeiten, um die Weiterbeschäftigung junger Arbeitnehmer nach Beendigung ihrer Lehrzeit zu gewährleisten.

Wir werden zudem die bestehenden Berufsbilder an den technologischen Wandel anpassen und neue Berufsbilder entwickeln.

Die Weiterbildung muß umfassend reformiert werden und neben Schule, beruflicher Bildung und Hochschule zu einer vollwertigen vierten Säule unseres Bildungssystems werden. Dazu werden wir uns für einen Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub einsetzen. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems soll durch die Weiterentwicklung des 2. Bildungsweges erhöht werden.

*Berufliche Fortbildung als vollwertige vierte Bildungssäule*

### **3.7. Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen für eine partnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Durch den forcierten Ausbau der sozialen Infrastruktur - von der Kinderkrippe bis zum Hortplatz - wollen wir Vätern und Müttern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen und größere Wahlmöglichkeiten im Spannungsfeld von familien- und berufsbezogenen Lebensbedürfnissen eröffnen.

Frauen besitzen ein unverzichtbares Innovationspotential für die Wirtschaft. Mit gezielten Frauenförderplänen werden wir die oberen Hierarchieebenen in Privatwirtschaft und Hochschulen weit stärker als bisher den Frauen öffnen. Allen rückwärtsgewandten Bestrebungen, die Frauen angesichts der Arbeitsmarktkrise wieder an Heim und Herd zurückdrängen wollen, werden wir entschieden entgegentreten.

### **3.8. Die Finanzierung unserer Politik**

Wir werden durch einen konsequenten Abbau der Steuerschlupflöcher die explosionsartig angewachsenen Gewinn- und Vermögenseinkommen wieder stärker zur Finanzierung der Staatsaufgaben heranziehen. Wir werden es nicht zulassen, daß erzielte Gewinne durch eine Vielzahl von Sonderabschreibungen und überhöhte Rückstellungen kleingerechnet und damit dem Fiskus weitgehend vorenthalten werden. Durch die Einführung einer Mindestbesteuerung müssen Abschreibungskünstler in die Schranken gewiesen werden. Reinvestierte Gewinne sind steuerlich besser zu stellen als entnommene.

*Steuern auf Arbeit senken - Steuern auf Millionenvermögen einführen*

Steuergeschenke für die obersten Einkommensschichten und die Vermögensmillionäre lehnen wir ab, damit die soziale Gerechtigkeit wiederhergestellt wird und genügend Mittel für die Zukunftsinvestitionen mobilisiert werden können. Veräußerungsgewinne bei Aktien und Immobilien müssen immer besteuert werden. Durch einen Lastenausgleich für die großen Vermögen ab 10 Millionen DM könnten rund 30 bis 40 Mrd. DM jährlich aufgebracht werden. Schon durch die bloße Wiedererhebung der Vermögenssteuer können allein in Bayern 1,8 Mrd. DM jährlich mobilisiert werden.

Durch den Stopp des Forschungsreaktors Garching II können zusätzliche finanzielle Mittel in dreistelliger Millionenhöhe für sinnvolle Zukunftsinvestitionen gewonnen werden.

Wir wollen vorrangig die unteren und mittleren Einkommen entlasten. Die dadurch steigende Massenkaufkraft bringt weitere Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung. Ein nachhaltiger Beschäftigungsaufschwung vermindert die Kosten der Arbeitslosigkeit und führt zu Steuermehreinnahmen. Eine beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik schafft deshalb Spielräume für unsere sozialen und ökologischen Reformziele.

### **3.9. Über Bayern hinaus - Wir bayerischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen auf Bundesebene durchsetzen:**

Öffentliche ökologische Infrastrukturinvestitionen müssen kurzfristig in einer jährlichen Höhe von 35 Mrd. DM vorfinanziert werden. Wir brauchen eine erhebliche Aufstockung von beschäftigungsorientierten öffentlichen und öffentlich initiierten Investitionen, die mit etwa 10 Jahren längerfristig auszurichten sind. Damit werden Wachstums- und Beschäftigungseffekte erzielt sowie eine ökologische und industriepolitische Weichenstellung getroffen. Zur Stabilisierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt wollen wir einen Fonds einrichten, aus dem in Zeiten der Wirtschaftskrise zusätzliche öffentliche Investitionen finanziert werden. Nach Beginn des Aufschwungs müssen die vergebenen Kredite aus den stärker fließenden Steuereinnahmen getilgt werden.

Wir brauchen eine Politik zur Stärkung der Einkommen breiter Bevölkerungsschichten. Deswegen verbieten sich eine Rotstiftpolitik im sozialen Bereich und die weitere Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuerlast für breite Schichten. Wir schlagen ein fünfjähriges Moratorium gegen alle weiteren Belastungen der Masseneinkommen vor. Wir unterstützen, soweit die Politik dazu beitragen kann, alle in erster Linie zwischen den Tarifpartnern auszuhandelnden Ansätze, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen auszuweiten. Die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall muß zurückgenommen werden.

*Mehr Netto in den Arbeitnehmer-geldbeuteln schafft Nachfrage und damit Arbeit*

Geld- und Finanzpolitik müssen zusammenarbeiten. Es muß endlich eine Politik der niedrigen Realzinsen durchgesetzt werden, damit sich Investitionen in Arbeitsplätze stärker rentieren als bloße Finanzanlagen. Hier steht die Bundesbank als führende Zentralbank Europas in der Verantwortung. Sie muß ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung wirksam leisten. Preisstabilität ist erreicht. Nun müssen Wachstum und Beschäftigung angekurbelt werden.

In Europa muß die gemeinsame Währungs- und Geldpolitik zügig umgesetzt werden. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion darf aber nicht länger mit sozialem Kahlschlag, Konjunkturflauten und ständig steigender Arbeitslosigkeit verbunden sein. Nur wenn sich das geeinte Europa auch auf den Arbeitsmärkten bewährt, wird es von den Menschen angenommen. Die BayernSPD wird sich daher energisch für einen europäischen Beschäftigungspakt einsetzen. Eine "Standortpolitik", verstanden als Wettkampf der Absenkung von Sozialstandards, Unternehmenssteuern und Umweltschutzauflagen werden wir nicht akzeptieren. Wir treten für die Durchsetzung sozialer und ökologischer Mindeststandards auf europäischer Ebene ein. Die Entwicklung der europäischen Sozialunion ist unabdingbare Voraussetzung für humane Arbeitsbedingungen und mehr Lebensqualität in Europa.

#### **4. Sozialstaat und Gerechtigkeit:**

**Soziale Gerechtigkeit ist Dreh- und Angelpunkt sozialdemokratischer Politik**

Soziale Gerechtigkeit ist für uns entscheidender Maßstab allen politischen Handelns.

Sozialpolitik ist nicht der Reparaturbetrieb mißratener staatlicher Steuer- und Finanzpolitik. Sozialdemokratische Sozialpolitik ist in erster Linie präventiv, sie versucht, bestimmte Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen. Wirksame Industrie- und Arbeitsmarktpolitik ist Sozialpolitik, wenn sie drohender Arbeitslosigkeit vorbeugt oder bestehende bekämpft; Wohnungsbaupolitik ist Sozialpolitik, wenn sie soziale Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen dadurch vermeidet oder reduziert, daß sie für ausreichenden Wohnraum zu bezahlbaren Preisen sorgt.

Wir wollen stark sein für die weniger Starken. Für Familien und für Kinder, von denen heute Hunderttausende auch in Bayern von Sozialhilfe leben müssen, für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, für Arbeitslose, für Alte und Pflegebedürftige, für Behinderte. Wir werden im Bundesrat aktiv werden, um die Lastenverteilung zugunsten der weniger Verdienenden zu ändern. Alle haben sich entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Erhaltung des Sozialstaats zu beteiligen. Der Sozialstaat ist für alle die Voraussetzung, um ein Leben in Individualität und Freiheit führen zu können. Ohne Solidarität ist auch Individualität nicht möglich. Darüber hinaus erfüllen die Wohlfahrtsverbände im Rahmen ihres eigenständigen Auftrags verfassungsrechtliche Aufgaben zur Sicherung sozialer Strukturen. Dafür ist dringend eine angemessene Förderung nötig.

Wir wollen, daß die sozialen Sicherungssysteme wieder zuverlässig vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützen.

*Gerechtigkeit ist nicht alles, aber ohne Gerechtigkeit ist alles nichts.*

##### **4.1. Sozialstaat vor neuen Herausforderungen**

Der soziale Wandel stellt den Sozialstaat vor neue Herausforderungen. Die Umbrüche in der Arbeitswelt und die Massenarbeitslosigkeit, die wachsende Armut, der demographische Wandel und die gestiegene Erwartung von Männern und Frauen an eine Vereinbarkeit von Beruf und dem Zusammenleben mit Kindern müssen im Umbau der sozialen Sicherungssysteme ihren Niederschlag finden. Die Situation werden wir in periodischen Berichten zur sozialen Lage ("Armutsbuch") dokumentieren und öffentlich bekannt machen.

Massenarbeitslosigkeit hat sich zu einem Dauerproblem verfestigt, gefährdet die Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme und wird von den Konservativen zum Sozialabbau mißbraucht.

Der Schlüssel zur finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und zur Senkung der Beiträge liegt in der Ausweitung der Beschäftigung. Wir brauchen auch eine Konsolidierung der finanziellen Fundamente der sozialen Sicherungssysteme über eine deutliche Ausweitung der Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen. Außerdem müssen die Sozialversicherungssysteme von beitragsfreien Leistungen entlastet werden, die nicht zum internen sozialen Ausgleich gerechnet werden können.

Wir wenden uns entschieden gegen eine Regionalisierung der Sozialversicherung.

*Ja zur Neuordnung, damit der Sozialstaat zukunftssicher wird*

Weder der gegenwärtigen Gefährdung der Mindestreserve der Rentenversicherungsträger durch die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit noch einer perspektivisch möglichen Gefährdung durch demographische Veränderungen darf durch Leistungseinschränkungen begegnete werden. Statt einer rein haushaltstechnischen "Sanierung" durch Leistungsabbau mit sozial nicht vertretbaren Auswirkungen sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Verbreiterung der Beitragsbasis durch Einbeziehen aller Erwerbstätigen in die Versicherungspflicht
2. Deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze
3. Sozialversicherungspflicht für alle abhängig Beschäftigten von der ersten Arbeitsstunde an
4. Volle Erstattung aller politisch gewollten beitragsfreien Leistungen aus dem Steueraufkommen an die Rentenversicherungsträger
5. Aufstocken des Beitragsaufkommens aus einer Wertschöpfungsabgabe als zusätzliches Finanzierungsinstrument

Die eigenständige Altersversorgung der Frau ist weiterzuentwickeln und auszubauen. Dazu gehören die Rentenansprüche aus eigener Erwerbstätigkeit, die Ansprüche aus Kindererziehungszeiten und die Teilung von Rentenansprüchen aus Lebenspartnerschaften.

## **4.2. Aktives Alter - Sicheres Alter**

### **Unsere Ziele**

Leitziel sozialdemokratischer Altenpolitik ist die aktive Selbstbestimmung auch im Alter. Das setzt nicht nur die Erhaltung der körperlichen und geistigen Gesundheit voraus, sondern auch die Sicherung der finanziellen Eigenständigkeit.

Die Rentenversicherung als finanzielle Basis der älteren Menschen muß wieder solide und zukunftssicher finanziert werden. Das Recht auf Rente bei Erwerbsunfähigkeit muß wie bisher beibehalten werden. Für alle jetzt 40jährigen muß es auch weiterhin Berufsunfähigkeitsrenten geben. Wir brauchen eine bedarfsoorientierte soziale Grundsicherung. Sie würde vielen Rentnern und vor allem Rentnerinnen das Schicksal Altersarmut ersparen. Das Gesundheitssystem muß gerade für alte Menschen bezahlbar bleiben.

Wir wollen eine Politik, die das Zusammenleben der Generationen, den Dialog untereinander und den Austausch von Kenntnissen und Fähigkeiten fördert. Ältere Menschen dürfen nicht ausgegrenzt werden, sondern müssen mit ihren reichhaltigen Erfahrungen und ihrer Leistungskraft Betätigungsfelder finden. Wir fassen die Entwicklung zum aktiven Alter als Chance für unsere Gesellschaft auf und unterstützen sie durch eine lebensbejahende, fördernde Politik.

*Leben im Alter - Leben in Würde und Selbstbestimmung*

Erhaltung von Aktivität und Mobilität ist im Alter ein vorrangiges Bedürfnis. Altengerechte Wohnungen, gesundheitliche Prävention und Rehabilitation sind dafür unumgängliche Voraussetzungen.

Mindestens die Hälfte des Personals in Pflegeheimen muß die derzeit gültigen Standards der Anforderungen an Pflegefachkräfte erfüllen.

## Wo wir handeln werden

Um den Grundsatz Rehabilitation vor Pflege endlich durchzusetzen, brauchen wir einen Landesplan für Geriatrie und in der Pflegeversicherung abrechenbare Leistungskomplexe für Reha-Maßnahmen. Ziele sind: Ausbau von geriatrischen Rehabilitationszentren, Schaffung eines Netzes von teilstationären Einrichtungen und Sicherstellung der ambulanten Rehabilitation durch Ärzte, Therapieberufe und Pflegekräfte. Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der geriatrischen Prävention und Rehabilitation werden wir aktiv fördern. An den Universitäten werden wir dazu sofort die Voraussetzungen für medizinische Ausbildung und Forschung schaffen. Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Schaffung von Ombudsstellen für Pflegeberatung starten.

Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten zu Hause sind sicherzustellen. Das Angebot ambulanter sozialpflegerischer Dienste wie häusliche Pflege, Essen auf Rädern und hauswirtschaftliche Versorgung ist auszubauen, nicht zu verschlechtern. Deshalb ist die staatliche Förderung der häuslichen Krankenpflege wieder aufzunehmen. Häusliche Pflege wird überwiegend von Angehörigen, meistens von Frauen, geleistet. Wir brauchen ein flächendeckendes Angebot von fachlicher Beratung und begleitender Unterstützung. Neben ambulanter muß auch die stationäre Betreuung in Alten- und Pflegeheimen finanziell gesichert werden.

*Ambulante vor stationärer Betreuung*

Die Schaffung von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen sowie die Sanierung und Modernisierung von Pflegeheimplätzen werden wieder ausschließlich aus staatlichen Mitteln gefördert. Diese Last zur Hälfte den Landkreisen und kreisfreien Städten aufzubürden, war eine falsche Entscheidung.

Wir werden ein Gesetz zur finanziellen Sicherstellung der Ausbildung zur Pflegekraft sowie der Fort- und Weiterbildung aller in der Altenpflege Beschäftigten erlassen. Die Personalschlüssel in der Altenpflege müssen verbessert werden, damit auch in Heimen und Pflegeeinrichtungen Würde und selbstbestimmtes Leben unterstützt und gefördert werden können.

Sterben in Würde und mit menschlicher Zuwendung muß möglich sein, zu Hause, in Heimen und in Krankenhäusern. Wir werden die Schaffung von Hospiz-Einrichtungen sowie die ehrenamtliche und professionelle Sterbebegleitung fördern und kostendeckend finanzieren.

Mobilität darf kein Privileg jüngerer Menschen sein. Jede verkehrspolitische Entscheidung muß auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten älterer Menschen Rücksicht nehmen. Das gilt ganz besonders für den Öffentlichen Personennahverkehr.

Durch Hilfen zum Bau und Umbau altergerechter Wohnungen und durch die Unterstützung neuer Formen von generationsübergreifenden Wohngemeinschaften werden wir nicht nur der Isolation älterer Menschen vorbeugen, sondern auch die gegenseitige Hilfe stärken.

Wir treten für den Ausbau der mobilen ambulanten Dienste ein, um den hilfebedürftigen Menschen zu ermöglichen, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben.

*"Einen alten Baum verpflanzt man nicht."*

Sportliche und kulturelle Aktivitäten, Erwachsenenbildung und Reisen sind für ältere Menschen besonders wichtige Möglichkeiten zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Das rechtfertigt eine Förderung durch Staat und Kommunen auch in Zeiten knapper Mittel.

Wir wollen, daß die Mitsprache älterer Menschen in Kommunen, Staat und Gesellschaft verbessert wird. In allen Landkreisen und Städten sind Seniorenen-

beiräte einzurichten, in kleineren Gemeinden Seniorenbeauftragte zu bestellen. Ein unmittelbares Antragsrecht an die Organe der Kommune ist gesetzlich abzusichern.

#### **4.3. Behinderte**

Die BayernSPD hat durchgesetzt, daß die bayerische Verfassung durch einen Art. 118a ergänzt wird, der lautet: " Menschen mit Behinderungen dürfen nicht benachteiligt werden. Der Staat setzt sich für gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung ein". Dieser neue Verfassungsartikel ist Auftrag an sozialdemokratische Politik für behinderte Menschen.

In Bayern leben über 1,1 Millionen anerkannte Behinderte, darunter ca. 950.000 Schwerbehinderte. Auch hier muß der Grundsatz "Rehabilitation vor Pflege" gelten. Viele dieser Menschen bedürfen keiner staatlichen Hilfe, sie sind in das gesellschaftliche und berufliche Leben voll integriert. Für die, die Hilfen benötigen, muß der Staat ein differenziertes Hilfsangebot zur Verfügung stellen, das mit den Interessenvertretungen und Selbsthilfegruppen abgestimmt ist.

*Hilfe zur Selbsthilfe*

Eine wichtige Aufgabe fällt dabei dem Behindertenbeauftragten zu. Wir Sozialdemokraten wollen, daß der Behindertenbeauftragte des Landes Bayern nicht von der Staatsregierung gestellt, sondern vom Bayerischen Parlament gewählt wird und als eigenständige unabhängige Interessenvertretung der Behinderten in Bayern wirkt.

Wir werden dafür sorgen, daß der Freistaat seine gesetzlichen Beschäftigungspflichten erfüllt und Schwerbehinderten die ihnen zustehenden Ausbildungs-, qualifizierte Weiterbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellt.

Wir werden sicherstellen, daß behinderte Kinder gemeinsam mit Nichtbehinderten in den Kindergarten und zur Schule gehen können.

Unsere Politik schafft die Voraussetzungen dafür, daß möglichst viele Behinderte ein selbständiges Leben führen können. Dazu gehört auch das eigenständige Wohnen.

#### **4.4. Politik zur Stärkung der Familien**

Das Familienleben hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Es hat sich ein partnerschaftliches Miteinander in den Familien entwickelt. Die Akzeptanz der Familienformen, die von traditionellen Familienbildern abweichen, hat sich erhöht. Die materielle Abhängigkeit der älteren Familienmitglieder von den jüngeren hat sich weitgehend aufgelöst. Diesen Chancen stehen jedoch auch Gefährdungen gegenüber: Eine wachsende Zahl von Familien - insbesondere Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien von Arbeitslosen - sind von Armut und Ausgrenzung bedroht; Kinder zu haben, hat für die Eltern erhebliche wirtschaftliche Einschränkungen zur Folge. Der Anpassungsdruck auf die Familien an sich wandelnde Anforderungen der Arbeitswelt und an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandel ist enorm.

Moderne Familienpolitik muß das Familienleben leichter lebbar machen. Wir wollen eine Politik für Kinder durchsetzen und Bedingungen schaffen, unter denen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung überwunden wird und Partnerschaft besser gelingen kann. Für uns haben alle Formen von Lebensgemein-

schaft Anspruch auf Schutz und Rechtssicherheit. Keine darf diskriminiert werden, auch die gleichgeschlechtliche nicht.

Der Wunsch vieler junger Mütter und Väter nach partnerschaftlicher Kindererziehung erfordert

- die Kombination unterschiedlicher Längen des Elternurlaubs mit unterschiedlich hohen monatlichen Elterngeld-Beträgen;
- die Möglichkeit unterschiedlicher Kombinationen der Erwerbs- und Familiendarbeit von Mutter und Vater durch den Anspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit und die überlappende Inanspruchnahme des Elternurlaubs durch beide Eltern;
- die Erhöhung der Einkommensgrenze für den Bezug des Elterngeldes und Entwicklung zur Lohnersatzleistung;
- den kontinuierlichen Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder aller Altersstufen.

Familien steuerlich entlasten

Ein wichtiger Teil der Einkommensteuerreform ist die Entlastung von Familien und Arbeitnehmern. Dazu gehören

- die schrittweise Erhöhung des Kindergeldes auf 300 DM. Das Kindergeld orientiert sich an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten und wird regelmäßig an ihre Entwicklung angepaßt. Die Erhöhung des Kindergeldes wird aus Steuermitteln durch den Abbau des Ehegattensplittings finanziert;
- die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen durch Erhöhung des steuerfrei gestellten Existenzminimums und Absenkung des Eingangssteuersatzes.

Kindergeld, denn Kinder kosten Geld

Eine solidarische Familienpolitik muß die Menschen, die in den Familien die Erziehungs-, Pflege- und Betreuungsarbeiten übernehmen, besser in das System der sozialen Sicherung einbeziehen. Dazu gehört eine bessere Bewertung der Kindererziehung in der Rente und eine eigenständige Alterssicherung von Frauen. Das vorhandene Volumen des Familienlastenausgleichs wird von der Komponente "Ehe" auf die Komponente "Kinder" umgeschichtet.

#### **4.5. Gesundheit**

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Gesundheitspolitik stehen die Bedürfnisse der Menschen nach körperlichem, geistigem und seelischem Wohlbefinden, nach Gesunderhaltung oder Heilung.

Dagegen will die derzeitige konservativ-liberale Politik das Leistungsangebot im Gesundheitswesen sogar unter das Niveau einer Grundversorgung senken und einseitig zu Lasten der Patienten einschränken. Die solidarische Krankenversicherung soll aufgelöst und die Lebensrisiken im Gesundheitsbereich sollen zum privaten finanziellen Risiko des einzelnen werden. Die BayernSPD wendet sich gegen die Ausweitung privater Krankenversicherungen und versucht, das Prinzip der gesetzlichen Kassen zum Regelfall zu machen. Die SPD wendet sich gegen eine Zwei-Klassen-Medizin. Die medizinische Versorgung muß für alle auf gleichem Niveau stattfinden. Private Krankenkassen führen zu mehr Entsolidarisierung.

Wir haben praktikable und sozial orientierte Alternativen. Wir wollen Leistungsverbesserungen und Kosteneinsparungen, indem wir die stationären und ambulanten Einrichtungen besser verzähnen und vernetzen, damit zum Beispiel unnötige Belastungen der Patientinnen und Patienten durch vermeidbare Mehrfachdiagnostik eingeschränkt werden. Wir wollen, daß die Patienten die Höhe ihrer Behandlungskosten erfahren, um diese zu kontrollieren.

Kosteneinsparung statt Leistungs-kürzungen

Gendiagnostik unter Anwendung von Genomanalysen wird unter strengster Absicherung von Persönlichkeits- und Datenschutzrechten gesetzlich geregelt. Gentherapeutische Eingriffe in die menschliche Keimbahn bleiben auf Dauer ausgeschlossen.

- Vorbeugung und Vorsorge müssen verbessert werden, um die Entstehung von Krankheiten schon im Ansatz zu verhindern. Dabei beginnt gesundes Leben in der Erziehung. Deshalb muß die Gesundheitserziehung in ein schulisches Gesamtkonzept aufgenommen werden, um schon Kindern und Jugendlichen eine gesunde Lebensführung zu erleichtern. Besondere Bedeutung haben dabei Ernährungs- und Bewegungsprobleme. Wir wenden uns deshalb entschieden gegen die staatlichen Pläne zur Einschränkung des schulischen Sportunterrichts.
- Verstärkte Bürgernähe und Vernetzung müssen vor Ort ansetzen. Regionale Besonderheiten können nur so angemessen berücksichtigt werden. Jede bayerische Region hat ihr eigenes Gesundheits- und Krankheitsprofil. Wir werden daher eine verpflichtende jährliche Gesundheitsberichterstattung in Bayern einführen, um regional geeignete Vorbeugestrategien zu ermöglichen.
- Dazu werden wir regionale Gesundheitskonferenzen einrichten. Dort werden mit Hilfe der örtlichen Krankenhäuser, der Ärzte und Ärztinnen, der Pflegenden, der weiteren Gesundheitsberufe, der Kommunalpolitik und der Wohlfahrtsverbände, Gesundheitsämter und Selbsthilfegruppen und der Krankenversicherer das lokale und regionale Gesundheitsprofil festgestellt und adäquate Konsequenzen für die Strategien der Krankheitsbekämpfung festgelegt.
- Auch die Selbsthilfe ist ein unverzichtbarer Eckpfeiler der Gesundheitsförderung und Rehabilitation kranker Menschen. Die Menschen sind für ihre Gesundheit mitverantwortlich. Diese Verantwortung darf sich jedoch nicht in finanzieller Selbstbeteiligung erschöpfen: vielmehr ist ein zentrales Instrument der Eigenverantwortlichkeit die Beteiligung an Selbsthilfegruppen und das Engagement der Bürgerinnen in Selbsthilfeeinrichtungen. In Bayern soll sowohl die finanzielle als auch die organisatorische Förderung der Selbsthilfe zur Aufgabe der Kommunen werden. Die SPD wird deshalb eine Gesetzesinitiative zur Ergänzung der Bayerischen Gemeindeordnung für die Förderung und Sicherung der Selbsthilfe ergreifen. Der Bund, der Freistaat und die Krankenkassen sollen sich finanziell beteiligen. Wir werden eine bayernweite Bedarfserhebung und eine Förderkonzeption für Selbsthilfegruppen und -kontaktestellen vorlegen.
- Die BayernSPD hat einen Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Pflegakammer in den Landtag eingebracht, um auch dadurch die Qualität der pflegerischen Leistungen zu sichern, um die Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Pflegeberufen zu fördern und die Unterstützung und Begleitung des pflegerischen Fortschritts durch die Selbstverwaltung der Berufsangehörigen zu ermöglichen.
- Ergänzend zu den bayerischen Fachhochschulstudiengängen für „Pflegemanagement“ werden wir die Einrichtung von Studiengängen in „Pflegewissenschaft“ und „Lehramt Pflege“ betreiben. Wie die beruflichen Lehrer in allen anderen Berufen auch sollen die Pflegelehrer/innen in Bay-

ern endlich über einen Hochschulstudiengang „Fachdidaktik Pflege“ ausgebildet werden.

- Die Gesundheitsvorsorge und -förderung befindet sich in Bayern noch in den Anfängen. Durch die rigorose Streichung von Sportstunden in den Schulen wird sie sogar noch weiter zurückgeworfen. Arbeits- und Umweltmedizin, qualitätsgesicherte Public-Health-Angebote in einem leistungsstarken öffentlichen Gesundheitsdienst, Prävention und Rehabilitationsmedizin werden bei uns oberste Priorität haben.
- Die Ansprüche von Patienten im Zusammenhang mit medizinischen Behandlungsfehlern werden wir durch die Einführung einer Patientenanwaltschaft absichern, wozu ein Gesetzentwurf bereits vorliegt.
- Wir werden sicherstellen, daß psychisch Kranke den körperlich Kranken gleichgestellt werden und nicht durch unsoziale Maßnahmen wie die Selbstbeteiligung an Behandlungskosten diskriminiert werden. Zur Versorgung psychisch Kranke muß eine Versorgungsstruktur geschaffen werden, die sich an dem Hilfebedarf eines jeden einzelnen Betroffenen orientiert. Eine wohnortnahe Betreuung ist hierfür die Grundlage und muß künftig in ganz Bayern gewährleistet werden. Aufbau und Weiterentwicklung von gemeindepsychiatrischen Verbundsystemen, die die Maßnahmen zur Unterstützung psychisch Kranke in einer Region sicherstellen und vernetzen sollen, werden von uns ebenso gefördert werden wie die weitere Enthospitalisierung aus den Bezirkskrankenhäusern. Ein weiteres wesentliches Element unserer Psychiatriepolitik wird die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für psychisch kranke Menschen sein, da Arbeit wesentlich zur Stabilisierung und Gesundung beitragen kann. Wir wollen die Versorgungsstruktur der Hilfen für psychisch kranke Menschen auf eine moderne gesetzliche Grundlage stellen. Wir werden daher ein Bayerisches Landesgesetz für psychisch kranke Personen initiieren und verabschieden.
- Die bisherige bayerische Drogenpolitik befindet sich in einer Sackgasse: Eine effektive Prävention gelingt nicht, denn die Zahl der Erstkonsumenten - auch neuer Drogen - nimmt zu. Der Gesundheitsschutz für Drogenkranke ist ungenügend, denn die Zahl der Heraintoten ist 1996 in Bayern wieder auf über 250 gestiegen. Die BayernSPD hat den Mut zu einer besseren Drogenpolitik, die den Grundsatz "Helfen statt strafen" in den Mittelpunkt stellt.
- Wir setzen uns für genügend ambulant-komplementäre Einrichtungen (z.B. Kontaktläden, Suchtberatungsstellen) ein, für einen besseren Zugang zu stationären und ambulanten Therapieplätzen, für alle sinnvollen, ärztlich kontrollierten Substitutionsmaßnahmen, für eine ausreichende psycho-soziale Betreuung und für neue Maßnahmen zum Gesundheitsschutz Drogenkranke. Wir unterstützen auch geschlechtsspezifische ambulante und stationäre Einrichtungen sowie die Einbeziehung der Partner und Kinder von Abhängigen in Betreuung und Therapie. Damit senken wir die gesellschaftlichen Kosten der Beschaffungskriminalität und der Folgeerkrankungen Drogenabhängiger.
- Durch die medizinische Entwicklung sind verbesserte AIDS-Therapien möglich. Trotzdem ist AIDS nach wie vor eine tödliche Krankheit. Wir werden deshalb die Forschung auf dem Gebiet der Immunschwächekrankheit AIDS unterstützen.  
Die Arbeit der Hilfs- und der Selbsthilfeorganisationen ist ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung der Menschen und Betreuung der HIV-Positiven und AIDS-Kranken, deren Arbeit wir strukturell absichern werden. Die Prävention werden wir besonders fördern.

*Drogen: Helfen statt strafen*

Menschen, die an AIDS erkrankt sind, bedürfen einer besonderen Pflege. Wir werden uns dafür stark machen, daß die besonderen Ansprüche an die Schwerstpflege durch die Kassen finanziert werden. Eine namentliche Meldepflicht für AIDS-Kranke wird es mit der SPD nicht geben.

- Arbeitsschutz und präventiver Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz müssen zu einer zentralen Aufgabe der Gesundheitspolitik werden. Wie in der Ökologie, so muß auch im Arbeitsleben das Verursacherprinzip stärker zum Tragen kommen. Wer gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen zu verantworten hat - von den Arbeitszeiten bis zu den Einflüssen am Arbeitsplatz - , kann nicht länger erwarten, daß die Solidargemeinschaft der Versicherten - Arbeitgeber und Arbeitnehmer - unfreiwillig die Kosten für die Wiederherstellung der Gesundheit und Pflege mitfinanziert.
- Frauen tragen nicht nur die Hauptlast der Pflege (ca. 90 Prozent aller Pflegebedürftigen werden von Frauen gepflegt); sie werden zudem bei der Erkennung und Behandlung ihrer eigenen Krankheiten gegenüber den Männern erheblich benachteiligt: Wir werden die Frauengesundheitsforschung in der Forschung voran bringen.
- Weiter werden wir uns dafür einsetzen, daß die medizinischen Möglichkeiten der rechtzeitigen Erkennung chronischer Erkrankungen ausgenutzt und Behandlungen frühzeitig eingeleitet werden. Wir werden Umweltgifte in Wasser, Luft und Boden ächten und uns nicht scheuen, Nikotin und Alkohol als das zu bezeichnen, was sie sind: Krankmacher.

Bayern ist bundesweit das Land mit den meisten Kur- und Heilbädern. In den Bäderlandkreisen des Landes sind Kur und Rehabilitation die dominierenden Wirtschaftszweige.

Durch die Gesundheitspolitik der Bundesregierung, insbesondere durch das Gesetz vom 25.09.1996 (BGBl. I S. 1461) ist es zu einer Schädigung des Ansehens der Kur- und Rehabilitationsmaßnahmen sowie der Menschen, die sie in Anspruch nehmen (müssen) einerseits und zu massiven Umsatzrückgängen und damit verbundenen erheblichen Arbeitsplatzverlusten andererseits gekommen.

Aufgrund der überragenden Bedeutung von Kur und Rehabilitation für die Menschen im Freistaat Bayern und in der Bundesrepublik Deutschland und der massiven Gefährdung der Gesundheitsstandorte im Freistaat Bayern wird die BayernSPD sich für die Durchsetzung folgender Punkte einsetzen:

1. Rücknahme der Erhöhung der Zuzahlung auf DM 25,-- pro Tag bei Inanspruchnahme einer Maßnahme
2. Gewährung von Kur-/Rehabilitationsmaßnahmen nach medizinischen Notwendigkeiten
3. Kur-/Rehabilitationsmaßnahmendauer nach medizinischen Notwendigkeiten an Stelle der derzeitigen Drei-Wochen-Pauschale
4. Vollständige Übernahme der Kosten für Müttergenesungskuren durch die Krankenkassen sowie Wiedereinführung der Regelkurdauer von vier Wochen für Mütter-Kind-Kuren und Mütterkuren

#### **4.6. Wohnen und Bauen**

- "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden." (Artikel 106 der Bayerischen Verfassung).

*Wohnen ist  
Menschenrecht*

- Der angemessene Wohnraum muß bezahlbar, ausreichend groß und vor unverschuldetem Verlust gesichert sein - Familien mit Kindern sollen besonders gefördert werden. Die Erhaltung und Schaffung sozial gemischter Wohnstrukturen soll auch zukünftig angestrebt bzw. verstärkt werden.

- Genossenschaftliches Wohnen, Eigentum und Wohnen zur Miete stehen grundsätzlich gleichberechtigt nebeneinander und müssen im Grundsatz auch gleichberechtigt gefördert werden.

- Wir streben eine Verfestigung des Wohnungsbaues in Bayern an, um Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel zu bekämpfen.

#### **Unsere Maßnahmen**

##### **Neubau und Beschäftigung**

Die Neubauraten sinken ebenso wie die Anzahl der Beschäftigten in der Bauindustrie. Der Neubau muß deshalb verstetigt werden.

Aus diesem Grunde sind die Zuwendungen des Landes für den sozialen Wohnungsbau zu erhöhen. Insbesondere müssen die Bundesländer verhindern, daß der Bund sich aus dieser originär gesellschaftspolitischen Aufgabe in verantwortungsloser Weise noch mehr zurückzieht.

Rückläufige Neubauzahlen haben bereits mittelfristig eine gefährlich preistreibende Wirkung sowohl für Mieter als auch für Käufer. Eine deutliche Anhebung der Bundesmittel ist dringend erforderlich.

##### **Miethöhe**

Die exorbitante Steigerung der Mieten in den vergangenen 10 - 15 Jahren muß wieder zurückgeholt werden. Zu diesem Zweck werden wir über den Bundesrat das Gesetz zur Regelung der Miethöhe wieder an die Rechtslage von vor 1982 anpassen (Einschränkung der Möglichkeiten von Staffel- und Zeitmietverträgen). Die teilweise völlig überzogenen Mietbelastungsquoten (bis 50 %) sind nicht nur für die betroffenen Mieter eine nicht mehr hinnehmbare Belastung, sie sind auch volkswirtschaftlich unsinnig: durch überhöhte Mieten wird erhebliche Kaufkraft entzogen, was tendenziell die Arbeitslosenzahlen erhöht.

##### **Förderung des Baus von Eigenheimen und Eigentumswohnungen**

Mit dem Eigenheimzulagengesetz vom 15.12.1995 wurde ein langjährige Forderung der SPD umgesetzt: bisher wurde der Bau des Eigenheimes bzw. der Erwerb der Eigentumswohnung durch Minderung der Steuerschuld gefördert. Dies bedeutete, daß die höchste Förderung die Steuerpflichtigen mit dem höchsten Einkommen erhielten. Nunmehr wird durch direkte Zuwendung gefördert, unabhängig vom Einkommen, das ist wesentlich gerechter. In Weiterentwicklung dieses Gedankens wird nach den ersten Erfahrungswerten zu überprüfen sein, diese Förderung (kostenneutral) so zu staffeln, daß eine Erhöhung bei besonders dichter Bauweise möglich wird zu Lasten der Förderung bei besonders flächenverbrauchender Bauweise. Die Möglichkeiten ökologisch ausgerichteter Steuerung im Wohnungsbau müssen verstärkt werden.

## Förderung von Genossenschaften

Im Eigenheimzulagengesetz hat die SPD über die Bundesratsmehrheit durchgesetzt, daß auch Genossenschaftsanteile steuerlich begünstigt werden. Dies wurde von der Regierungsmehrheit im Vermittlungsausschuß dann aber auf neu zu gründende sogenannte eigentumsorientierte Genossenschaften begrenzt. Dies muß ausgeweitet werden: Alle Genossenschaften müssen bei der Errichtung neuer Wohnungen so eingestuft werden wie private Bauherren gemäß dem Eigenheimzulagengesetz. Der Freistaat Bayern kann dies auch ohne bundesgesetzliche Regelung bzw. über die dort vorgesehene Regelung hinaus vornehmen.

## Eindämmung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

Nicht nur in Ballungsgebieten ist diese Umwandlung ein besonderes Ärgernis, in der Mehrzahl der Fälle ist sie auch volkswirtschaftlich unsinnig. Dadurch wird keine einzige neue Wohnung geschaffen, es wird lediglich vorhandener Wohnraum spürbar teurer.

Im neuen § 172 BauROG vom Juli 1997 ist nunmehr für Erhaltungssatzungsgebiete ein Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung vorgesehen. Der Freistaat muß unverzüglich die hierzu im Gesetz vorgesehene Rechtsverordnung erlassen.

## Zweckentfremdung

Besonders in Gemeinden, in denen die ausreichende Versorgung mit Mietwohnungen nicht sichergestellt ist, müssen sämtliche rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, Zweckentfremdung (sei es durch Umwandlung in Büronutzung, sei es durch Leerstehen lassen) zu unterbinden.

## Bestandserhaltung und Sanierung

Neben der Förderung des Neubaus muß der erhaltenswerte Bestand sozialverträglich gesichert und modernen Wohnbedürfnissen angepaßt werden. Eine Reduzierung dieser Mittel darf nicht in Betracht kommen.

## Erhalt der öffentlichen Wohnungen

Der Bund verkauft in großem Umfang seine Wohnungen, ein wichtiger Teil sozialer Sicherung und sozialen Friedens wird damit beseitigt. Die BayernSPD teilt diese Politik nicht. Wohnungen in öffentlichem Eigentum müssen unter allen Umständen erhalten bleiben. Nicht nur zur Unterbringung in Notfällen und als Hilfe für Bedürftige, sondern auch als preisberuhigendes Instrument.

## Reduzierung von Bau- und Grundstückskosten

Die Entwicklung der Grundstückspreise war in den vergangenen Jahren horrend. In Ballungsgebieten beträgt der Anteil bei Neubauten bis zu 50 %. Wir werden alles daransetzen, ein allgemeines gemeindliches Vorkaufsrecht herbeizuführen - vor Aufstellung eines Bebauungsplanes und mit anschließender Reprivatisierungspflicht. Dies eröffnet die Möglichkeit, Grundstücke preisgünstig weiterzugeben.

Pilotprojekte zur Reduzierung von Baukosten im experimentellen Wohnungsbau sind nachhaltig zu unterstützen und die gewonnenen Erkenntnisse im allgemeinen Wohnungsbau umzusetzen. Zur Finanzierung von Einrichtungen des gesellschaftlichen Bedarfs (z.B. Kindergarten, Schulen, Altenseerviceeinrichtun-

gen) werden wir mit den Instrumenten der städtebaulichen Verträge und Entwicklungsmaßnahmen leistungslose Bodenwertzuwächse abschöpfen.

#### **4.7. Vereine und Verbände - Das Ehrenamt stärken**

Wir wollen die Arbeit der Vereine und Verbände unterstützen, da wir wissen, daß ohne ihre Arbeit z.B. im Bereich der Musik und der Heimatpflege ein Stück Kultur verloren geht. Auch im sozialen Bereich, in den Rettungsdiensten und in der Jugendarbeit allgemein kann die von Ehrenamtlichen geleistete Arbeit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das soziale Engagement für den anderen in der Gesellschaft ist ein wichtiger Beitrag, der nicht verloren gehen darf. Die hier geleisteten Dienste könnten im übrigen kommerziell meist überhaupt nicht bezahlt werden. Um die Arbeit der vielen ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer zu unterstützen, werden wir die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit verbessern. Direkte Aufwandsentschädigungen oder steuerliche Absetzungsmöglichkeiten müssen gewährleisten, daß die ehrenamtlich Tätigen nicht auch noch größere Geldbeträge mitbringen müssen, um ihr Ehrenamt für andere auszuüben. Das Ehrenamt wird von uns zudem durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und das Herausstellen von besonderen Leistungen unterstützt.

*Die Leistungen der Ehrenamtlichen sind unbezahlbar - das muß uns 'was wert sein.*

#### **4.8. Sport - macht Spaß, hält gesund und bringt die Menschen zusammen**

Wir sehen unsere Sportvereine als Basis des gesamten Sportbetriebs und als den wesentlichen Faktor für den Breiten-, Leistungs- und Spitzensport. Sie mit ganzer Kraft zu unterstützen und zu fördern ist auch ein Eckpfeiler unserer Gesundheitspolitik. Dabei halten wir neben der notwendigen Mittelbereitstellung für die vereinseigenen und kommunalen Sportanlagen besonders die Hilfe für unsere Vereine im Bereich der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen für erforderlich.

Unsere Zeit macht es unumgänglich, diesem Personenkreis zu der ihm eigenen Begeisterung und Kompetenz auch akzeptable Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei steht die Aufnahme des Organisationsleiters in die Zuschußberechtigung und Einbeziehung in die steuerfreie Aufwandspauschale an vorderster Stelle.

## 5. Bildung, Qualifizierung und Innovation - der Schlüssel zur Zukunft

Der Schlüssel zur Zukunft heißt Bildung. Bildungspolitik ist Kernaufgabe der Landespolitik, die die SPD in den Mittelpunkt politischer Gestaltung rücken wird. Wir werden Bildung zum Gemeingut für alle machen. Unsere Kraft zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben basiert auf dem Wissen und den Fähigkeiten der arbeitenden Menschen. Genau so wichtig wie diesen Bezug bewerten wir die emanzipatorische Bedeutung der Bildung.

*Bildungspolitik  
ist ein SPD-  
Klassiker*

Wir wenden uns entschieden gegen jeden Versuch, Bildung lediglich als Qualifikation der "Ware Arbeitskraft" zu begreifen und Menschen darauf zu reduzieren, wirtschaftliche Leistungen möglichst reibungslos zu erbringen und sich im übrigen kritiklos und initiativlos in ungerechten Verhältnissen einzurichten. Junge Menschen treffen auf eine Welt, die sich schnell verändert und den Kindern und Jugendlichen immer schwierigere Aufgaben stellt. Sie zu unterstützen und das Bildungssystem den Menschen anzupassen - und nicht die Menschen dem System -, darin sieht die SPD eine verpflichtende Zukunftsaufgabe. Diese Aufgabe wollen wir unter Mitwirkung und im Dialog mit Eltern, Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten und Lehrerinnen und Lehrern angehen.

*Bildung ist ein  
Wert an sich,  
nicht nur ein  
Mittel zum Zweck  
der beruflichen  
Qualifikation*

Unser grundsätzliches Bildungsverständnis umfaßt folgende Aspekte:

### Bildung ist Menschenrecht

Damit steht unser Anspruch gegen alle Absichten, umfassende Bildung nur für wenige zuzulassen und dadurch gesellschaftliche Ungleichheiten zu stabilisieren. Wer Bildungschancen vom Einkommen der Eltern, von der Nationalität, vom Wohnort oder vom Geschlecht des Kindes abhängig macht, gefährdet letztlich die Demokratiefähigkeit unserer Gesellschaft.

*Maßstab für Bil-  
dung müssen die  
Köpfe der Jungen,  
nicht die Geldbeu-  
tel der Alten sein*

### Bildung bezogen auf eine vielseitige Entwicklung des Menschen

Bildung bezieht Berufsarbeit genauso ein wie das Leben in der Freizeit, in der Familie und im politisch-sozialen Umfeld. Geistige, kreative, manuelle, soziale und kommunikative Fähigkeiten sind gleichwertig zu entwickeln und zu fördern. Ziel unserer Bildungspolitik sind Menschen, die selbständig denken und verantwortlich handeln können, die politische, soziale, ökologische und technische Zusammenhänge durchschauen.

*Der Mensch denkt,  
also ist er*

### Bildung als aufklärende Instanz zur Veränderung der tradierten Geschlechterrollen

Überkommene Rollenbilder und ungleiche Verteilung von Lebenschancen für junge Frauen müssen durch Bildung bewußt gemacht werden. Durch geeignete pädagogische Konzepte müssen die jungen Menschen mündig und selbstbewußt gemacht werden für Gleichberechtigung am Arbeitsplatz und in der Familie.

*Mädchen können  
alles*

### Bildung als eine lebenslange Auseinandersetzung.

Bildung war nie ein zeitlich abschließbarer Prozeß. Durch die an Tempo zunehmenden gesellschaftlichen Wandlungen bekommt der Faktor "Lebenslange Bildung und Weiterbildung" einen immer höheren Stellenwert.

*Lebenslanges  
Lernen*

### Bildung als stabilisierender Faktor in der Risikogesellschaft

Lebensorientierte sind durch den gesellschaftlichen Wandel zunehmend mehr Unsicherheiten ausgesetzt. Früher vorgegebene Entwicklungswege sind heute eher individuell zu erarbeiten und mehr eigenverantwortlich zu gestalten. Hierfür und für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben Ökologie, Gewaltbekämpfung, Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit müssen die

*Bildung ist Impf-  
stoff gegen Lebens-  
risiken*

jungen Menschen das nötige Wissen und Können, den Charakter und die Moral erwerben können.

### Unsere Maßnahmen

#### **5.1. Das Recht auf einen Kindergartenplatz verwirklichen**

Kinder haben ein Recht auf altersgerechte Betreuung und Förderung. Diesem Anspruch wird die vorschulische Erziehung gerecht. Die Eltern haben Anspruch auf Unterstützung bei der Bewältigung der Erziehungsaufgaben.

*Kinderrecht heißt  
Kindergartenrecht*

Wir wollen den Anspruch eines jeden Kindes auf einen Kindergartenplatz in Bayern verwirklichen. Die Öffnungszeiten sind flexibel zu gestalten und den Bedürfnissen der Eltern anzupassen. Wir treten für ein ausreichendes Angebot an Krippen- und Hortplätzen ein, sorgen für ausreichende Finanzierungshilfen den Kommunen gegenüber und schaffen ein Kindertagesstättengesetz.

#### **5.2. Allgemeinbildende Schulen - Lernen in der Schule für die Welt von morgen**

##### Modernes Lernen - Flexibilität ist gefragt

Die SPD will Schulen und Lehrkräfte dazu ermutigen, innovative Formen des Lernens zu praktizieren, um Lernbereitschaft und Lernfähigkeit zu fördern. Fachliche Kenntnisse, Selbstständigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Medienkompetenz und Teamorientierung stehen für uns beim Lernen im Mittelpunkt. Formen der differenzierten Koedukation fördern wir. Alle administrativen Auflagen sind zu durchforsten. Den Schulen muß es überlassen bleiben, die Ziffernnoten durch qualitativ bessere Formen der Begutachtung zu ergänzen oder zu ersetzen. Ebenso sollen Prüfungen und Leistungsnachweise teilweise auch in Gruppenform durchgeführt werden können. Wir werden die Bildung von jahrgangsübergreifenden Klassen ermöglichen, sowie die Öffnung der Schulen für bewährte alternative Pädagogikkonzepte betreiben. In den ersten beiden Phasen der Lehrerausbildung müssen moderne Lehr- und Lernformen angemessen vermittelt werden. Im Rahmen einer Dritten Phase der Lehrerausbildung müssen Lehrkräfte die Chance haben, sich mit innovativen Lehr- und Arbeitsformen vertraut zu machen. Die Unterrichtung in Pädagogik muß verpflichtender Bestandteil der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer aller Schulrichtungen werden. Schulinterne Fortbildung ist verpflichtend einzuführen und durch ein landesweites Programm zu fördern. Durch eine regelmäßige interne und externe Qualitätsüberprüfung der Arbeit einer Schule schaffen wir die Voraussetzungen für fachliche und pädagogische Fortschritte.

*Das Lernen lernen statt Kreuzwörtertselkompetenz erwerben*

*Lehrer unterrichten Schüler, nicht Fächer*

Den Schülern und Schülerinnen der allgemeinbildenden Schulen, Berufsschulen und weiterführenden Schulen müssen in ausreichendem Maß Kenntnisse des Sozial- und Arbeitsrechts (z.B. Arbeitszeitgesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Tarifvertragsgesetz u.ä.) vermittelt werden.

##### Ganztagesangebote

Als ersten Schritt werden wir die Grundschule mindestens zur verlässlichen Halbtagschule ausbauen. Mit einem bedarfsgerechten und flexiblen Angebot an Ganztagschulen, Schülertreffs, Spiel- und Lernstuben und anderen von den Betroffenen nachgefragten Formen ganztägiger Angebote werden wir den veränderten Lebens- und Familiensituationen Rechnung tragen. Darüber

hinaus wird der Ausbau der Schulsozialarbeit zu einer gemeinsamen Schwerpunktaufgabe des Landes und der Kommunen werden.

### Gestaltungsräume

Die SPD will die pädagogische Freiheit der Schulen erweitern und die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen. Mit dem Budgetrecht der Schulen und der Mitbestimmung bei der Personalauswahl stärken wir das Profil der eigenverantwortlichen Schule. Eine Entrümpelung der Lehrpläne ist überfällig. Deshalb sollen die für alle Schulen verbindlichen Lerninhalte auf einen Anteil von 60 Prozent an der Unterrichtszeit begrenzt werden. Im Rahmen der geltenden Stundentafeln sollen Öffnungsklauseln für Flexibilisierungen eingebaut werden. Diese ermöglichen den Schulen, pädagogische Akzente zu setzen und bestimmte regionale oder inhaltliche Schwerpunkte besonders zu gewichten. Der Wochenstundenplan und die 45-Minutenstunde dürfen die fachliche und pädagogische Arbeit nicht einengen. Deshalb sollen die Schulen Optionen auf Zeitkonten und Lernepochen bekommen.

*Freiräume unten statt Bürokratie von oben*

### Demokratie

Eine demokratische Schulentwicklung verlangt die Einbeziehung aller Betroffenen - insbesondere die der Schülerinnen und Schüler. Deshalb wird die SPD das drittelparitätisch besetzte Schulforum (Lehrer, Eltern, Schüler) aufwerten. Durch eine Bündelung entsprechender Kompetenzen (siehe "Gestaltungsräume") muß es zum wichtigsten Entscheidungsgremium der Schule werden. Schülerinnen- und Schüler- sowie Elternvertretungen werden wir auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene gesetzlich organisieren. Ihre Arbeit wird finanziell abgesichert. Die Mitbestimmungskataloge erweitern wir erheblich. Wir eröffnen uneingeschränkte Informations- und Stellungnahmerekchte. Die Schulaufsicht bedarf einer Verschlankung und Effektivierung. Die fachliche Beratung der Schulen werden wir personell wie strukturell von den Aufgaben der Schulaufsicht trennen. Den Gemeinden, Städten und Kreisen werden wir die Möglichkeit eröffnen, auf kommunaler Ebene Schulversuche zu initiieren und regionale Schulprofile zu gestalten. Die Zensur von Schülerzeitungen schaffen wir ab. Es gilt das allgemeine Presserecht. Die Schülermitverwaltung soll mehr Rechte bekommen.

*Schule - Trainingscamp für Demokratie*

### Mädchenförderung

Wir werden Mädchenförderung zum Teil der Ausbildung von Lehrkräften und des Schulalltags machen. Rollenkrisches müssen aus den Schulbüchern und Lehrplänen verschwinden und mädchen- und frauenspezifische Inhalte integraler Bestandteil des Unterrichts werden und dürfen nicht zum Albianhängsel verkommen. Ziel ist, beiden Geschlechtern den Zugang zu allen Berufsfeldern zu öffnen.

### Integration

Für die SPD ist das Prinzip der Integration Ausdruck einer solidarischen Gesellschaft. In der Schule der Zukunft wird es keine Ausgrenzung behinderter Kinder mehr geben. Wir werden die Möglichkeiten des gemeinsamen Lernens und Lebens von Behinderten und Nichtbehinderten im Regelschulwesen verbessern. Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungsprofilen müssen geeignete Förderprogramme angeboten werden; das gilt auch für hochbegabte Kinder und Jugendliche. Wir werden die vorhandenen pädagogischen Dienste zu Beratungszentren für Schulen und Eltern

zusammenfassen. Ihre Aufgabe wird es auch sein, individuelle Förderpläne zu erstellen.

Eine nicht weniger wichtige Aufgabe sehen wir in der Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler. Auch auf sie ist entsprechend ihren Neigungen und Fähigkeiten mit dem Ziel einzugehen, Rassen- und Herkunftsschranken zu überwinden.

Körperbewußtsein und die Entwicklung motorischer Fähigkeiten dienen einem bewußten und gesunden Leben. Sportunterricht darf deswegen nicht gestrichen, sondern muß in diesem Sinne wieder verstärkt angeboten werden. Dabei sollte die Freude an körperlicher Bewegung mehr im Vordergrund stehen (kein Leistungssport!).

### Schulangebote

Die SPD plädiert für eine Reformierung der bayerischen Schullandschaft, um den unterschiedlichen Lerntemperaturen und Begabungsprofilen der Kinder sowie den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Durch eine enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule wollen wir von Beginn an eine kindgerechte Schule schaffen und Zurückstellungen und Ausgrenzungen vermeiden. Wir werden, wenn es die Situation vor Ort erlaubt und die Schulträger es wünschen, Hauptschulen zu Regionalschulen aufwerten und eine flexible Orientierungsstufe flächendeckend einführen. Wir sehen in richtig ausgelegten Integrierten Gesamtschulen nach wie vor die beste Möglichkeit, Bildungschancen für alle länger offen zu halten und alle Bildungsabschlüsse wohnortnah anzubieten. Leitziel bleibt dabei die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems, das weder den individuellen Begabungsprofilen noch den unterschiedlichen Lernentwicklungen gerecht wird. Integrierte Gesamtschulen, also keine additiven, werden wir als Ganztagschulen überall dort einrichten, wo Eltern und Schulträger dies wünschen.

**Vielfalt statt Einfalt - die Dreigliedrigkeit überwinden**

Der Auslesedruck an Bayerns Schulen hat zu einer nachhaltigen Entmündigung der Eltern und zu einer Vergiftung des pädagogischen Klimas in der Grundschule geführt. Wir werden einen kindgerechten Übertritt auf die weiterführenden Schulen gestalten. Wir ermöglichen den Eltern die freie Schulwahl nach intensiver Beratung der abgebenden Schule. Die Letztentscheidung verbleibt in Zukunft bei den Eltern. Ein gesondertes Aufnahmeverfahren für Gymnasium und Realschule entfällt.

**Kinder so lange wie möglich fördern statt so früh wie möglich auslesen**

Wir lehnen eine Einführung der sechsstufigen Realschule ab und werden statt dessen die Klassenstufen 5 und 6 als flexible Orientierungsstufe gestalten. Hierfür werden wir die Lehrpläne sowie den Pflichtbereich der Stundentafel einheitlich gestalten, Niveaudifferenzierung und Förderkurse in Deutsch, Mathematik und Englisch ermöglichen und die Unterrichtung in der Orientierungsstufe durch Lehrkräfte aller Schularten einführen.

**Die Klassen 5 und 6: Orientierung für Schüler und Eltern**

Die Schulaufsicht ist zu vereinheitlichen. Dabei werden wir die Schulverwaltung und die Dienstaufsicht von der pädagogischen Beratung und Betreuung trennen. Die Regelbeurteilung ist abzuschaffen und durch das System der Antragsbeurteilung zu ersetzen. Alle Teilhauptschulen werden durch diese Maßnahmen zur Orientierungsschule aufgewertet und somit erhalten. Auch werden wir Schulversuche zur sechsjährigen Grundschule auf Antrag von Kommunen durchführen. In der Hauptschule treten wir für die Verstärkung des differenzierten Unterrichts und den weiteren Ausbau der Freiwilligen 10. Klasse ein.

**Schulversuch: Sechsjährige Grundschule**

Die Bayerischen Realschulen und Gymnasien müssen sich stärker als bisher den neuen beruflichen Anforderungen öffnen. Deshalb werden wir in ihren Lehrplänen, aber auch in denen aller anderen Schularten, mehr berufsvorbereitende Projekte und Praktika verankern. Ebenso sind Austauschprogramme und Projekte zu fördern, die Fremdsprachenkenntnisse vertiefen und Einblick in andere Kulturen geben.

#### Mehr Mittel für das Bildungssystem

Mehr Kinder, steigende Qualitätsansprüche und überalterte Lehrerkollegien zwingen zu mehr Personaleinstellungen. Wir werden in den nächsten beiden Doppelhaushalten 3000 Neueinstellungen im Haushalt einbringen. Darunter werden sich auch Sozialpädagogen und Schulpsychologen für den Ausbau der Schulsozialarbeit befinden. Im Rahmen des Finanzausgleichs werden wir dafür Sorge tragen, daß die Schulen eine moderne Sachausstattung, insbesondere mit Computern und entsprechender Software finanzieren und die Lehr- und Lernmittelfreiheit sicherstellen können. Budgetierungsmodelle zur Förderung der Eigenverantwortung der Schulen werden wir einführen. Im Bundesrat bringen wir eine Initiative zur Erweiterung der Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler (Schüler-BAföG) ein.

3000 Lehrer  
mehr - keine  
Klasse über 30  
mit dem Ziel:  
Keine Klasse  
über 25!

Computer für die  
Kids

#### Fazit

Die Qualität der fachlichen und pädagogischen Arbeit hängt in starkem Maße davon ab, inwieweit sich Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte mit ihrer Schule identifizieren und inwieweit sie sich bei der Gestaltung von Unterricht und Schulleben einbringen können. Nur eine dezentrale und demokratische Schulentwicklung ist in der Lage, solche Ressourcen zu aktivieren. Nur eine Reform, die von unten kommt, wird in der Realität positiv wirken. Die SPD ist angetreten, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Schule kann "Wir-Gefühle" schaffen

### 5.3. Hochschulpolitik

Wir wollen eine Reform, die den Hochschulen – den Universitäten wie den Fachhochschulen – wieder die Bedeutung verschafft, die ihren Aufgaben in der Gesellschaft entspricht.

Unsere Hochschulpolitik orientiert sich an den folgenden Grundsätzen:

#### Hochschulen für die Zukunft

**Unsere Ziele:** Die Hochschulen zu Werkstätten von Innovation und Demokratie umbauen

Die bayerische SPD steht für eine grundlegende Reform des bestehenden Hochschulsystems. Wir wollen demokratisch verfaßte Hochschulen. Wir setzen auf die Öffnung und eine größere Durchlässigkeit des Hochschulwesens. Wir wollen die Chancengleichheit wiederherstellen. Die gegenwärtige Teilung der Hochschullandschaft in Universitäten und Fachhochschulen kann dies nicht leisten. Daher ist das langfristige Ziel unserer Reformbemühungen die Integrierte Gesamthochschule. Sie garantiert eine bessere Durchdringung von Theorie und Praxis und kann soziale Ungerechtigkeiten beim Hochschulzugang ausgleichen.

Unsere Hochschulen müssen ihre traditionellen Aufgaben in Forschung und Lehre des wissenschaftlichen Nachwuchses wieder wirksamer erfüllen. Die Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung und Bewältigung des Strukturwandels in unserer Gesellschaft leisten zu können. Ihre Innovationsfähigkeit ist daher zu stärken. Wir wollen durch eine Reform der Hochschulgesetzgebung erreichen, daß die Hochschulen ein eigenes Profil ausbilden und stärker als bisher in Eigenverantwortung wirtschaften können.

### **Demokratische Hochschulen mit Profil und Eigenverantwortung**

Wir wollen die Hochschulen angemessen ausstatten und die Studienbedingungen verbessern. Im Rahmen einer grundsätzlichen Erhöhung der staatlichen Mittel für den Bildungsbereich treten wir für ein Bund-Länder-Investitionsprogramm zur Modernisierung und zum Ausbau der Hochschulinfrastruktur ein. Die soziale Lage der Studierenden muß durch eine Reform der Ausbildungsförderung durchgreifend verbessert werden.

### **Demokratie und größere Durchlässigkeit**

Wir wollen die Entscheidungsprozesse im Wissenschaftsbetrieb öffnen und demokratisch gestalten. Die Entscheidungskompetenzen der Studierenden sowie der nicht-professoralen Hochschulangehörigen müssen daher gestärkt werden. Alle Kollegialorgane sind paritätisch zu besetzen, damit Student/-innen, wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen und Professor/-innen die Hochschule gemeinsam und gleichberechtigt gestalten können. Die Hochschulleitung wird in demokratischer Wahl durch alle Hochschulangehörigen bestimmt. Wir treten insbesondere für die Wiedereinführung der Verfaßten Studierendenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und mit politischem Mandat ein.

Wir wollen eine stärkere Kooperation und Öffnung zwischen Fachhochschulen und Universitäten durchsetzen. Aus diesem Grund treten wir für gleiche Zugangsbedingungen für Fachhochschul- und UniversitätsabsolventInnen im öffentlichen Dienst ein.

Um die Barrieren beim Zugang zu höherer Bildung abzubauen, wollen wir den Hochschulzugang auch mit abgeschlossener Berufsausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung ermöglichen.

Wir lehnen die privatisierte und bloß marktwirtschaftlich ausgerichtete Hochschule ab. Hochschulen sollen aber mit ihrem eigenen Profil, ihren eigenen Schwerpunkten und ihren besonderen Leistungen um Studierende und akademisches Personal werben können. Die Hochschulen müssen sich aus dem Spezialistentum herausbewegen. Wir wollen Studierende, die über die Grenzen ihres eigenen Faches hinaussehen und sich ihre Hochschule frei aussuchen können.

Ausländer und Ausländerinnen sind in den Studien-, Lehr- und Forschungsbetrieb zu integrieren, Hindernisse durch das Ausländergesetz sind unverzüglich zu beseitigen.

Behinderte müssen vor Diskriminierung geschützt werden. Sie sind voll in den Studien-, Lehr- und Forschungsbetrieb aufzunehmen.

### **Eigenverantwortung stärken**

Die Hochschulen brauchen einen größeren finanziellen Spielraum. Neben der notwendigen Mittelerhöhung durch den Staat, der die Finanzierung sicherzustellen hat, muß eine Veränderung unseres Steuerrechts private Spen-

den und Stiftungen fördern. Die Herkunft der Mittel ist offenzulegen. Eine wie auch immer geartete Koppelung der staatlichen Zuweisungen an eingeworbene Drittmittel lehnen wir ab. Damit ein bestimmender Einfluß von Dritten nicht entstehen kann, muß die Mittelverwendung im Rahmen der demokratisierten Hochschulgremien erfolgen. Unter diesen Bedingungen sollen die Eigeneinnahmen an den Hochschulen verbleiben. Damit die Hochschulen die Mittel eigenverantwortlich bewirtschaften und ein größeres Maß an Autonomie wahrnehmen können, brauchen sie ein modernes Hochschulmanagement.

### Flexible Studiengestaltung

Wir wollen eine umfassende Studienreform. Die Hochschulen sollen über ihre eigenen Studienangebote im Rahmen der vom Landtag beschlossenen Strukturen selbst entscheiden.

Damit die Studierenden ihre Profile optimal auf ihre fachlichen und beruflichen Interessen zuschneiden können, sollen die einzelnen Studiengänge in problemorientierte Abschnitte unterteilt und fächerübergreifend gestaltet werden. Der Abschluß eines Abschnittes bringt jeweils eine bestimmte Qualifikation. Die Einführung von Studienabschnitten erleichtert einen Uni-Wechsel, Auslandsaufenthalte, eine flexible Studiengestaltung bei Erwerbstätigkeit neben dem Studium oder eine familiär bedingte Unterbrechung. Die Einführung des Teilzeitstudiums ergänzt die Möglichkeiten der Flexibilisierung. Grundsätzlich wollen wir allen Studierenden einen hochwertigen Abschluß ermöglichen. Die Studienbedingungen müssen an dieser Zielsetzung orientiert werden. Studierenden mit Kind müssen besondere Hilfen geleistet werden.

Teilqualifikationen ermöglichen

### Den akademischen Unter- und Mittelbau stärker einbeziehen

Der akademische Unter- und Mittelbau (studentische, wissenschaftliche Hilfskräfte und Mitarbeiter/-innen, Assistent/-innen) muß als Lehr-, Forschungs- und Innovationsfeld für fortgeschrittene Studierende, Doktorand/-innen und Habilitand/-innen in stetiger Verbindung mit Professor/-innen und Studienanfänger/-innen dienen. Seine Zahl muß deutlich erhöht und seine Aufgaben müssen nachhaltig erweitert werden. Eine vernünftige Nachwuchsförderung in der Wissenschaft ist nicht möglich ohne eine ausreichenden Berufssicherung. Die Praxis, daß Doktorandinnen und Doktoranden zum Beispiel auf Viertelstellen oder Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte zu Niedrigstlöhnen beschäftigt werden, muß unterbunden werden. Statt dessen ist für diesen Personenkreis eine - befristete - Beschäftigung nach BAT wieder zur Regel zu machen. Die aufreibende Kluft zwischen Studierenden und Professor/-innen können so personell geschlossen, die Zahl der Teilnehmer an Lehrveranstaltungen verringert, die individuelle Qualität der Betreuung aufgewertet und die Partizipation möglichst vieler Mitwirkender am Prozeß von Forschung und Lehre sichergestellt werden.

Professuren auf Zeit sind zu vergeben.

### Qualität der Lehre

Die praktizierten Formen der Lehre sind reformbedürftig. Die geänderten Anforderungen an die Arbeitsweise in einer sich wandelnden Industriegesellschaft machen eine Modernisierung der Lehre unumgänglich.

Gleich zu Beginn des Studiums sollen die StudienanfängerInnen eine bessere Orientierung erhalten. Durch die Einrichtung von Orientierungssemestern ohne Anrechnung auf die Regelstudienzeit und Tutorenprogramme wollen wir eine qualifizierte Beratung und fachliche Betreuung gewährleisten.

*Studium generale neu*

An allen Hochschulen sind Projekte anzusiedeln, die den Studierenden die Möglichkeit zu kreativer und interdisziplinärer Forschungs- und Entwicklungsarbeiten geben. Unerlässlich ist die intensive Vermittlung der Schlüsselqualifikationen wie Team-, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit.

Die Lehrenden müssen eine didaktische Ausbildung nachweisen können. Eine Evaluierung (=Bewertung) der Lehre auch durch die Studierenden ist sinnvoll, wenn sie als Mittel konstruktiver Kritik und kontinuierlicher Verbesserung der Lehre genutzt und nicht als bloßes Instrument der Leistungsverdichtung missbraucht wird.

#### **Frauenförderprogramme**

Wir wollen den Frauenanteil an den Hochschulen erhöhen. Frauenförderpläne mit verbindlichen Zielquoten von 50 Prozent sind einzurichten. Die Rechte und Befugnisse der Frauenbeauftragten werden erweitern und stärken; sie brauchen Sitz-, Stimm- und Antragsrecht in allen Hochschulgremien, einen angemessenen Etat sowie ein Vetorecht bei Fragen, die insbesondere Frauen betreffen.

Die Frauenforschung ist deutlich auszubauen.

Zudem muß es mehr und verbesserte Möglichkeiten zum Wiedereinstieg und der Kinderbetreuung geben.

Die Habilitation als Voraussetzung zur Übernahme einer Professur ist abzuschaffen.

#### **Kooperation universitärer und außeruniversitärer Forschung**

Wissenschaftliches Arbeiten und Forschen an den Universitäten leisten einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme. Wir wollen eine stärkere Verzahnung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung. Die Freiheit der Forschung muß gewährleistet sein.

*Universitäre und industrielle Forschung - Hand in Hand*

#### **Hochschulausbau und Studienfinanzierung**

Die Lehre kann nur dann auf die Höhe der Zeit gebracht werden, wenn für Bildungszwecke mehr Geld investiert wird. Modernisierung und Erweiterung der technischen und sachlichen Ausstattung müssen unverzüglich in Angriff genommen werden. Hierzu gehört auch die Verbesserung von Ausstattung und Öffnungszeiten der Hochschulbibliotheken. Dabei sind auch die Voraussetzungen für ein behindertengerechtes Studium zu treffen.

Stellensperrungen und Personalabbau im Hochschulbereich müssen gestoppt werden.

Wir wollen die soziale Situation der Studierenden verbessern, allen SchulabgängerInnen unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Bildungschancen sichern und das Studium nicht durch existenzsicherndes Jobben belasten. Das BAföG muß als bedarfsoorientierte, elternunabhängige Sozialleistung in Form eines Vollzuschusses gewährt werden. Als ersten Schritt dahin werden wir einen elternunabhängig beschäftigten Sockelbetrag als Grundförderung durchsetzen,

der durch den Wegfall der Ausbildungs- und Kinderfreibeträge für Eltern studierender Kinder finanziert wird.

Die BayernSPD spricht sich gegen jede Form von Studiengebühren aus.

#### **5.4. Forschungspolitik**

Wissenschaft und Forschung brauchen Freiheit und Spielräume, um Kreativität entfalten zu können. Die Pluralität der Forschung muß gewährleistet sein.

Orientierungspunkt unserer Forschungspolitik ist das Ziel, unsere wissenschaftlich-technische Zivilisation in die Bahnen nachhaltiger Entwicklung zu lenken: Durchsetzung einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise. Ökonomische Rentabilitätskriterien sind dieser Priorität nicht übergeordnet, sondern in sie eingeordnet. Daraus ergeben sich folgende

Grundsätze für Forschung und Forschungspolitik:

- Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und Sozialverträglichkeit müssen gleichrangige Ziele sein.
- Technikfolgenabschätzung muß integraler Bestandteil der Entwicklung neuer Techniken werden.
- Gesamtwirtschaftliche Betrachtungsweisen sollen die Chancen neuer Technologien ebenso ins Auge fassen wie die Risiken und möglichen gesellschaftlichen und ökologischen Folgeschäden.
- Wissenschaft und Forschung brauchen den gesellschaftlichen Dialog: demokratische Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten müssen geschaffen werden.  
Regionale Forschungseinrichtungen müssen vernetzt und - in allen Regierungsbezirken unter Einbeziehung der Gewerkschaften - Transferzentren geschaffen werden. Auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte sind, eventuell in Kooperation, Initiativen zu entwickeln, die den Technologietransfer auch zwischen regionalen Forschungseinrichtungen und Unternehmen konkret fördern.
- Außeruniversitäre (Groß-) Forschungseinrichtungen sind wichtige Bestandteile eines kooperativen Forschungsverbundes und unerlässlich für die Grundlagenforschung.
- Wie jede naturwissenschaftliche Neuerung bergen Bio- und Gentechnologie Chancen und Risiken in sich. Die Chancen der Biotechnologie überwiegen die - aus heutiger Sicht beherrschbaren - Risiken bei weitem. Wir werden geeignete Forschungsvorhaben fördern. Dies gilt nicht im selben Ausmaß für die Gentechnologie, die aufmerksamer und verantwortlicher politischer und gesellschaftlicher Kontrolle bedarf.  
Alle bio- und gentechnologischen Forschungen müssen von Technikfolgenforschungsprogrammen begleitet werden.

Konsequenzen für die Forschungsförderung:

Qualifizierte Ausbildung sowie Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses müssen untrennbarer Teil der Forschungsförderung sein.

Der Anteil der Forschungsausgaben am Bruttonsozialprodukt muß wieder steigen. Nur so können die Qualität der Forschung gesichert, gesellschaftlich lebenswichtige Forschungsgebiete ausreichend bearbeitet und der wissenschaftliche Nachwuchs qualifiziert ausgebildet und gefördert werden.

*Investitionen in  
Forschung sind  
Investitionen in  
den Zukunfts-  
standort  
Deutschland*

Die Ausgaben für Rüstungsforschung, Kernenergieforschung und ökonomisch sowie verkehrspolitisch unsinnige und ökologisch bedenkliche Verkehrsprojekte müssen erheblich reduziert werden.  
Statt dessen müssen die Grundlagenforschung, Ökologie- und Umweltschutzforschung, Arbeits- und Gesundheitsforschung, Frauenforschung, Kommunikations- und Informationsforschung und Friedens- und Konfliktforschung deutlich stärker gefördert werden.

#### Rahmenbedingungen für die Forschung an den Hochschulen

Die finanzielle Sicherung der Grundausrüstung für die Forschung an den Hochschulen muß gewährleistet werden. Insbesondere darf die Grundlagenforschung nicht zugunsten anwendbarer Forschung vernachlässigt werden.

Die Einrichtung kleiner Arbeitsgruppen an Stelle großer Lehrstühle muß gefördert werden. Dadurch sollen das wissenschaftliche Spektrum der Fachbereiche verbreitert und die Qualität der Nachwuchsförderung verbessert werden.

Die Zusammenarbeit der Forschung an Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstitutionen außerhalb des Hochschulbereichs muß verstärkt werden.

Angesichts der Tatsache, daß die Grenzen zwischen Grundlagenforschung und anwendbarer Forschung sowie der Umsetzung von Forschungsergebnissen in der Produktion immer unschärfer werden, muß die traditionelle Zuordnung der Forschungsarten zu Hochschülarten (Universitäten: Grundlagenforschung; Fachhochschulen: angewandte Forschung) überwunden werden. So wie an den Universitäten auch anwendbare Forschung betrieben wird, wird an den Fachhochschulen auch Grundlagenforschung betrieben.

Der Spezialisierung in der Forschung, die dazu führt, daß man sich mit immer kleineren Fragmenten der Welt beschäftigt, muß durch verstärkte interdisziplinäre Forschung entgegengewirkt werden (Probleme sprengen Fächergrenzen).

## 5.5. Berufliche Bildung - Erstqualifikation und lebenslanges Lernen

Wir wollen das duale System erhalten. Seine Funktionsfähigkeit ist derzeit stark gefährdet, da vielen Jugendlichen keine Chance gegeben wird, eine qualifizierte berufliche Ausbildung zu beginnen. In besonderem Maße sind Jugendliche betroffen, die stark förderungsbedürftig sind. Der Qualitätsverlust des Standortfaktors Bildung bedroht zugleich auch den Wirtschaftsstandort Bayern. Berufliche Bildung dient aber nicht nur der Sicherung des Wirtschaftsstandorts, sondern ist ein wichtiger Faktor der Emanzipation junger Menschen.

Die BayernSPD fordert deshalb grundsätzlich

- eine abgeschlossene Berufsbildung für jeden Jugendlichen zu ermöglichen
- die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung durchzusetzen
- die Förderung von Jugendlichen, die besondere Schwierigkeit bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz haben
- die Verzahnung von Erstausbildung und Weiterbildung als Befähigung zum lebenslangen Lernen.

Dazu wird die BayernSPD eine grundlegende Neuorientierung einleiten und eine Reform der beruflichen Bildung durchführen. Konkret bedeutet dies:

1. Wir werden den Betrieben, die ausbilden, finanzielle Hilfe zukommen lassen und holen das Geld dafür bei den Betrieben, die nicht ausbilden. (Umlagefinanzierung) Wo es zu wenige Ausbildungsplätze oder besonderen Förderbedarf gibt, muß der Staat zudem Berufsfachschulen einrichten.
2. Transparenz und bildungspolitische Handlungskompetenz in den einzelnen Regionen sind zu stärken. Die BayernSPD appelliert an alle Betriebe, alle angebotenen Ausbildungsplätze zu melden und "Regionale Berufsbildungskonferenzen" zu bilden, die zusammen mit Arbeitsamt, Kammern, Gewerkschaften und Schulen Berufsförderungsprogramme entwickeln. Ziel ist es, durch bessere Koordination, überbetriebliche Einrichtungen und Ausbildungsverbünde zusätzliche Ausbildungskapazitäten zu schaffen.
3. Der ökonomische und gesellschaftliche Strukturwandel erfordert neue Berufsbilder vor allem in den Bereichen Informationstechnologie, Umwelt und Dienstleistung. Diese müssen rasch entwickelt und durch einen flexiblen Aufbau für künftige Veränderungen geöffnet werden.
4. Berufliche Ausbildung mit Wahlbausteinen auf einer breiten Pflichtbasis sorgt für größere Durchlässigkeit und berücksichtigt unterschiedliche Einstiegsvoraussetzungen. Oberstes Ziel ist es, einen anerkannten Ausbildungsabschluß für alle Auszubildenden zu ermöglichen. Wir setzen uns für die dreijährige Grundausbildung mit aufbauender Qualifizierung und besonderer Förderung von benachteiligten Jugendlichen ein.

5. Die Gleichwertigkeit beruflicher und schulischer Abschlüsse bedingt eine Neubewertung der damit verbundenen formalen Berechtigungen. Auch außerbetriebliche Einrichtungen und berufliche Schulen sollen diese Verbindung gewährleisten. Wir streben an, daß Anwärter auf einen Meisterbrief den gleichen Anspruch auf staatliche Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten wie Studierende während ihrer Regelstudienzeit. Der Hochschulzugang für Personen mit hoher beruflicher Qualifikation und mindestens dreijähriger beruflicher Praxis ist

Ausbilder unterstützen - Nichtausbilder in die Pflicht nehmen

dazu unerlässlich. Doppelqualifikation mit allgemeinen und beruflichen Abschlüssen sind durch gesonderte Ausbildungsgänge zu fördern.

6. Wer besondere Schwierigkeiten hat, bedarf auch besonderer Förderung. Berufsvorbereitungsjahre und Förderlehrgänge sind deshalb zu erhalten, bayernweit auszubauen und durch besondere Angebote (wie Produktionsschulen) zu ergänzen. Schulsozialarbeit, die auch zur Ausbildung qualifiziert, muß im beruflichen Bereich flächendeckend erreichbar sein.

*Fördern statt ausgrenzen*

7. Gezielte Weiterbildungsangebote und Arbeitszeitmodelle sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer verbessern und zugleich die Benachteiligung von Frauen in Ausbildung und Beruf verringern. Berufsberatung muß künftig Mädchen ermutigen, auch männergängische Ausbildungen zu ergreifen.

8. Die BayernSPD richtet ein Investitionsprogramm Berufliche Schulen als Beitrag zur Sicherung und zum Ausbau des Wirtschaftsstandorts Bayern ein. Dabei geht es nicht nur um moderne Sachausstattungen, für die neben den Sachaufwandsträgern auch Freistaat und Wirtschaft in der Pflicht sind, sondern ebenso um die Qualifikation von Lehrern und Ausbildern. Die Weiterentwicklung von projekt- und handlungsorientiertem Unterricht, bei angemessenen Klassenstärken, ist ein wichtiger Beitrag, um zu selbstbestimmtem und zugleich teamfähigem, verantwortungsbewußtem Handeln in der Arbeitswelt zu befähigen. Gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer und Ausbilder fördern die notwendige Kooperation von Schule und Betrieb.

9. Berufliche Bildung muß europäuglich sein. Berufsbezogene Fremdsprachenkenntnisse und gezielte Austauschprogramme für Auszubildende, Umschüler und Umschülerinnen und Beschäftigte unterstützen dieses Ziel. Wo Fremdsprachenkenntnisse unerlässlich sind, sollen sie auch Teil der Ausbildungsordnung werden. Sie sollen jedoch nicht den Zugang schwächerer Schüler zu ganzen Berufsgruppen hemmen.

10. Berufsbildung muß in dauerhafte Erwerbsarbeit münden. Die Neu- und Nachqualifikation Arbeitsloser ist deshalb ebenso wichtig wie die Weiterbildung der Arbeitnehmer. Der nachträgliche Erwerb von Schulabschlüssen, berufsgeleitende Qualifizierung und betriebliche wie außerbetriebliche Weiterbildungsangebote müssen gemäß den regionalen Erfordernissen entwickelt und ausgebaut werden. Dabei sind Wirtschaft, Staat und Kommunen gefordert. Die Berufsschulen und gemeinnützigen Bildungsträger können bei dieser Weiterbildung mit ihren Kapazitäten und Kompetenzen eine wichtige Funktion übernehmen.

## **5.6. Erwachsenenbildung - Weiterbildung**

Unser Ziel ist es, ein flächendeckendes Netzwerk von Bildungsangeboten zu schaffen, das dem Erwachsenen ein lebenslanges Lernen ermöglicht. Auch hier darf sich Bildung nicht auf den Erwerb weiterer beruflicher Qualifikationen beschränken. Sie muß gleichgewichtig die Entwicklung der Persönlichkeit und die Förderung geistiger, technischer und kreativer Fähigkeiten verfolgen, sowie die Kompetenz vermitteln, sich in der politischen und sozialen Umwelt konfliktfähig, kommunikationsfähig und kooperationsfähig zu bewegen.

Dazu wollen wir Weiterbildungsangebote, die fachliche, kulturelle, politische sowie persönlichkeitsbildende Aspekte integrieren. Wir wollen deswegen im Rahmen einer eigenständigen gesetzlichen Regelung die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung vertiefen und mit entsprechenden Förder-

maßnahmen ausstatten und treten für einen Rechtsanspruch auf zwei Wochen Bildungsurlaub ein.

Dabei sind alle Träger von Ausbildungseinrichtungen, wie Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen, private Anbieter, Kammern u.a. so zu vernetzen, daß ein breites Angebot für Bildungswillige entsteht.

Bei den Angeboten zur beruflichen Fort- und Weiterbildung durch private Anbieter werden wir darauf achten, daß diese nicht zu einem Privileg der Besser verdienenden werden.

Den kommunalen Volkshochschulen und Bildungsstätten öffentlicher und gemeinnütziger Träger kommt in der Erwachsenenbildung eine wesentliche Aufgabe zu. Ihre Arbeit darf deswegen nicht durch vermeintliche Marktorientierung weiterhin eingeschränkt werden. Die Fördermittel für diese Institutionen müssen schrittweise auf den Stand einer Bezuschussung von 20 Prozent ausgeweitet werden.

## 6. Kultur und Medien - denn der Mensch lebt nicht vom Brot allein

Museen, Theater und Orchester, kulturelle Stadtteil- und Landkreisarbeit, schulische Literatur- und Musikwettbewerbe, Experimentalbühnen, Programmkinos, Rockgruppen, Heimatvereine, Kulturzentren der Frauen, der ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen, Frauenprojektgruppen und vieles mehr sind Ausdruck der vielfältigen kulturellen Bedürfnisse und Aktivitäten der bayrischen Bürgerinnen und Bürger. Eine solche "Bürgerkultur" muß sich möglichst wohnortnah mit der Möglichkeit der Beteiligung vieler entwickeln können. Dafür sind genügend räumliche und finanzielle Voraussetzungen zu schaffen.

*Kultur heißt Vielfalt und schafft Lebensqualität*

*Leben und leben lassen*

*Kultur ist mehr als ein "weicher Standortfaktor"*

Diese Vielfalt prägt den Kulturstaat Bayern. Weltoffenheit und Toleranz sind Voraussetzungen für die gesamte kulturelle Arbeit. Wenn die Vielfalt der Kultur derzeit immer stärker bedroht ist, so sind dafür nur vordergründig allein finanzielle Entscheidungen maßgeblich. Letztlich spiegelt sich in ihnen auch die Tendenz wider, der Kultur nur dann Förderung angedeihen zu lassen, wenn sie kurzfristig ökonomische Erfolge stimulieren soll. Die Gefahr, daß Kultur dann auf einen "weichen Standortfaktor" und eine traditionalistische Dekoration der modernen Gesellschaft reduziert wird, ist unübersehbar. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, um Mitmachen und Selbsttätigkeit zu fördern, werden wir verstärkt Einrichtungen wie zum Beispiel Musikschulen staatlich unterstützen, in denen nicht nur aufgeführt, sondern gemeinsam gelernt, geübt und gearbeitet wird.

Der Zusammenhang zwischen einem lebendigen, geistig-kulturell anspruchsvollen und toleranten Klima und dem gesellschaftlichen Fortschritt muß wieder deutlicher hervorgehoben werden.

Kultur lebt vom Austausch, nicht von der Abkapselung. Ausländerinnen und Ausländer in unserem Land sind eine große Chance zur Bereicherung unserer Kultur; es gilt, diese Chance zu nutzen. Kontakte und Begegnungen, aber auch Verflechtungen mit den Kulturen unserer Nachbarländer und darüber hinaus wirken nicht nur freundschafts- und friedensfördernd, sondern bereichern und liefern zusätzliche Anregungen und Ideen.

Die Kommunikationsindustrie ist eine bedeutende Wachstumsbranche der Zukunft, deshalb muß der Medienstandort Bayern für den internationalen Wettbewerb weiter gestärkt werden. In diesem Zusammenhang werden wir Konzentrationstendenzen in der Kommunikationsindustrie entgegenwirken und uns für klare Regelungen einsetzen, welche die Transparenz in diesem Bereich erhöhen. Damit einher geht die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, die sich in neuen Informations- und Kommunikationstechnologien engagieren.

*Medienvielfalt - dem Schwarzfunk zum Trotz*

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß in allen Bereichen der Berichterstattung die Grundversorgung sicherstellen. Regionale Vielfalt, insbesondere bei Rundfunk und Fernsehen entspricht den Bedürfnissen unserer Bevölkerung. Wir werden dem Auftrag nachkommen, diese Vielfalt zu gewährleisten. Wir wenden uns gegen totale Kommerzialisierung und werden daher das Teilnehmerentgelt ("Kabelgroschen") vorerst bis zum Jahr 2002 beibehalten.

Hierbei darf bei der Weiterentwicklung der Angebote im Medienbereich die öffentliche Hand nicht hinter privaten Anbietern zurückstehen. Insbesondere bei Angeboten wie dem Spartenfernsehen und multimedialen Informationsdiensten sehen wir auch für den bisherigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk neue Betätigungsfelder.

*Rettet die Fußball-Länderspiele für alle Fans!*

Zugang und Teilhabe an allen Medien müssen für alle Bürgerinnen und Bürger möglich sein. Sozialdemokratische Medienpolitik wird sicherstellen, daß niemand ausgegrenzt wird. Insbesondere werden wir für alle Bürgerinnen und Bürger Zugangsmöglichkeiten zu den neuen Medien schaffen. Information ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation. Daher müssen alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Möglichkeiten haben, sich zu informieren. In diesem Zusammenhang werden wir Initiativen auf kommunaler Ebene unterstützen.

Um die Angebotsstruktur von medialen Informationen zu verbessern, fordern wir den Ausbau der Informations- und Medienangebote z.B. der öffentlichen und kommunalen Verwaltungen.

Aufgabe bayerischer Medienpolitik wird es zudem sein, die Medienkompetenz der Bevölkerung zu steigern. Entsprechende Bildungsangebote in der Medienpädagogik müssen noch geschaffen werden. Medienkompetenz ist in einer Informationsgesellschaft eine Schlüsselqualifikation. Deutlicher Anstrengungen bedarf es daher auch in der Schule und den Universitäten.

## 7. Ökologisches Bayern

### Nachhaltiges Wirtschaften

Eine Gesellschaft, die auf Kosten ihrer natürlichen Lebensgrundlagen lebt, ist in ihrer Existenz bedroht. Angesichts ungebremster Ressourcenverschwendungen, wachsender Naturzerstörung und drohender Klimakatastrophe - bei steigender Not und Verarmung der sogenannten Entwicklungsländer, Sozialabbau bei gleichzeitiger Verschwendungen in den Industrieländern - ist ein grundlegender Wandel des Wirtschaftens unabdingbar.

Wir wollen „die Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst“ (F. Engels), „eine dauerhaft sozial- und umweltgerechte Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Menschen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“ (UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro 1992).

Wir wollen das wirtschaftliche Handeln - den „Stoffwechsel der Gesellschaft mit der Natur“ - orientieren an dem Kriterium der Nachhaltigkeit, das die Endlichkeit der Ressourcen, die Störanfälligkeit der ökologischen Kreisläufe und die Eigenrhythmen der Natur berücksichtigt.

Unsere Umweltpolitik in Bayern wird dazu beitragen. Wir werden die AGENDA 21 der UN-Konferenz von Rio 1992, was den Aufgabenbereich des Freistaats angeht, schnell umsetzen und die Erarbeitung kommunaler und regionaler Agenda-Konzepte nach Kräften unterstützen. Unser Ziel ist dabei, mit weniger an Energie- und Rohstoffeinsatz bei geringerer Umweltbelastung qualitativ bessere Güter und Dienstleistungen zu produzieren. Das bedeutet:

*Mit weniger Energie und Rohstoffen besser produzieren*

- Das Vermeiden von Umweltschäden hat Vorrang vor deren Reparatur.
- Der Verursacher haftet zuerst - erst dann die Gemeinschaft.
- Effizienzsteigerung statt steigendem Verbrauch von Ressourcen
- Organisationsformen und Verhaltensweisen ändern, nicht nur Technologien.

Bayern muß eine ökologische Modellregion in Deutschland und Europa werden.

Unsere Instrumente, die wir in Bayern, so schon vorhanden, konsequent anwenden bzw. für deren Einführung wir uns auf Bundes- und Europaebene einsetzen werden, sind:

- Die frühzeitige Beteiligung aller Betroffenen, eine offene Informationspolitik sowie die Einführung der Verbandsklage
- Ge- und Verbote, wo eine Gefahr für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger droht oder Schäden für Natur und Umwelt auf andere Weise nicht oder nicht wirkungsvoll und schnell genug vermieden werden können
- Ein schärferes Umweltstrafrecht und ein neues Haftungsrecht, das auch die Beweislast umkehrt
- Die durchgängige Anwendung des Verursacherprinzips und eine erweiterte Produkthaftung: Nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen und die Kosten den Verursachern angelastet werden, wird endlich in der Öffentlichkeit klar, wer letztlich die Rechnung für unsere Art des Umgangs mit der Natur bezahlt.
- Eine sozial-ökologische Steuerreform. Ökologische Steuerreform bedeutet für die BayernSPD einerseits Anreize für Umweltentlastung und für die Entwicklung und Markteinführung energiesparender, umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren durch steuerliche Belastung des umweltschädigenden Energie- und Materialverbrauchs, sowie Mittel für ein längerfristig angelegtes ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm und andererseits eine steuerliche Entlastung der Arbeitseinkommen.
- Ein Umwelt-TÜV, der die Einhaltung umweltpolitischer Vorgaben überwacht, und Förderung des Öko-Audit, das auf Eigenverantwortlichkeit aufbaut und die staatliche Verwaltung vereinfacht
- Ausbau der Umweltbildung an den Schulen sowie im Rahmen der Erwachsenenbildung, der politischen Bildung und der allgemeinen beruflichen Fort- und Weiterbildung

*Der Verursacher muß zahlen - nicht der Kunde*

*Weniger Steuern auf Arbeit, höhere Steuern auf Energie- und Umweltverbrauch*

## 7.1. Klimaschutz – Verantwortung für die eine Welt

Wir werden dafür sorgen, daß Bayern seinen Beitrag zum globalen Klimaschutz erbringt. Wir halten an dem Ziel fest, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Bayern bis 2005 um mindestens 25% zu senken.

Den größten Beitrag dazu können der Energie- und der Verkehrssektor leisten. Wir werden unsere dort beschriebenen Maßnahmen zu einem koordinierten CO<sub>2</sub>-Reduktionsplan für Bayern zusammenfassen, der jährlich fortgeschrieben wird. Auf kommunaler und lokaler Ebene sollen Programme zur CO<sub>2</sub>-Minderung initiiert und gefördert werden. Ziel ist die Aufstellung und Fortschreibung von Energiespar- und Klimaschutzfahrplänen.

*Rio bleibt Auftrag und Verpflichtung*

## 7.2. Energie für Bayern - naturverträglich, effizient, sicher, risikoarm

Die Säulen unserer Energiepolitik, die gleichzeitig Klimaschutzpolitik ist, sind:

- Energiesparmaßnahmen haben Priorität. Enorme Potentiale liegen hier im Bereich der Wärmedämmung und im Verkehrssektor. Insbesondere in der Wärmedämmung liegen auch ökonomische Chancen für den Mittelstand.
- Effizienzsteigerung sowohl bei der Energieumwandlung als auch bei der Energienutzung. Hierzu bedarf es dezentraler Versorgungsstrukturen, des

*Energiepolitik - Musterfall für Arbeit und Umwelt*

Einsatzes von Blockheizkraftwerken ebenso wie der Aufhebung der Einspeisemonopole, um vernünftige Preise zu gewährleisten.

- Die Förderung regenerativer Energien. Da die Vorräte an fossilen Energieträgern begrenzt sind und ihre Nutzung angesichts der Klimagefährdung nur noch mittelfristig in Übergangstechnologien mit optimierter Effizienz verantwortbar ist, müssen sich regenerierende Energieformen zum Hauptenergeträger entwickelt werden.

Besonders der Anteil der Solarenergie in all ihren Formen ist innerhalb der nächsten Jahre deutlich zu steigern. Die Solartechnologie ist zu einem wettbewerbsfähigen Exportsegment zu entwickeln. Die Wind- sowie weitere alternative Energieformen - z.B. Biomasse, Wärmerückgewinnung - sind zu fördern.

- Wir halten an unserem Beschuß fest, aus der Atomenergienutzung auszusteigen, da die Sicherheitsrisiken und die ungelöste Entsorgungsfrage keine verantwortbare Zukunftsoption darstellen, neue Lösungen behindern und die von der Gesellschaft getragenen Risiken unvertretbar sind. Es darf daher keine Planung für weitere Atomkraftwerke geben.

Die BayernSPD setzt sich daher auf Bundes- und Europaebene ein für

- die Änderung oder Abschaffung von gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften, die Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und den Einsatz regenerativer Energien be- oder verhindern und Macht und Einfluß der Erzeuger- und Verteilermonopole begründen [z.B. im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Bundestarifordnungen, Kartellrecht, 300 MW-Erlaß u.a.] Insbesondere die Funktionsfähigkeit der kommunalen Stadtwerke ist durch die nationale Ausgestaltung der Energierechtsnovelle sicherzustellen.
- ein Energiewirtschaftsgesetz, das die Wärmenutzung vorschreibt und Energiesparinitiativen und der Nutzung regenerativer Energien den Vorzug gibt, sowie die Position der kommunalen Energieversorger bei der Umsetzung der neuen EU-Richtlinie stärkt oder zumindest sichert ("Service public"-Option, "Alleinanbieter"-Modell)
- den Abbau von Subventionen und von Wettbewerbsvorteilen für fossile Energieträger und die Kernkraft,
- die stufenweise und kalkulierbare Erhöhung der Energiepreise, die heute noch den Preis vor der Ölkrise widerspiegeln, im Zuge der ökologischen Steuerreform
- steuerliche Absetzmöglichkeiten für Investitionen im Bereich erneuerbarer Energien und des Energiesparens, um privaten Investoren Anreize zu bieten.

### Unsere Maßnahmen

Wir werden daher

- ein auf 10 Jahre angelegtes Markteinführungsprogramm für regenerative Energien auflegen, für die Erstattung der tatsächlichen Kosten der ins Netz eingespeisten Energie aus erneuerbaren Quellen sowie faire Netzzanschlußgebühren sorgen und insbesondere die kostengerechte Einspeisevergütung für private Anbieter von Solarstrom (Photovoltaik) fördern und unterstützen sowie öffentliche Gebäude auf Sonnenenergienutzung umrüsten

Bayern

Zukunft

Energie

- Förderprogramme für warmmietenneutrale Wärmedämmung im sozialen Wohnungsbau sowie für Heizungsumstellungen auf umweltfreundliche Technologien oder Energieträger einrichten,
- Sonderkreditprogramme für private Investoren im Bereich erneuerbarer Energien und des Energiesparens (vor allem Wärmedämmung und Abwärmenutzung) einführen,
- die kommunale und industrielle Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen fördern,
- die Dezentralisierung der Energieversorgung und die Einführung von Energiedienstleistungskonzepten in Bayern fördern ("Rekommunalisierung"),
- das "Nega-statt-Megawatt"-Prinzip einführen, das heißtt: Vor jedem Kraftwerksneubau ist zu prüfen, ob der Bau sich erübrigt, wenn die Baukosten in Energiesparmaßnahmen investiert werden ("least-cost-planning", "Integrierte Ressourcen-Planung"),
- den immer noch gültigen Standortsicherungsplan für Wärmekraftwerke von 1985 grundlegend überarbeiten, neu bewerten und an die Ziele einer risikoarmen, naturverträglichen Energiepolitik ohne Atomkraftnutzung anzupassen,
- in den Baugesetzen die Energieeinsparung und Nutzung solarer Energie für alle Neubauten verbindlich festschreiben,
- Prioritäten setzen für erneuerbare Energien bei der Vergabe öffentlicher Forschungsmittel und in der Entwicklungspolitik,
- eine landesweite, dezentralisierte und regional orientierte Energieagentur errichten, die Kommunen aktiv berät und in der Anfangsphase als Koordinator zwischen Energieanbietern und - nutzern fungiert, sowie eine internationale Solarenergieagentur für den Technologietransfer in Entwicklungsländern gründen und
- die Aufklärungsarbeit zum Thema "Energie" sowie die Aus- und Weiterbildung betroffener Berufsgruppen verstärken.

### **7.3. Flächendeckender Natur- und Landschaftsschutz statt Natur im Reservat - naturschonende, zukunftsfähige Flächennutzung**

Natur- und Artenschutz sind nicht nur Selbstzweck, sondern auch zur Sicherung unserer natürlichen Ressourcen und der Lebensgrundlagen künftiger Generationen unerlässlich.

Ohne sparsamen Umgang mit der „vergessenen Ressource“ Fläche sind ein Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der Natur und ein Schutz von Boden, Wasser und Luft nicht zu haben. Berechtigte Nutzungsansprüche für Wirtschaft, Verkehr, Siedlung und Landwirtschaft sind daher unter das Gebot der Minimierung des Flächenverbrauchs und der Eingriffe in den Naturhaushalt durch Versiegelung, Bodenverdichtung, Abholzung, Gewässerregulierung u.a. zu stellen.

Naturnutzer müssen zu Naturschützern werden. Landwirtschaftliche Nutzung und Naturschutz dürfen keine Gegensätze sein, sondern müssen sich sinnvoll ergänzen.

*Natur ist Mitegeschöpf, nicht Verbrauchspotential für den Menschen.*

### Unsere Maßnahmen

- Wir werden ein übergreifendes, schlüssiges Natur- und Artenschutzkonzept vorlegen, um die Artenvielfalt zu erhalten, und auf eine konsequente Umsetzung von erarbeiteten Pflegekonzepten achten. Es gilt durch Personal- und Mittelumschichtungen deutliche Zeichen zu setzen.
- Wir werden die Landesentwicklungsplanung, die Raumordnungs-, Siedlungs- und Verkehrspolitik sowie die Bauleitplanung mit dem Ziel der Minimierung des Flächenverbrauchs und der Bodendenrenaturierung sowie des Landschafts- und Naturschutzes reformieren.
- Wir werden bei allen Flächenbeanspruchungen Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie Ausgleichs- und Entwicklungsmaßnahmen zwingend vorschreiben.
- Wir werden Förderprogramme für flächensparendes, ökologisches Bauen auflegen und kommunale Programme zur Bodenentsiegelung fördern.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Novellierung des Bodenschutzgesetzes und des Naturschutzgesetzes im Sinne der genannten Ziele ein.

### 7.4. Tierschutz

Das bayerische Volk hat mit großer Mehrheit den Tierschutz in unserer Verfassung verankert. Tiere sind Mitgeschöpfe, Freunde und Helfer des Menschen.

Wir machen uns unter anderem für folgende Ziele stark:

- Bestellung eines Tierschutzbeauftragten, der mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet und dem Bayerischen Landtag verantwortlich ist
- Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
- Aufnahme des Tierschutzes als Erziehungsziel in Art. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG)
- Schärfere Kontrolle von Schlachttiertransporten
- Einschränkung bzw. das Verbot von Tierversuchen und die Förderung alternativer Forschungsmethoden im Zuständigkeitsbereich
- Verbot der Fallenjagd und der Haustierabschüsse durch Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes

### 7.5. Bayerische Landwirtschaft - "Gesunde" Lebensmittel aus naturverträglicher Landwirtschaft

Die BayernSPD wird eine Neuorientierung in der Agrarpolitik durchsetzen. Die Landwirtschaft ist an die natürlichen Standortbedingungen gebunden. Staatliche Unterstützung für die Landwirtschaft ist keine ungerechtfertigte Subvention. Die staatliche Unterstützung wird auf Dauer den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber aber nur vertretbar bleiben, wenn sich die Landwirtschaft der Herausforderung einer Ökologisierung stellt.

*Die bayerischen Bauern verdienen Unterstützung*

Wir wollen die landwirtschaftlichen Förderinstrumente diesem Ziel anpassen. Eine an ökologische Kriterien gebundene Pflege der Kulturlandschaft verdient Förderung, genauso wie naturnahe Bewirtschaftungsweisen, artgerechte Tierhaltung, der Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie neue Wege der Vermarktung von Agrarprodukten.

Lebensmittel aus einer ökologisch verträglichen Landwirtschaft bieten gleichzeitig die beste Gewähr für Qualität und eine gesunde Ernährung. Innerhalb der europäischen Rahmenbedingungen muß deshalb dafür gesorgt werden, daß heimische Produkte auf dem heimischen Markt mehr Chancen bekommen. Wie notwendig eine durchgehende und eindeutige Kennzeichnung der Herkunft der Lebensmittel für den Verbraucherschutz ist, hat gerade der BSE-Skandal gezeigt.

Unsere Ziele sind:

- Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten und im ländlichen Raum schaffen
- Lebensqualität und Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Räume verbessern
- Das Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft, Kulturlandschaft und Umwelt erhalten oder wiederherstellen

Unsere Maßnahmen sind:

- Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist zu einem Ministerium für die ländlichen Räume weiterzuentwickeln.
- Direkte Einkommensbeihilfen zur Einkommenssicherung müssen das System der Subventionen von Überproduktion ablösen, die Existenz der Betriebe garantieren und an Leistungen für ökologischen Landbau und aktive Landschaftspflege gebunden werden.
- Regionale Produktions- und Vermarktungssysteme, wie z.B. die Direktvermarktung, müssen unterstützt und gefördert werden.
- Wir setzen uns für eine Positivkennzeichnung gentechnisch nicht veränderter Lebensmittel ein.
- Für die Landwirtschaft müssen zusätzliche Einkommensquellen, auch außerhalb der unmittelbaren landwirtschaftlichen Produktion, erschlossen werden. Dazu gehört auch die erleichterte Umwandlung von landwirtschaftlichen Gebäuden für gewerbliche Zwecke.
- Kooperationen von Landwirten in der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung sowie im Dienstleistungsbereich sind zu fördern.
- Bayern ist ein Waldland. Fast überall ist der Wald vom Menschen bewirtschaftet. Dieser Wald kann nur erhalten werden, wenn er weiterhin gepflegt wird. Waldflege rentiert sich aber nur, wenn das Produkt des Waldes, das Holz, einen vernünftigen Preis erzielt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß vermehrt heimisches Bauholz verwendet wird und Durchförmungsholz energetisch verwendet werden kann (Hackschnitzelheizungen).
- Nachwachsende Rohstoffe sind zu fördern, wenn ihre Produktion ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist.

*Mehr regionale Kreisläufe: Erzeuger - Verbraucher*

*Ja zur Direktvermarktung*

*Landwirtschaft kann mehr als Lebensmittel erzeugen*

*Bauen mit Holz fördern*

## 7.6. Jeder Tropfen zählt - Vernünftiger Umgang mit Wasser

Unser Trinkwasser ist in Not! Vielfältige Gefahren bedrohen es. Durch die wachsende Versiegelung der Landschaft kann immer weniger Regenwasser versickern, die Grundwasserbildungsraten sinkt. Die BayernSPD will unseren wertvollsten Rohstoff schützen. Die Lösung: Ein flächendeckender Grundwasserschutz. Wir müssen lernen, vernünftig mit Wasser umzugehen.

Unser Maßnahmen:

- Regenwassernutzung
- Erhaltung der Versickermöglichkeiten im Boden durch Stopp und Umkehr der Versiegelung
- Stopp dem Grundwasserraub durch Einführung einer Grundwasserabgabe
- Kommunales Grundwassersicherungsprogramm
- Erhaltung bzw. Ausbau einer dezentralen Abwasserentsorgung

## 7.7. Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft

Unser Ziel ist es, in der Abfallwirtschaft den Grundsatz "Vermeidung vor Verwertung vor ökologisch sicherer Ablagerung" konsequent umzusetzen.

Wir treten für eine ökologische Stoffwirtschaft ein, die darauf angelegt ist, daß

- bereits bei Produktion und im Gebrauch Abfälle und Schadstoffe möglichst vermieden werden,
- langlebige und reparaturfreundliche Produkte hergestellt werden,
- rohstoffsparende und umweltschonende Verfahren angewendet werden,
- die Rückführung von Wertstoffen in den Produktionskreislauf und von Bodennährstoffen in den Naturkreislauf (Klärschlamm bei entsprechender Schadstoffminimierung und -kontrolle; Kompostierung) erfolgt (Kreislaufwirtschaft) und
- die gesamte Industrie durch eine Produkthaftung von der Entwicklung eines Produktes bis zur Entsorgung die Verantwortung übernimmt.

Das Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz werden wir dementsprechend reformieren und uns auf Bundesebene für eine entsprechende Reform des Kreislaufwirtschaftsgesetzes einsetzen.

Entstanden aus einer falsch konzipierten Verpackungsverordnung, ist das Duale System Deutschlands (DSD) in der jetzigen Form völlig ungeeignet, die Verpackungsmengen zu reduzieren. Das DSD ist ökologisch falsch und wirtschaftlich zu teuer. Wir werden uns für die Beendigung dieses Systems einsetzen.

Wir fordern die Änderung der Verpackungsverordnung nach dem Prinzip der Vermeidung. Das heißt:

- Förderung von Mehrwegverpackungen durch den Einsatz für eine Bundessteuer auf Einwegverpackungen
- Verbot ökologisch unvertretbarer Verpackungen, z.B. Alu-Getränkedosen, und
- Ausdehnung des Rücknahme- und Pfandsystems, z.B. durch ein Pfand auf Getränkeverpackungen

Wir werden dafür eintreten, daß die Möglichkeit biologisch-mechanischer Behandlung des Restmülls in die TA Siedlungsabfall aufgenommen wird.

Wir lehnen den unter dem Etikettenschwindel "Energetische Verwertung" betriebenen Ausbau der Verbrennung von Abfällen ab.

*Intelligenter  
Umgang mit  
Rohstoffen*

*Das bayerische Bier  
hat besseres als die  
Dose verdient.*

## **7.8. Verkehrspolitik - Menschliche Mobilität gewährleisten, Umwelt schützen**

Eine zukunftsgerechte Verkehrspolitik benötigt eine grundlegend neue Orientierung. Verkehrsträger und -unternehmer haben die notwendigen Beförderungs- und Transportaufgaben ökonomisch sinnvoll und menschen- und umweltgerecht zu leisten. Die Verkehrspolitik hat die hierfür erforderlichen Strukturen zu schaffen. Das Verursacherprinzip muß stärker Geltung erhalten: Die Verkehrsträger haben mehr als bisher für die von ihnen verursachten Kosten aufzukommen. Dies gilt für Wege-, Unfall- und Umweltkosten. Auch diese „externen“ Kosten müssen sich entsprechend in Preisen ausdrücken.

Die zur Sicherung der Wirtschaft und der Versorgung und für die Freizeit nötige Beweglichkeit des Menschen ist auf die ökonomisch und ökologisch verträglichste Art zu ermöglichen.

Wir werden in Bayern die längst fällige Wende in der Verkehrspolitik vollziehen durch

1. Verkehrsvermeidung: Die Landesentwicklungs-, Raumordnungs- und Siedlungspolitik sowie die Bauleitplanung werden wir auf dieses Ziel hin reformieren.
2. Verkehrsverlagerung - von der Straße auf die Schiene, vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Personenverkehr: Wir werden den Vorrang des öffentlichen und des umweltfreundlichen Verkehrs in Planungen und Investitionen einführen.
3. Verkehrsträgerübergreifende Zusammenarbeit, z.B. an den Schnittstellen von Schiene und Straße.
4. Technische Optimierung der Verkehrsträger zur Senkung der Schadstoff- und Lärmemissionen.

Menschliche  
Mobilität si-  
chern - Energie-  
verbrauch sen-  
ken

Wir schaffen so ein zukunftssicheres und leistungsfähiges Transportsystem, das gleichzeitig umweltentlastend wirkt, volkswirtschaftliche Kosten reduziert und für zusätzliche Beschäftigung sorgt.

Die private Vorfinanzierung von Verkehrswegen ist volkswirtschaftlich unsinnig und teuer und somit kein geeigneter Weg zur Schaffung moderner und bedarfsgerechter Verkehrssysteme.

### Ausbau des Schienenverkehrs

Wir wollen, daß mehr Verkehr von der Straße und aus der Luft auf die Schiene verlagert wird.

Voraussetzungen dafür sind:

Vorrang für die Bahn

- Eine gerechtere Kostenanlastung des Straßen- und Luftverkehrs durch Anwendung des Verursacherprinzips.
- Entsprechende Prioritätensetzung bei den Investitionen zugunsten der Schiene.
- Ausbau der Schnittstellen zwischen Bahn, Straße, Binnenschiffahrt und Luftfahrt dezentral in der Fläche
- Neben dem Aus- und Neubau von Strecken überregionaler Bedeutung muß die Leistungsfähigkeit von bestehenden Nebenstrecken durch Optimierungen und die Beseitigung von Engpässen erhöht werden.

Gemeinden müssen bei der Verbesserung der lokalen Verkehrsinfrastruktur unterstützt werden.

Wir unterstützen den Bau von Hochgeschwindigkeitsschienenstrecken, nicht in Konkurrenz zu, sondern statt parallelem Autobahnausbau und Kurzstreckenflugverkehr. Die Hochgeschwindigkeitstrasse Nürnberg - Erfurt lehnen wir jedoch als ökologisch nicht vertretbares Prestigeprojekt ab. Statt dessen verlangen wir nachdrücklich eine alternative und ökologisch vertretbare Trassentführung.

### Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV)

Wir wollen einen attraktiven ÖPNV als echte Alternative für den motorisierten Individualverkehr. Er muß angebotsorientiert und leistungsfähig sein, nicht nur in Großstädten und Ballungsräumen, sondern vor allem auch "in der Fläche". Das bayerische ÖPNV-Gesetz muß überarbeitet werden: Öffentlicher Nahverkehr, dazu gehört auch die Koordination zwischen Schiene und Straße, muß kommunale Pflichtaufgabe werden. Eine entsprechende Finanzausstattung durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und durch die Mittel aus dem Regionalisierungsgesetz muß langfristig gewährleistet sein. Der Freistaat Bayern muß die Möglichkeiten nutzen, die das Regionalisierungsgesetz für den Schienenpersonennahverkehr bietet. Die Reaktivierung stillgelegter Strecken ist mit allem Nachdruck zu überprüfen.

Im ÖPNV sind moderne Informationssysteme für eine bessere Kundeninformation anzuwenden.

Den besonderen Sicherheits- und Mobilitätsbedürfnissen von Frauen, Kindern und alten Menschen muß Rechnung getragen werden.

*Nur der ÖPNV gewährleistet Mobilität für Junge, Alte und Nichtautofahrer*

### Straßenbaumaßnahmen mit Maß und Ziel

Die Schließung regionaler Straßenbaulücken und vor allem Ortsumgehungen hat Vorrang vor Neu- und Ausbauvorhaben.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die im Bundesverkehrswegeplan 92 enthaltenen Projekte des „vordringlichen Bedarfs“ ebenso wie die im Maßnahmenplan Deutsche Einheit aufgeführten in ihrer Priorität zu überprüfen. Insbesondere werden wir diejenigen Projekte unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten neu bewerten, die in hohem Maße strittig sind.

Wir setzen uns für Tempolimits auf Bundes- und Europaebene ein.

### Fahrradfahren - Freude für die Menschen, Hilfe für die Städte

Wir werden das Fahrradfahren fördern. Positive Beispiele auch in Bayern - etwa Erlangen oder Ingolstadt - beweisen, daß das Fahrradfahren bei entsprechender Infrastruktur und weiteren begleitenden Maßnahmen die Innenstädte vom motorisierten Individualverkehr wesentlich entlasten kann.

Für die Urlaubsregionen Bayerns muß das Fahrradfahren eine noch wesentlich stärkere Bedeutung bekommen.

Nach dem Vorbild anderer Bundesländer werden wir zur Optimierung der vorhandenen Förderungsmöglichkeiten ein Programm „Fahrradfreundliche Städte“ schaffen.

*Kundenorientierte Fahrplan- und Tarifgestaltung*

*Ausbau vor Neubau*

*Soviel Straße wie nötig, soviel Schiene wie möglich*

*Mir san gern mi'm Radl do.*

## Zu Fuß gehen - Eine bedeutende Verkehrsort

Im Rahmen der Verkehrsplanung ist alles daran zu setzen, den Fußgängerverkehr umfassender zu integrieren - und zwar mit folgender Zielsetzung:

- Steigerung des Fußwegeanteils
- Stärkung der Verkehrssicherheit für Fußgänger
- Schaffung von Anreizen, Wege zu Fuß zurückzulegen
- Stärkung der Vernetzung mit anderen Verkehrsarten des Umweltverbundes (Zu-Fuß-Gehen, Radfahren, ÖPNV)

## 8. Bürger - Staat - Verwaltung - Sicherheit

### Unsere Ziele

Staat und Verwaltung sollen Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft verwirklichen helfen und die dafür notwendige Offenheit der Entscheidungsabläufe garantieren. Der Staat und seine Verwaltung können ganz sicher nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen. Wer sie überfordert, verursacht wuchernde Bürokratien, deren Wirksamkeit abnimmt, und die weder zu kontrollieren noch zu finanzieren sind. Der Staat muß sich daher auf seine originären Aufgaben konzentrieren. Er muß für öffentliche Infrastruktur, für Bildung, soziale Sicherung, Gleichstellung von Frau und Mann, Schutz der natürlichen Lebenswelt, öffentliche Ordnung und Rechtssicherheit sorgen.

*Umfang der Staatstätigkeit kritisch überprüfen*

Dies geschieht durch Gebote und Verbote, finanzielle Anreize und Belastungen und rechtzeitig kontrollierte Rahmendaten. Zur Umsetzung bedient sich der Staat auch öffentlicher Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen und vor allem einer Verwaltung,

- ausgestattet mit modernster Technik,
- in einer nach modernen Erkenntnissen organisierten kooperativen Führungsstruktur,
- die durch Ausdünnung der Regelungsdichte erweiterte Entscheidungsspielräume erhält,
- und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die gut geschult und trainiert, hochmotiviert "kundenorientiert" arbeiten und öffentliche Mittel verantwortungsbewußt einsetzen.

Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Uns geht es darum, die notwendigen Aufgaben möglichst effektiv und schnell zu erledigen und dabei das Personal möglichst effizient einzusetzen. Hieran müssen sich Staat und Verwaltung messen lassen.

Wie wir unsere Ziele erreichen wollen

### 8.1. Die Bayerische Verfassung weiterentwickeln

Die SPD ist stolz auf die Bayerische Verfassung von 1946, deren Entstehung in wesentlichen Teilen von uns, insbesondere von Wilhelm Hoegner, geprägt wurde. Nach über 50 Jahren hat sie sich in ihren Grundzügen bewährt, wichtige politische und gesellschaftliche Änderungen in dieser Zeit müssen aber durch eine Weiterentwicklung der Verfassung berücksichtigt werden.

*Lebendige Gesellschaft - lebendige Verfassung*

Der SPD ist es durch beharrliche Arbeit gelungen, in der vom Landtag beschlossenen Verfassungsänderung wichtige Inhalte festzuschreiben. Hierzu zählen das Bekenntnis zur Europäischen Union, eine bessere Verankerung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, eine verstärkte Berücksichtigung der Belange von Behinderten und die Nennung der Förderung sowohl des Sports als auch des Tierschutzes als Staatsziel. Zudem werden die Minderheitenrechte in Untersuchungsausschüssen des Landtags entscheidend verbessert.

Von der bisherigen Landtagsmehrheit nicht berücksichtigte Punkte wie die ausdrückliche Festschreibung von Kinderrechten, einen besseren Datenschutz und bessere Informationsrechte für Bürgerinnen und Bürger werden wir nachdrücklich weiter verfolgen.

## Volks- und Bürgerentscheide als wichtiges Mitentscheidungsrecht der Bürgerinnen und Bürger

Die SPD bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie. Die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, nur alle paar Jahre zur Wahl zu gehen, ist uns aber zu wenig. Wir setzen bei Entscheidungen von Staat und Kommunen auch auf den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger und möchten, daß sie bei Planungen direkt mitentscheiden können. Wir haben uns daher zusammen mit anderen erfolgreich für die Einführung von Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene eingesetzt. Die bestehenden organisatorischen Hürden bei Volksbegehren werden von uns z.B. durch verlängerte Eintragungsfristen und längere Öffnungszeiten der Eintragungsstellen abgebaut. Das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes werden wir in praxisgerechtes und handhabbares Recht umsetzen.

## 8.2. Das Parlament stärken - Staatsregierung und Ministerialbürokratie verkleinern

Bei der Einzelmaßnahme der Abschaffung des Senats darf es nicht bleiben. Vielmehr muß auch das mit 21 Mitgliedern (Ministerpräsident, 10 Staatsminister und 10 Staatssekretäre) größte Kabinett aller Bundesländer noch weiter und deutlich auf höchstens 16 Mitglieder verkleinert werden. Gleichzeitig ist die Größe der Ministerialbürokratie zugunsten von mehr Entscheidungsbefugnissen und einer besseren Personalausstattung der nachgeordneten Behörden zu verkleinern. Ein Anhaltspunkt hierfür ist eine schrittweise Reduzierung um bis zu 25 Prozent. Auch die Aufgaben des Landtags und die Rolle seiner Abgeordneten haben sich verändert. Um die notwendigen Konsequenzen für Ausstattung, Größe und rechtliche Rahmenbedingungen ziehen zu können, werden wir im Landtag eine unabhängige Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen einrichten. Wir kritisieren die wachsende Macht der Exekutive und setzen ihr eine Stärkung der Volksvertretungen auf allen Ebenen entgegen. Wir wollen "demokratische Waffengleichheit" zwischen Regierung und Verwaltung einerseits und Landtag - insbesondere Opposition - andererseits.

Größte Landesregierung und größte Ministerialbürokratie - das ist der "schlanke Staat" der CSU

## 8.3. Die Verwaltung reformieren und die Kommunen stärken

Für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben ist, unabhängig von der derzeitigen Finanzkrise des Staates, eine Reform der Verwaltung - vom Freistaat bis zu den Kommunen - notwendig. Wir packen diese Aufgabe mit einer durchgängigen dezentralen Verwaltung der Geldmittel, einer klaren Budgetierung der einzelnen Bereiche und einem einheitlichen Dienstrecht für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Unser Konzept setzt dabei nicht auf Entlassungen und Privatisierung. Den Dschungel von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften werden wir ausdünnen, so daß vor Ort wieder einzelfallbezogene Entscheidungen getroffen werden können, welche die Bürgerinnen und Bürger wieder verstehen können, ohne Verwaltungsexperte zu sein.

Paragraphendschungel ausdünnen - Vor-Ort-Kompetenz stärken

### Offensive für Kommunalpolitik

Städte, Märkte und Gemeinden als ursprüngliche Gebietskörperschaften sind die unverzichtbare grundlegende Ebene unseres demokratischen Staates. Wir setzen uns offensiv dafür ein, daß die Kommunen die ihnen von der Verfassung zugewiesenen Rechte und Aufgaben der Daseinsvorsorge auch weiterhin wahrnehmen bzw. erfüllen können.

Kommunale Räume müssen öffentliche Räume bleiben. Sie bieten Platz für die Verwirklichung von sozialer Sicherheit, Chancengleichheit, Erschwinglichkeit, Alltagsbequemlichkeit mit den erforderlichen Entfaltungs-, Kommunikations- und Spielräumen und werden fortwährend daran gemessen. Dies schafft Lebensqualität für alle.

Hierfür ist notwendig, daß

- die angemessene Finanzausstattung gewährleistet ist,
- die Kommunen, soweit sie bei Erfüllung ihrer Aufgaben am Wirtschaftsleben teilnehmen, gegenüber anderen Teilnehmern am Markt nicht benachteiligt werden,
- die Kommunen nachhaltig auf die Flexibilisierung des Bodenmarktes einwirken können und eine sozial gerechte Bodennutzung ermöglicht wird.

Den kommunalen Finanzausgleich werden wir gerechter gestalten, genauso wie wir durch bundespolitische Initiativen zur Stabilisierung der Finanzsituation der Kommunen beitragen werden.

Den Kommunen muß mehr Entscheidungsfreiheit gegeben werden. Hierzu sind den Kommunen auch bisherige Staatsaufgaben zu übertragen (Ausweitung des übertragenen Wirkungskreises). Dabei bedeutet jede Aufgabenübertragung auch zwingend, daß der Freistaat die dazu notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt.

Der Auszahlungszeitpunkt von Fördermitteln für kommunale Vorhaben ist konkret zu terminieren. Verzögert sich die Auszahlung, trägt der Freistaat alle Finanzierungskosten in vollem Umfang.

**Kommunale  
Selbstverwal-  
tung stärken**

#### **8.4. Die Regionen fit für das "Europa der Regionen" machen**

In einem "Europa der Regionen" muß die Position der Regionen auch innerhalb Bayerns gestärkt werden. Die Regionalplanung muß zum Regionalmanagement werden, und Planung und Vollzug von Maßnahmen in den Regionen müssen unter einer Trägerschaft stehen. Der Freistaat hat nach wie vor die Aufgabe, die Leitentscheidungen, z.B. bei der Vergabe der Geldmittel, zu treffen. Die konkrete Verwendung der an die Regionen verteilten Mittel geschieht aber dort, und nicht wie heute durch ein überbürokratisiertes, schwerfälliges und kostenintensives Einzelförderwesen mit einer Unzahl von Verwendungs-nachweisen.

**Regionalpolitik:**  
"Unten" mehr  
Entscheidung,  
"von oben" we-  
niger Gänge-  
lung

#### **8.5. Für eine bürgernahe, moderne Justiz**

Die Justiz als dritte Säule unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaats ist heute oftmals an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gestoßen. Wir wollen, daß Entscheidungen der Zivil-, Straf- und Verwaltunggerichte wieder schneller erfolgen, dazu ist eine verbesserte Personal- und Technikausstattung notwendig. Um die Unabhängigkeit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsprechung zu stärken, müssen die Gerichte demokratischer als bis jetzt besetzt werden. Die Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes sind daher von einer Zweidrittelmehrheit des Landtags zu wählen, bei der Benennung der Mitglieder der anderen Gerichte ist, wie in anderen Bundesländern auch, ein Richterwahlausschuß zu beteiligen.

**Vor Gericht soll  
es den Bürgern  
anders gehen als  
auf hoher See**

## **8.6. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger**

Durch ihre Erwerbstätigkeit tragen die ausländischen Bürgerinnen und Bürger einen deutlichen Anteil zur wirtschaftlichen Leistung Deutschlands, zum Steueraufkommen und zur Finanzierung der Sozialversicherungen bei.

Menschen, die seit Jahren und auf Dauer ihren Lebensmittelpunkt in Bayern haben, sollen hier auch wählen und mitentscheiden können. Die bisher nur für Staatsbürger der EU bestehende Möglichkeit zur Teilnahme an den Kommunal- und Bezirkstagswahlen werden wir auf alle ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ausdehnen und außerdem für ein Wahlrecht auf Landesebene eintreten.

Integrationspolitik für und mit den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist eine Aufgabe, die ständiger Anpassung und Weiterentwicklung bedarf. Eine weitgehende Beteiligung am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ist unter Wahrung der eigenen Identität zu fördern. Die Herstellung von Chancengleichheit in der Bildung, im Beruf und auf dem Arbeitsmarkt steht dabei im Zentrum der Bedeutung.

Einer Aufenthaltsverfestigung der lang hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist durch eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen entgegenzukommen.

Der Vollzug des Ausländerrechts ist wieder am Schicksal der betroffenen Menschen zu orientieren. Wir werden die Notwendigkeit von "Kirchenasyl" durch eine humanere Asylpolitik überflüssig machen. Geschlechtsspezifische Diskriminierung und geschlechtsspezifische Verstöße gegen Menschenrechte werden als Asylgründe anerkannt. Zur rechtsverbindlichen Lösung von Konfliktfällen ist eine Härtefallkommission einzurichten, der neben der Staatsregierung und VertreterInnen des Landtags auch VertreterInnen der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und von Flüchtlingsinitiativen angehören. Das Strafrecht ist auf Deutsche und Ausländerinnen und Ausländer in gleicher Weise anzuwenden. Bei der Frage einer Abschiebung sind rechtsstaatliche und humanitäre Gesichtspunkte maßgebend. In Heimatländer, in denen Folter und Todesstrafe drohen, darf nicht abgeschoben werden.

## **8.7. Die Innere Sicherheit stärken - Gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik**

Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Kriminalitätsbekämpfung ist aber in erster Linie eine politische Aufgabe, bei der es vor allem darauf ankommt, Ursachen und Strukturen kriminellem Verhaltens zu beseitigen. Für die SPD gilt das Prinzip, daß das Strafrecht nur die "ultima ratio" sein kann. Das bedeutet, daß vorrangig soziale Präventionsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um die gesellschaftlichen Ursachen der Kriminalität nach Möglichkeit einzuschränken. Die gesellschaftliche Prävention muß im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit einsetzen. Deshalb werden wir in der Kinder- und Jugendarbeit verstärkt darauf hinwirken, daß in Kindergärten und Schulen, in Jugendgruppen und in der Jugendarbeit allgemein soziales Lernen gefördert, Gewalt geächtet und gewaltfreie Konfliktaustragung eingeübt werden.

*Sicherheit darf kein Privileg sein, das sich nur die Reichen leisten können*

Der Abbau von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und beruflichen Ausbildungsdifiziten sowie die Entwicklung städtebaulicher Konzepte zur Verhinderung anonymer Wohnstrukturen sind ein weiterer wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Kriminalitätsursachen. Die mitmenschliche Solidarität und das Nachbarschaftsgefühl müssen gestärkt werden, insbesondere die Bereitschaft der Bevölkerung, bei der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten mitzuwirken.

Hierzu zählt auch die Einrichtung von Sicherheitsbeiräten auf Gemeindeebene. Denn die Bekämpfung von Kriminalität ist nicht allein die Aufgabe der Polizei, sondern erfordert die Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, der Massenkriminalität und der Jugenddelinquenz.

Die organisierte Kriminalität, d. h. die planmäßige Begehung von Straftaten durch überregional tätige, arbeitsteilig agierende Organisationen stellt eine ernste Gefahr für die Innere Sicherheit dar. Die typischen Aktionsfelder des organisierten Verbrechens wie Korruption, Geldwäsche, Menschenhandel, Drogenkriminalität, Subventionsbetrug, Schutzgelderpressung, Prostitution, illegale Beschäftigung u. ä. erfordern ein entschlossenes Vorgehen des Staates. Die rechtlichen Möglichkeiten dazu sind gegeben. Notwendig ist jedoch eine effektivere Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den zuständigen Behörden (z. B. Arbeitsverwaltung, Gewerbeaufsicht, Zoll), die verstärkte Bildung von Expertenteams und deren adäquate Ausstattung mit technischen Mitteln und eine konsequente Verfolgung der Weißen-Kragen-Kriminalität.

Wir brauchen eine gut ausgebildete und motivierte Polizei, die Zeit hat, sich um den Schutz der Bürger zu kümmern.

- Hierzu ist die Polizei weiter von sachfremden Aufgaben (wie z.B. Begleitung von Schwertransporten) zu entlasten. Dies dient der Sicherheit mehr als die sogenannte Sicherheitswacht, die wir ablehnen.
- Die Polizistinnen und Polizisten sind besser zu bezahlen. Sie brauchen auch Perspektiven für den beruflichen Aufstieg. Dazu werden wir das Status- und Laufbahnrecht der allgemeinen Verwaltung anpassen, den mittleren Dienst mittelfristig abschaffen und die zweigeteilte Laufbahn einführen. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizei- und Vollzugsbeamte lehnen wir ab.

*Polizei auf den Straßen erhöht die Sicherheit*

Um weiterer Kriminalität von schon in Erscheinung getretenen Tätern vorzubeugen, werden wir die sozialen Dienste der Justiz, der Bewährungs-, Straffälligen- und Jugendhilfe verstärken. Den derzeitigen Personalmangel im Justizvollzug werden wir beheben. Im Bereich des Jugendstrafrechts werden wir zusätzliche Angebote ambulanter Maßnahmen, wie z.B. betreute Arbeitsmöglichkeiten und soziale Trainingsmaßnahmen, schaffen.

Die Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs sind zu erweitern.

Zum Schutz insbesondere unserer Kinder vor Sexualstraftaten setzen wir auf ein Gesamtkonzept, das neben verstärkten Präventionsmaßnahmen, z.B. durch verstärkte Elternaufklärung und intensivere Sexualerziehung, auch verbesserte Therapiemöglichkeiten im Strafvollzug umfaßt. Mit dazu gehört auch eine punktuelle Verschärfung der Strafgesetze, z.B. ist sexueller Mißbrauch von Kindern und nicht einwilligungsfähigen Personen als Verbrechen und nicht nur als Vergehen zu ahnden.

*Punktuelle Verschärfung der Strafgesetze*

Die Instrumentarien der staatlichen Verwaltung, von Polizei und Justiz sind rechtsstaatlich, entschlossen und effizient einzusetzen. Schnelle Tataufklärung und die unverzügliche Ahndung schwerer Delikte müssen im Vordergrund stehen. Die Möglichkeit flexibler Reaktionen auf Bagatell- und Kleinstkriminalität muß erheblich erweitert werden, indem hierfür die Möglichkeit geschaffen wird, Verwarnungen mit oder ohne Auflagen auszusprechen und Schadenswiedergutmachung anzurufen.

Steuerhinterziehung, Subventionsbetrug und Korruption sind auf allen Ebenen zu bekämpfen. Dazu ist die Steuerfahndung personell und materiell zu verstärken. Überführte Unternehmen sind von öffentlichen Aufträgen auszuschließen und in einer bayern- und bundesweiten Korruptionsdatei zu führen.

## **9. Bayern in Deutschland - Deutschland in Europa**

**Unsere Ziele:** Wir wollen Frieden und Sicherheit in einem vereinten Europa ausbauen.

Am Ende dieses Jahrhunderts eröffnet sich mit der Europäischen Union den Menschen in Europa die große Chance, die Spaltung des Kontinents zu überwinden und solide Grundlagen für die weitere Entwicklung Gesamteuropas zu schaffen. Europäische Politik ist heute ein entscheidender Ansatz sozialdemokratischer Politik.

Eine demokratisch reformierte Europäische Union ist ein zentrales Instrument, mit dem in der gesamten EU die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert, die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt und der soziale Zusammenhalt in den Ländern bewahrt und gestaltet werden kann. Die Zusammenarbeit in Europa ist für die SPD eine Antwort auf die Globalisierung. In diesem Sinne begreift die BayernSPD die Entwicklung der Europäischen Union als eine Chance für mehr Demokratie, Lebensqualität und Wohlstand.

Besonders Bayern als industrielles wie landwirtschaftliches Exportland ist auf die Weiterentwicklung und Reform der Europäischen Union angewiesen und profitiert in ganz besonderem Maße von der zunehmenden Integration innerhalb der Europäischen Union. Allein aus der europäischen Regionalpolitik fließen im Zeitraum von 1994 bis 1999 fast 1,3 Mrd. DM Fördermittel nach Bayern.

### **Die Strukturdefizite in Europa ebbauen**

Die gegenwärtige Ausgestaltung der EU weist noch eine Vielzahl von strukturellen Problemen und Ungleichgewichten zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen und ökologischen Komponente auf. Diese strukturellen Probleme wollen wir beseitigen und ein Europa der Bürgerinnen und Bürger voran bringen. Wir wollen

- die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion vollenden und die Europäische Union auch zu einer Politischen Union weiterentwickeln,
- durch die schrittweise Erweiterung der Union die Einheit Europas voran bringen, um nach der deutschen Vereinigung und dem Ende der Blockkonfrontation Europa als Ganzes zu fördern,
- die notwendigen Reformen der EU-Institutionen, der Agrar- und Sozialpolitik und der Finanzierung der EU vollziehen, um neue Mitglieder in die EU aufnehmen zu können,
- aus der Wirtschaftsunion eine soziale und ökologische Union entwickeln,
- eine einheitliche Unternehmens- und Kapitalbesteuerung in Europa,
- eine beschäftigungsfördernde Geldpolitik der neuen Europäischen Zentralbank,
- daß in der EU der Verbraucherinnen- und Verbraucherschutz auf hohem Niveau stattfindet und
- daß die Vorteile des Binnenmarktes auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommen. Das neue Beschäftigungskapitel des im Juni 1997 in Amsterdam beschlossenen EU-Vertrags wurde von der SPD durchgesetzt. Für die Umsetzung dieses Beschäftigungskapitels wollen wir uns nun einsetzen.

## Arbeitslosigkeit in Europa bekämpfen - Für Vollbeschäftigung in Europa

Arbeitslosigkeit untergräbt die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft in Europa. Auch die Europäische Union kann auf Dauer nur Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern finden, wenn es gelingt, über eine europäische Politik einen erkennbaren Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu leisten.

Mit der Verankerung des Beschäftigungskapitels im Vertrag von Amsterdam ist es gelungen, einen Anfangserfolg zu erreichen. Dadurch beginnt sich das bestehende Ungleichgewicht zwischen der Vollendung des Binnenmarktes, der Währungsunion und der bisher nur unzureichend entwickelten Politischen und Sozialen Union langsam abzubauen.

Zur Konkretisierung der in Amsterdam beschlossenen Verpflichtung zu einer europäischen Beschäftigungspolitik und entsprechend der in Amsterdam gefassten Entschließung über Wachstum und Beschäftigung wird die BayernSPD eine programmatische Initiative der EU und ihrer Mitgliedstaaten unterstützen, die endlich auch die vorgeschlagenen Handlungsmöglichkeiten des Weißbuches zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit umsetzt.

Wir brauchen auch in der Europäischen Union eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung.

- Wir wollen, daß die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten eine Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie für Jugendliche vereinbaren. Alle Länder der EU sollen sich verpflichten, ihre Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und ihre Ausbildungssysteme so auszurichten, daß kein Jugendlicher nach der Schulzeit in die Arbeitslosigkeit geschickt wird.
- Wir werden die europäischen Regierungen auffordern, die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten so zu entwickeln, daß eine beschäftigungspolitische Ausrichtung verstärkt wird. Hierfür werden wir uns für den Ausbau der europäischen Infrastruktur durch die Umsetzung der Beschlüsse der Transeuropäischen Netze einsetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die europäische Forschungs- und Entwicklungspolitik, die Strukturfonds, aber auch die Finanzpolitik mit diesem Schwerpunkt weiterentwickelt werden.
- Wir wollen in der EU zukunftsfähige Infrastrukturmaßnahmen auf den Weg bringen. Durch eine adäquate Finanzierung der Transeuropäischen Netze wollen wir erreichen, daß die Planungskosten und die Anschubfinanzierung zunächst durch den EU-Haushalt abgedeckt werden.
- Wir wollen erreichen, daß zwischen den EU-Mitgliedstaaten Schritte zur Entlastung des Faktors Arbeit vereinbart werden und endlich der Einstieg in eine ökologische Steuerreform vollzogen wird, die einen Modernisierungsschub und Neuinvestitionen in Energieeffizienz auslösen wird.
- Wir brauchen eine europäische Initiative, damit endlich eine Vereinbarung der Mitgliedstaaten zur Beendigung des ruinösen Wettlaufs um niedrige Unternehmenssteuern erreicht wird. Die bestehenden europäischen Steueroasen müssen dabei beseitigt werden.
- Wir wollen, daß die Europäische Investitionsbank zukünftig auch über den Europäischen Investitionsfonds Eigenkapitalmittel für innovative Betriebe bereitstellen und Zukunftsprojekte kleiner und mittlerer Unternehmen unterstützen kann.
- Wir wollen über die Europäische Union soziale und ökologische Mindeststandards in den internationalen Handelsverträgen durchsetzen. Dazu gehört auch ein Verbot der Kinderarbeit und die Sicherung der Koalitionsfreiheit.
- Wir wollen mithelfen, daß endlich eine Charta der Europäischen Grundrechte Wirklichkeit für die Bürgerinnen und Bürger wird.

## Europäische Chancen und Herausforderungen - Der Amsterdamer Vertrag und die Wirtschafts- und Währungsunion

Im Vertrag von Amsterdam wurden zahlreiche Änderungen des Vertrags von Maastricht verankert. Die Europäische Union hat nun stärkere Kompetenzen für Beschäftigung, das Sozialabkommen wurde in den Vertrag integriert, das Profil der EU konnte im Umweltschutz, beim Gesundheits- und Verbraucherschutz verbessert werden und die Gleichstellung von Frau und Mann wurde deutlicher angesprochen.

Wir wollen die termingerechte Einführung der Währungsunion unterstützen. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Antwort auf die Herausforderungen der globalisierten Finanzmärkte. Die WWU ist ein Instrument gegen Währungsspekulationen und Wechselkursschwankungen. Wir werden die vertragsgerechte Verwirklichung der Währungsunion fördern. Doch werden wir eine sozial- und beschäftigungspolitische Flankierung der Währungsunion mitgestalten. Der in Amsterdam geschlossene Stabilitätspakt darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrieben werden, sondern muß sozialpolitisch flankiert werden.

## Die Osterweiterung und die Agenda 2000 - eine große Herausforderung für Europa

Wir wollen die Osterweiterung der Europäischen Union. Sie ist ökonomisch sinnvoll, politisch notwendig und liegt im Interesse Bayerns. Damit die Osterweiterung der EU ein Erfolg wird, muß sie sorgfältig vorbereitet werden. Dazu sind institutionelle und politische Reformen innerhalb der EU notwendig, um auch bei einer höheren Anzahl von Mitgliedern handlungsfähig zu bleiben. Die EU muß die Voraussetzungen für ein reibungsloses Funktionieren ihrer Institutionen schaffen und gleichzeitig den Grad der Integration bewahren und ausbauen.

Damit die beitrittswilligen Länder den Anforderungen des europäischen Binnenmarktes gerecht werden können, müssen wir ihnen helfen, sich gesellschaftlich, wirtschaftlich und sozial weiterzuentwickeln. Wir unterstützen den von der Kommission vorgelegten Vorschlag in der Form der Agenda 2000, Beitragsverhandlungen mit fünf mittel- und osteuropäischen Ländern und Zypern aufzunehmen.

Wir wollen dazu beitragen, daß die erheblichen Entwicklungs- und Wohlstandsschiede abgebaut werden können. Wir wissen, daß der Prozeß der Integration der osteuropäischen Staaten auch mit vielen Schwierigkeiten verbunden ist. Gerade an der "Nahtstelle" zu Bayern wird es zu besonderen Anpassungsproblemen kommen. Wir sehen es als eine besondere Herausforderung an, diese Strukturprobleme durch eine Kombination von Innovations- und Strukturpolitik zu vermindern. Dabei werden wir auch die Notwendigkeiten aus bayerischer Sicht darstellen. Wir werden zusammen mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung die möglichen Arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Rahmenbedingungen entwickeln, damit die sich aus der Erweiterung ergebenden Wachstumseffekte zum Wohle der Menschen in Bayern und den mitteleuropäischen Staaten genutzt werden können.

## Die Finanzierung der EU

Wir werden die notwendigen Veränderungen der vertraglichen Grundlagen der EU einfordern. Aus sozialdemokratischer Sicht ist die Neuordnung der EU-Finanzierung dringend erforderlich, um die Zukunft Europas zu gestalten. Die Neuordnung der EU-Finanzierung muß dabei eine konsequente Reform der

Gemeinsamen Agrarpolitik, eine Reform der Strukturfonds und die Erweiterung der EU berücksichtigen.

Wir werden Vorschläge zu mehr Beitragsgerechtigkeit auf der Einnahmeseite vorlegen und eine Diskussion hierüber einfordern. Durch die Einstimmigkeitsnotwendigkeit im Ministerrat der EU sind diese aber nur sehr schwer durchsetzbar.

Wir wollen eine gerechtere Beitragsbelastung für alle Europäerinnen und Europäer. Hierfür müssen vor allem die Ausgabenseite und die EU-Politiken reformiert werden. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine Reform der Agrarpolitik. Es ist für uns nicht hinnehmbar, daß durch die jetzige Agrarpolitik reiche Mitgliedstaaten wie Dänemark und Luxemburg Nettoempfänger sind.

Wir wollen diese Gerechtigkeitslücke zwischen den reichen Ländern der EU schließen. Hierfür brauchen wir eine Reform der Ausgabenpolitik.

#### Die Reform der EU-Strukturpolitik

Strukturschwache Regionen in Bayern sind Empfänger der europäischen Mittel aus den Strukturfonds. Auch aus diesem Grund ist die europäische Regional- und Strukturpolitik ein Beitrag zur Verwirklichung von gleichen Lebens- und Berufsmöglichkeiten in den Regionen Europas. Die europäische Regional- und Strukturpolitik ist ein Ausdruck europäischer Solidarität, zu der wir uns uneingeschränkt bekennen.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß trotz der Konzentration der europäischen Förderung die strukturschwachen Regionen in Bayern weiterhin einen Anspruch auf europäische Förderung behalten.

Die BayernSPD ist eine europäische Partei. Wir werden mithelfen, daß die Interessen breiter Bevölkerungsschichten in Europa wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Dafür müssen die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik in Europa zusammengeführt werden. Die BayernSPD wird daran mitwirken, Europa zu einem politisch geeinten, sozial gerechten, wirtschaftlich wettbewerbsfähigen demokratischen Kontinent zu gestalten, der sein politisches Gewicht und seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einsetzt, um weltweit sozialen Mindeststandards und Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen.

\* \* \*

## Stichwortverzeichnis

Abfall .....	4; 45	geringfügige Beschäftigung.....	7
Agenda 2000.....	57	Gesamtschule.....	28
AGENDA 21 .....	39	Gesundheit	3; 15; 18; 19; 20; 21; 24; 34; 40;
Agrarpolitik.....	43; 57; 58	57	
AIDS .....	21	Gleichstellungsgesetz.....	5; 6
Altenpflege .....	16	Grundsicherung.....	15
Altersteilzeit.....	11	Gymnasium.....	28
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.....	6	Handwerk .....	10
Arbeitsmarktpolitik .....	7; 9; 14	Hochschulen....	8; 12; 29; 30; 31; 32; 34; 37
Arbeitsverwaltung.....	8; 9; 53	Hospiz.....	16
Arbeitszeit.....	3; 6; 11; 18; 21; 26; 36	Humanisierung der Arbeit.....	11
Atomkraftwerke.....	41	Innere Sicherheit.....	4; 52; 53
Ausbildungsplätze .....	5; 6; 12; 35	Innovation .	1; 3; 4; 5; 7; 8; 9; 10; 12; 25; 29;
Ausländer .....	30; 38; 52	30; 31; 57	
Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger ...		Investivlohn .....	11
Siehe Ausländer		Justiz .....	4; 8; 51; 53
BAföG .....	29; 32	Kindergarten .....	4; 17; 26; 28
Behinderte .....	3; 14; 17; 27; 30; 49	Klimaschutz .....	4; 40
Behörden.....	9; 50; 53	Kommunalpolitik.....	5; 19; 50
Berufliche Bildung .....	4; 35; 36	Kommunen ...	4; 7; 9; 16; 17; 19; 26; 27; 28;
Betriebsprüfer .....	8	36; 42; 50; 51	
Bildung.	1; 3; 4; 7; 8; 12; 25; 26; 28; 29; 30;	Kraft-Wärme-Kopplung.....	8; 42
32; 35; 36; 37; 39; 40; 49; 52; 53		Krankenversicherung .....	18
Bildungsurlaub.....	12	Kreislaufwirtschaft.....	4; 45
Biotechnologie .....	9; 33	Kriminalität.....	52; 53
Bürgerentscheid.....	49; 50	Kultur .....	4; 24; 29; 38; 43; 44
Drogenpolitik .....	20	Kur.....	16; 21; 22; 47
Ehrenamt.....	3; 24	Landesarbeitsmarktprogramm .....	7
Eigenheim .....	22; 23	Landtag.....	19; 31; 43; 49; 50; 51; 52
Elterngeld .....	18	Landwirtschaft .....	4; 42; 43; 44
Elternurlaub .....	18	Lehrerausbildung.....	26
Energiepolitik .....	40; 42	Lehrpläne .....	27; 28; 29
Erwachsenenbildung .....	4; 16; 36; 37; 40	Integration .....	27
Erziehungsurlaub .....	6	Lohnfortzahlung .....	13
EU .....	9; 41; 43; 52; 55; 56; 57; 58	Lohnsteuer .....	13
Europa	4; 5; 13; 39; 40; 41; 47; 51; 55; 57;	Medien.....	4; 26; 38; 39
58		Mieten.....	22
Fachhochschule .....	29; 30; 34	Mitbestimmung.....	11; 27
Familie ..	3; 5; 12; 14; 17; 18; 22; 25; 27; 36	Nachhaltigkeit.....	39
Fernwärme .....	8; 42	Natur- und Landschaftsschutz.....	4; 42
Feuerwehrfonds .....	7	Öffentlicher Dienst.....	11; 30
Finanzausgleich .....	29; 51	Öko-Audit .....	10; 40
Finanzierung	3; 12; 14; 15; 24; 26; 30; 51;	Ökologische Steuerreform .....	40
52; 55; 56; 57		Ökologisches Bayern .....	4; 39
Forschung	4; 6; 7; 8; 9; 10; 11; 13; 16; 21;	ÖPNV .....	8; 47; 48
30; 31; 32; 33; 34; 42; 43; 56		Orientierungsstufe .....	28
Forschungsreaktor Garching II.....	13	Osterweiterung .....	57
Frauenförderung.....	5; 6; 8; 10	Personalvertretungsgesetz .....	11
Frauenhäuser.....	6	Pflege.....	14; 16; 17; 18; 19; 20; 21; 43
Frauenpolitik.....	5	Pflegeversicherung.....	16
Ganztagesschulen.....	26	Polizei .....	53
Genossenschaften .....	23	Psychiatrie .....	20
Gentechnologie .....	9; 33	Qualifizierung .....	4; 7; 25; 35; 36
Gericht .....	51	Qualifizierungs- und	
		Beschäftigungsgesellschaften.....	7
		Realschule .....	28; 29
		Regionalausschüsse .....	9

Regionalplan .....	9; 51
Regionalpolitik .....	9; 55
Rentenversicherungsträger.....	15
Risikokapital .....	10
Ruhestand.....	12
Rundfunk .....	38
Schule .. 4; 8; 12; 17; 20; 24; 26; 27; 28; 29;	
35; 36; 37; 39; 40; 52	
Selbsthilfe .....	17; 19; 21
Seniorenbeiräte .....	17
Sicherheit.....4; 5; 41; 47; 49; 51; 52; 53; 55	
Solarenergie .....	41; 42
Sozialpolitik .....	14
Sozialstaat .....	3; 5; 7; 14
Sozialversicherung .....	7; 13; 14; 15; 52
Sozialversicherungspflicht.....	7; 15
Sport .....	3; 16; 19; 20; 24; 28; 49
Staat	
4; 6; 12; 15; 16; 17; 22; 30; 35; 36;	
43;	
44; 49; 50; 51; 52; 53; 57	
Straßenbau .....	47
Strukturhilfefonds .....	7
Strukturpolitik.....	7; 9; 57; 58
Studienreform .....	31
Tariftreueerklärungen.....	10
Technikfolgenabschätzung .....	33
Tempolimit .....	47
Tierschutz .....	4; 43; 49
Transferzentren .....	10; 33
Umlagefinanzierung .....	35
Umweltpolitik .....	39
Universität .....	16; 29; 30; 32; 34; 39
Verbände.....	3; 5; 9; 24
Vereine.....	3; 5; 24
Verfassung.....	4; 17; 22; 43; 49; 50; 51
Verkehr .....	4; 8; 34; 40; 42; 43; 46; 47; 48
Vermögenssteuer .....	13
Verwaltung ...	4; 8; 39; 40; 41; 49; 50; 51; 53
Vollbeschäftigung .....	6; 55
Wagniskapitalfonds .....	9
Wahlrecht.....	52
Wasser .....	4; 21; 42; 44
Weiterbildung ...	4; 9; 12; 16; 17; 19; 25; 35;
36; 37; 40; 42	
Wirtschafts- und Währungsunion..	13; 55; 56;
57	
Wohnen .....	3; 17; 22
Wohnungs- und Städtebauförderung .....	9
Wohnungsbaupolitik .....	14



**Anhang**

**Die Regierungszeit Stoiber  
Mai 1993 - Mai 1998  
Eine Bilanz in Zahlen und Fakten**

**1.0. Der bayerische Arbeitsmarkt unter der Regierung Stoiber**

**Zunahme der Arbeitslosigkeit seit dem Amtsantritt von MP Stoiber**

	Mai 1993		Mai 1998		Steigerung abs. Zahlen	Rang
	abs. Zahlen	Quote *	abs. Zahlen	Quote *		
Hessen	167.057	6,6 %	249.545	9,8 %	49,4 %	1.
Hamburg	60.995	8,3 %	89.231	12,5 %	46,3 %	2.
Schleswig-Holstein	85.927	7,6 %	122.714	10,7 %	42,8 %	3.
Rheinland-Pfalz	109.939	7,0 %	151.631	9,4 %	37,9 %	4.
Bayern	289.303	5,7 %	390.188	7,6 %	34,9 %	5.
Niedersachsen	289.152	9,2 %	386.043	11,9 %	33,5 %	6.
Bremen	35.306	11,9 %	45.709	16,4 %	29,5 %	7.
Baden-Württemberg	265.468	5,9 %	341.795	7,7 %	28,8 %	8.
NRW	679.905	9,3 %	843.062	11,5 %	24,0 %	9.
Saarland	45.755	10,8 %	52.302	12,4 %	14,3 %	10.
Deutschland (West)	2.147.936	7,8 %	2.825.357	10,2 %	31,5 %	

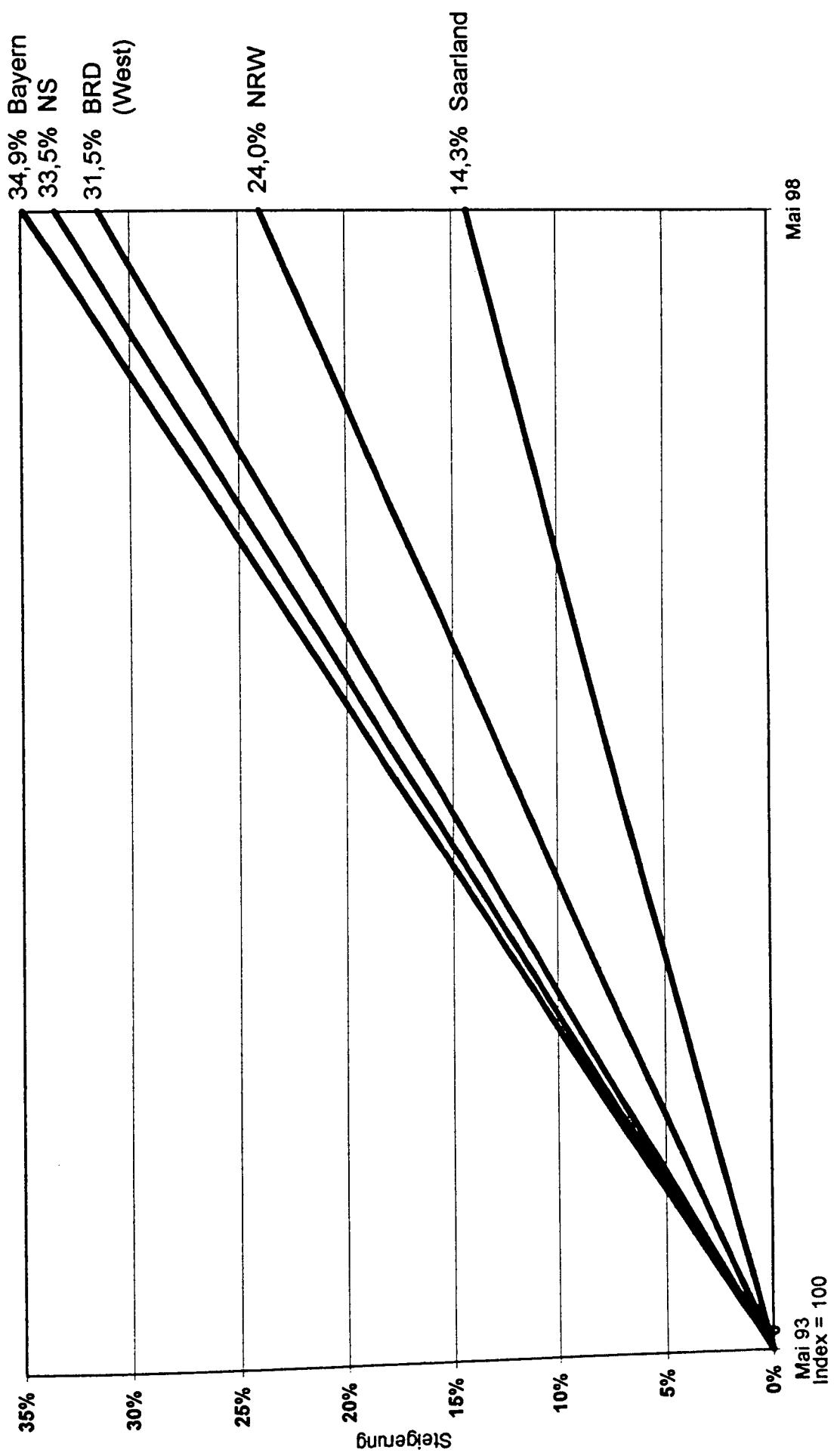
\* Arbeitslose in Prozent der abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

**Bewertung:**

Unter der Regierung Stoiber ist in Bayern die Arbeitslosigkeit stärker gestiegen als im Durchschnitt der westlichen Bundesländer.

1.1. Anstieg der Arbeitslosigkeit nach Ländern  
während der Regierungszeit Stoiber  
Mai 1993 - Mai 1998



## 1.2. Der regionale Arbeitsmarkt unter der Regierung Stoiber

### Aktuelle Arbeitslosenquoten der Regierung Stoiber im Vergleich

	Quote Mai 98 *
Hof	11,0 %
Nürnberg	10,2 %
Deutschland (West)	10,2 %
Oberfranken	9,3 %
Mittelfranken	9,2 %
Unterfranken	8,1 %
Oberpfalz	7,9 %
Bayern	7,6 %
Schwaben	7,4 %
Niederbayern	7,3 %
München	6,5 %
Oberbayern	6,3 %
Freising	4,4 %

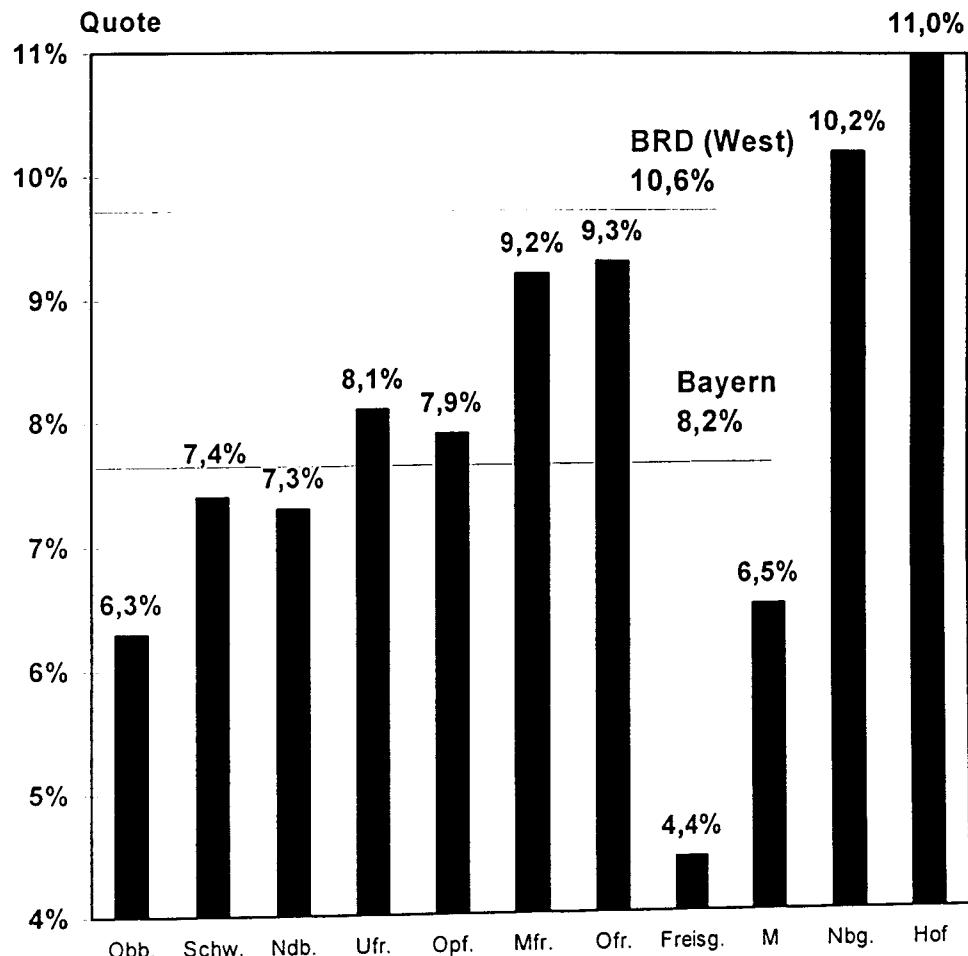
\* Arbeitslose in Prozent der abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

#### Bewertung:

Der aktuelle Arbeitsmarkt unter der Regierung Stoiber ist von großen regionalen Unterschieden geprägt. Manche Städte und Bezirke haben Arbeitslosenquoten wie echte Problemregionen. Statistisch wird der bayerische Durchschnitt durch die relativ guten Arbeitsmarktdaten in Oberbayern geliftet.

### 1.3. Regionale Arbeitslosigkeit in Bayern - Stand: Mai 1998



Arbeitslose in Prozent der abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

#### Bewertung:

1. In keinem anderen westlichen Flächenland sind die regionalen Unterschiede der Arbeitslosigkeit so groß wie in Bayern.
2. Diese Entwicklung hat sich in den 5 Jahren Stoiber verstärkt. Unter Stoiber wächst Bayern auseinander.

#### 1.4. Der Arbeitsmarkt unter der Regierung Stoiber

##### Dramatischer Verlust an Arbeitsplätzen im Mittelstand

	Veränderung Zahl der Beschäftig- ten 1994/96	Rang
NRW	+7.477	1.
Rheinland-Pfalz	+4.304	2.
Saarland	+3.617	3.
Schleswig-Holstein	+3.364	4.
Hessen	+225	5.
Bremen	-2.585	6.
Niedersachsen	-4.756	7.
Hamburg	-10.605	8.
Baden-Württemberg	-21.045	9.
<b>Bayern</b>	<b>-47.473</b>	<b>10.</b>

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

##### Bewertung:

Mit dem Mittelstand wurde ausgerechnet das Rückgrat unserer bayerischen Wirtschaft unter der Regierung Stoiber entscheidend geschwächt. Der Verlust von über 47.000 Beschäftigten von 1994 auf 1996 ist auch im Vergleich mit allen anderen Bundesländern absolut dramatisch.

Stoiber ist der Partner der Großindustrie, nicht des Mittelstandes. Daß er angesichts dieser Fakten so gut im Ansehen des Mittelstandes steht, zeigt wie kaum ein anderes Beispiel die Wirkung der Stoiber-Propaganda-Maschinerie.

## 1.5. Der Arbeitsmarkt unter der Regierung Stoiber

### Stoiber vernachlässigt den Mittelstand - Beispiel Neugründungen

Unternehmensneugründungen 1997 je 10.000 Unternehmen

	Anzahl	Rang
Berlin	421	1.
Hamburg	391	2.
Bremen	377	3.
Hessen	327	4.
Schleswig-Holstein	324	5.
NRW	292	6.
Saarland	262	7.
<b>Bayern</b>	<b>252</b>	<b>8.</b>
Niedersachsen	246	9.
Baden-Württemberg	224	10.
Rheinland-Pfalz	207	11.

Quelle: Creditreform, Arbeitgeber Nr. 4/50, 1998

#### Bewertung:

Gerade vor dem Hintergrund der Zunahme der Arbeitslosigkeit durch weiter steigende Insolvenzen und den verstärkten Abbau von Arbeitsplätzen in der Großindustrie kommt den Unternehmensneugründungen bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze überragende Bedeutung zu.

## 1.6. Der Arbeitsmarkt unter der Regierung Stoiber

### Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen im Ländervergleich

	<b>Erwerbstätige 1996</b>	<b>Erwerbstätige 1997</b>	<b>Veränderung</b>	<b>Rang</b>
Baden-Württemberg	4,602 Mio.	4,587 Mio.	- 0,3 %	1.
Rheinland-Pfalz	1,484 Mio.	1,476 Mio.	- 0,5 %	2.
Schleswig-Holstein	1,076 Mio.	1,068 Mio.	- 0,7 %	3.
NRW	7,188 Mio.	7,131 Mio.	- 0,8 %	4.
Niedersachsen	3,086 Mio.	3,062 Mio.	- 0,8 %	5.
Bremen	0,348 Mio.	0,345 Mio.	- 0,8 %	6.
Saarland	0,433 Mio.	0,428 Mio.	- 1,1 %	7.
Hamburg	0,907 Mio.	0,896 Mio.	- 1,1 %	8.
<b>Bayern</b>	<b>5,446 Mio.</b>	<b>5,386 Mio.</b>	<b>- 1,1 %</b>	<b>9.</b>
Hessen	2,610 Mio.	2,558 Mio.	- 2,0 %	10.
Deutschland (West)	28,201 Mio.	27,924 Mio.	- 1,0 %	

Quelle: Statistisches Bundesamt

#### Bewertung:

Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen unter der Regierung Stoiber ist im Vergleich mit den anderen alten Bundesländern in Bayern überdurchschnittlich.

## 1.7. Der Arbeitsmarkt unter der Regierung Stoiber

### Immer neue Pleitenrekorde in Bayern

	Konkursanträge von Unternehmen						Zunahme 1992 - 1997	Rang
	1992	1993	1994	1995	1996	1997		
Saarland	233	301	307	279	295	353	51,50 %	1.
Rheinland-Pfalz	581	716	781	923	1.009	989	70,22 %	2.
NRW	3.051	3.909	4.520	4.670	4.891	5.357	75,58 %	3.
Schleswig-Holstein	429	537	613	707	792	783	82,52 %	4.
Bremen	110	157	167	163	168	201	82,73 %	5.
Hamburg	311	477	560	502	564	579	86,17 %	6.
Niedersachsen	974	1.271	1.385	1.679	1.927	1.989	104,21 %	7.
Baden-Württemberg	1.177	1.517	1.911	2.200	2.325	2.446	107,81 %	8.
Hessen	950	1.282	1.514	1.728	1.961	2.000	110,53 %	9.
<b>Bayern</b>	<b>1.533</b>	<b>1.998</b>	<b>2.374</b>	<b>2.738</b>	<b>3.176</b>	<b>3.390</b>	<b>121,14 %</b>	<b>10.</b>
Deutschland (West) *	9.349	12.165	14.110	15.589	17.098	18.087	93,46 %	

\* ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt

#### Bewertung:

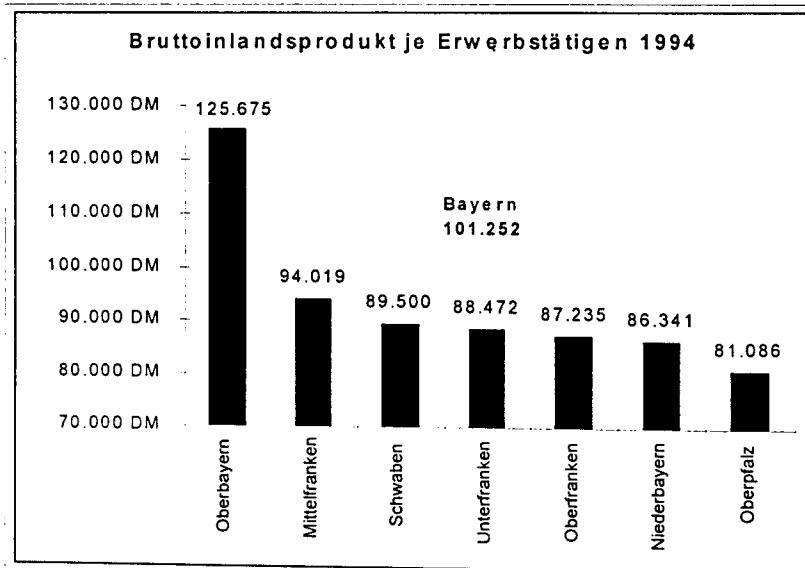
Die Konkursanträge von Unternehmen stiegen in Bayern zwischen 1992 und 1997 um über 121 %, sie haben sich in der Amtszeit von MP Stoiber, der im Mai '93 antrat, also mehr als verdoppelt. Bayern weist damit die absolut schlechteste Bilanz aller Bundesländer auf. Der bundesdeutsche Durchschnitt wird vom Freistaat um fast 30 % übertroffen.

## 1.8. Regierung Stoiber und Gerechtigkeit in Bayern

### Bayern - das gespaltene Land

	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 1994	Index
Bayern	101.252 DM	100
Oberbayern	125.675 DM	124
Mittelfranken	94.019 DM	93
Schwaben	89.500 DM	88
Unterfranken	88.472 DM	87
Oberfranken	87.235 DM	86
Niederbayern	86.341 DM	85
Oberpfalz	81.086 DM	80

Quelle: Statistisches Jahrbuch für Bayern 1997



#### Bewertung:

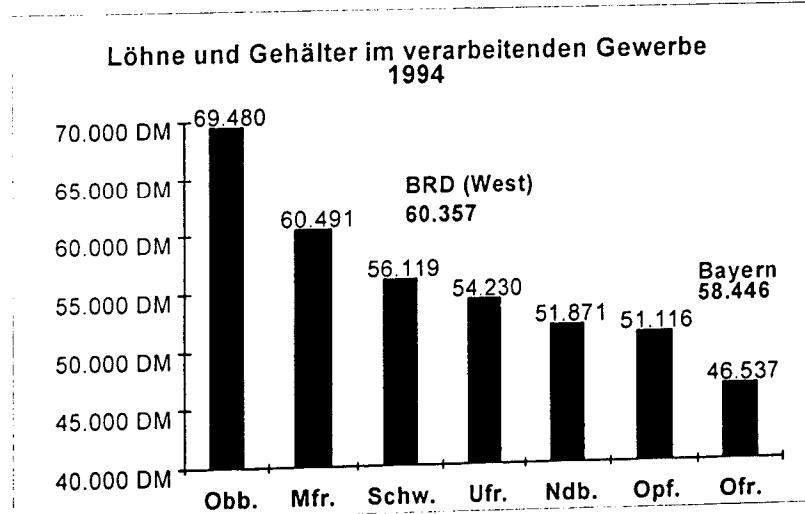
Hinter dem wenig aussagekräftigen bayerischen Durchschnittswert für das BIP in Höhe von 101.252 DM verbergen sich große regionale Unterschiede. So ist das BIP pro Kopf in Oberbayern eineinhalb mal so hoch wie in der Oberpfalz. Bezeichnenderweise erreicht das SPD-geführte München mit einem BIP pro Kopf von 146.999 DM und einem Index von 139 einen bayerischen Spitzenwert. 6 der 7 Regierungsbezirke Bayerns liegen unter dem bayerischen Durchschnitt! Edmund Stoiber ist der Ministerpräsident Oberbayerns. Er selbst sagte: „Oberbayern ist die Steigerung von Bayern“. Was sind dann Oberfranken, Niederbayern und die Oberpfalz?

## 1.9. Regierung Stoiber und Gerechtigkeit in Bayern

### Keine Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse bei Löhnen und Gehältern in Bayern

	Löhne und Gehälter im verarbeitenden Gewerbe 1994	Index
BRD (West)	60.357 DM	100,0
Bayern	58.446 DM	96,8
Oberbayern	69.480 DM	115,1
Mittelfranken	60.491 DM	100,2
Schwaben	56.119 DM	93,0
Unterfranken	54.230 DM	89,8
Niederbayern	51.871 DM	85,9
Oberpfalz	51.116 DM	84,7
Oberfranken	46.537 DM	77,1

Quelle: Landtagsdrucksache 13/4562



#### Bewertung:

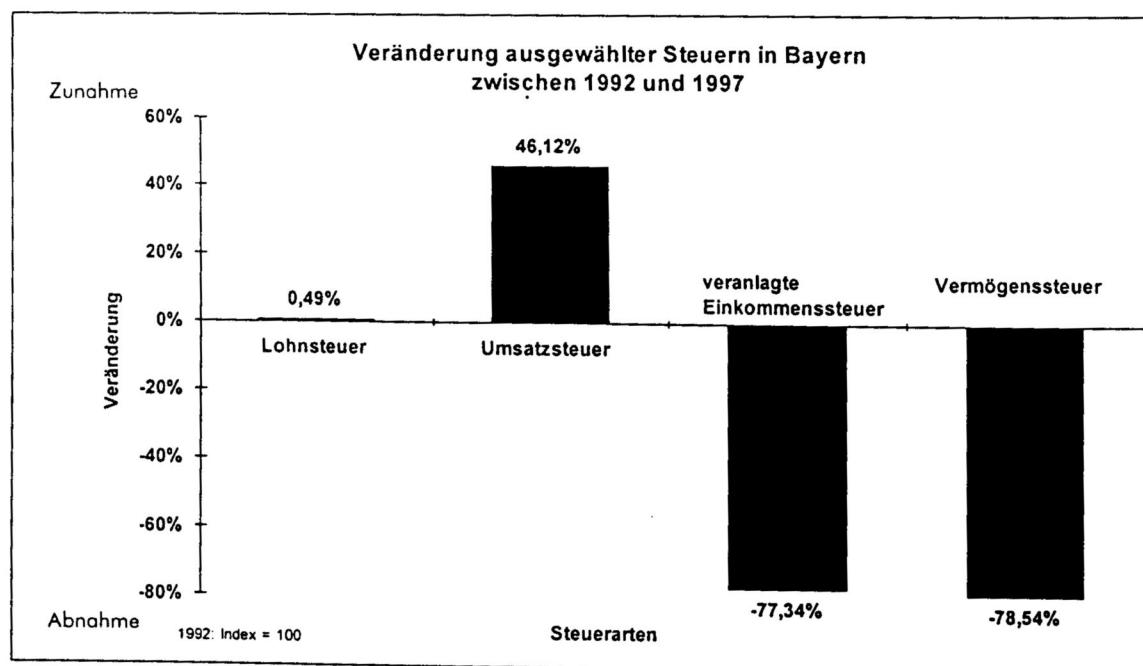
Das bayerische Niveau liegt unter bundesdeutschem Durchschnitt. Bemerkenswert sind wiederum die starken Disparitäten in Bayern. Die Löhne und Gehälter in Oberbayern sind eineinhalb mal so hoch wie die in Oberfranken. Die gesamtbayrische Zahl wird durch die oberbayerischen Löhne statistisch „geliftet“. Nur Oberbayern und Mittelfranken überbieten den bayerischen Durchschnitt. 5 von 7 Regierungsbezirken liegen darunter. Die regionalen Disparitäten sind die größten unter allen westlichen Flächenländern. Sie sind in der Amtszeit Stoiber noch gewachsen.

## 2.0. Regierung Stoiber und Gerechtigkeit in Bayern

### Entwicklung des Aufkommens ausgewählter Steuern während der Amtszeit von MP Stoiber in Bayern

	Steueraufkommen 1992 in DM	Anteil am Gesamtsteuer- aufkommen von 39,67 Mrd	Steuerauf- kommen 1997 in DM	Anteil am Gesamtsteuer- aufkommen von 45,05 Mrd	Veränderung 1997 im Ver- gleich zu 1992 bezogen auf abs. Zahlen
Lohnsteuer	17.673 Mio	44,55 %	17.759 Mio	39,42 %	+ 0,49 %
Umsatzsteuer	9.378 Mio	23,64 %	13.703 Mio	30,42 %	+ 46,12 %
veranlagte Einkommens- steuer	3.123 Mio	7,87 %	706 Mio	1,57 %	- 77,34 %
Vermögens- steuer	1.263 Mio	3,18 %	271 Mio	0,60 %	- 78,54 %

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Presseinformation v. 4.3.1998  
 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen



Bewertung:

Die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung bezahlt über Lohn- und Umsatzsteuer immer mehr, während Gutverdienende sich ihrer Steuerpflicht mehr und mehr entziehen können. Die Lohnsteuereinnahmen steigen, obwohl die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen sinkt (Arbeitslosigkeit).

Ab 1997 läuft das Aufkommen aus Vermögenssteuer gegen 0 DM, weil die CDU/CSU sie abgeschafft hat. Die Vermögenssteuer brachte bundesweit jährlich knapp 10 Mrd. DM, in Bayern allein 1,7 Mrd. DM. Diese Steuer wurde von den 4,7 Prozent der absoluten Spitzenvermögensbesitzer bezahlt. 95,3 % der Bayern zahlten mangels Masse keine Vermögenssteuer.

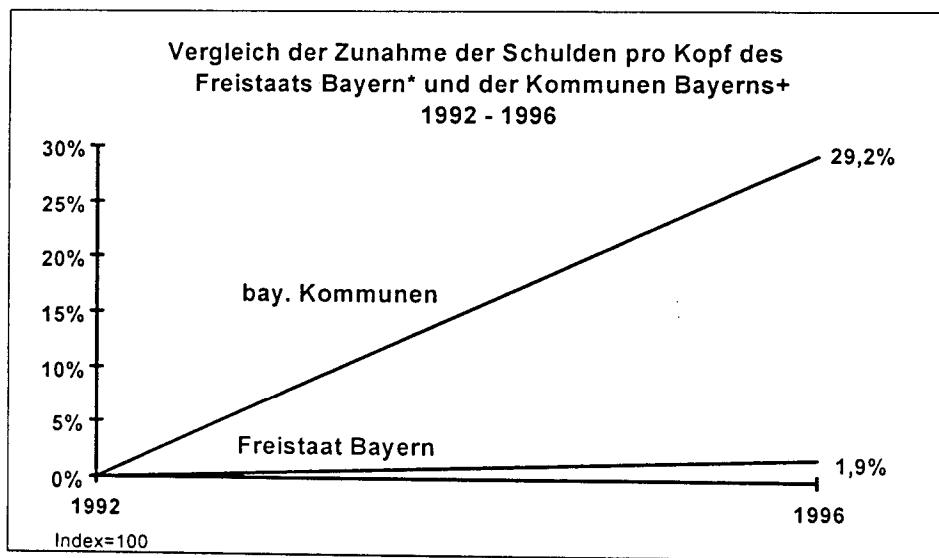
Waigel/Stoiber begünstigen Millionäre und schröpfen Millionen.

## 2.1. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

### "Solide" Finanzpolitik zu Lasten der Kommunen

	1992 in DM	1996 in DM	Veränder- ung	1992 in DM	1996 in DM	Veränder- ung
Schulden des Freistaats pro Kopf	3.015 *	3.073 *	+ 1,9 %	2.532 **	2.868 **	+ 13,3 %
Schulden der Kommunen pro Kopf	2.284 +	2.951 +	+ 29,2 %	1.524 ++	1.951 ++	+ 28,0 %

Quelle: Statistische Berichte des Bayerischen Landesamtes für Statistik  
Staats- und Kommunalen Schulden Bayerns



\* Kreditmarktverschuldung + Verschuldung bei öffentlichen Haushalten

\*\* Kreditmarktverschuldung

+ Kreditmarktverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände mit Krankenhäusern,

++ Zweckverbänden, Verwaltungsgemeinschaften, Eigenbetrieben + Verschuldung bei öffentlichen Haushalten  
Kreditmarktverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände mit Krankenhäusern

### Bewertung:

Der Freistaat hat seine Verschuldung nahezu konstant gehalten. Die Probleme werden von der Regierung Stoiber dafür aber mehr und mehr auf die Kommunen verlagert, deren Verschuldung drastisch zunahm.

Der Freistaat saniert sich unter Stoiber zu Lasten der Kommunen. Durch Verringerung der Zuschußquoten und/oder durch Streckung der Auszahlung benutzt der Freistaat die Kommunen als „Zwischenfinanzierungsinstitute“. Schlanker Staat? Subsidiarität?

## 2.2. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

### Finanzplanung und Haushaltswirklichkeit 1997 in Bayern

	Finanzplanung aus 93/94 für das Jahr 1997	Haushalt 1997 tatsächliche Werte
Steuerdeckungsquote	80,7 %	77,2 %
Kreditfinanzierungsquote	2,2 %	3,5 %
Investitionsquote mit Privatisierungserlösen	20,2 %	16,1 % 17,5 %
Nettokreditaufnahme	1,39 Mrd. DM	2,09 Mrd. DM
Steuereinnahmen	50,66 Mrd. DM	46,4 Mrd. DM

Quelle: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen Nachtrag 93/94 und Nachtrag 98

#### Bewertung:

Die Regierung Stoiber hat ihre sich selbst gesetzten haushaltspolitischen Ziele deutlich verfehlt. Ein Grund dafür ist die grandiose Fehleinschätzung der Kosten der deutschen Einheit durch Bundesfinanzminister Waigel und Ministerpräsident Stoiber.

### 2.3. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

#### Haushaltsdaten 1993 und 1998

	Nachtrag 93	Nachtrag 98	Veränderung
Steuerdeckungssquote	77,6 %	76,2 %	-1,80 %
Kreditfinanzierungsquote	2,2 %	4,1 %	+86,36 %
Investitionsquote	21 %	15,9 %	-24,29 %
Nettokreditaufnahme	1,18 Mrd. DM	2,47 Mrd. DM	+109,32 %

Quelle: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen Nachtrag 93/94 und Nachtrag 98

#### Bewertung:

Bei entscheidenden Eckdaten des bayerischen Haushalts ist unter MP Stoiber eine spürbare und teilweise sogar eklatante Verschlechterung seit 1993 eingetreten.

Typisches Beispiel. Stoiber röhmt sich der höchsten Investitionsquote aller Länderhaushalte. Daß er aber bei Amtsantritt einen Haushalt seines Vorgängers Streibl mit einer Investitionsquote (= Anteil der Investitionsausgaben am Gesamthaushalt) von 21 % vorfand und in seiner Regierungszeit die Investition um rund 25 % zurückgefahren hat, verbreitet Stoiber natürlich nicht. Genau das ist aber seine „Leistung“, sein „Verdienst“.

### 2.3.1. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

**Was die Regierung Stoiber im Jahr 1997 investieren wollte, und was sie wirklich investiert hat**

Aufgabenbereich	Soll 1997 (in Millionen Mark)	Ist 1997 (in Millionen Mark)	Differenz (in Millionen Mark)
Staatlicher Straßen- und Brückenbau	350	285	-65
Staatlicher Wasserbau	129	98	-31
Städtebauförderung	236	200	-36
Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung	449	337	-112
Investive Zuschüsse für Bahn-regionalisierung	449	418	-31
Landwirtschaftsförderung	502	391	-111
Kommunaler Straßenbau aus Kfz-Steuer	485	332	-153
Abwasserbeseitigung	603	577	-26
Krankenhausfinanzierung	1.169	1.115	-54
Sonstiges			-80
Summe			-699

Quelle: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

#### Bewertung:

Im Jahr 1997 wurden 700 Millionen DM weniger investiert als vorgesehen. Damit sank die Investitionsquote von geplanten 16,1 % auf tatsächliche 14,9 %. Wahlkampfrücklagen für 1998?

## 2.4. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

### Regierung Stoiber zahlt in den Länderfinanzausgleich

	Zahlungen Bayerns in den LFA
1992	- 54,5 Mio DM
1993	12,4 Mio DM
1994	668,9 Mio DM
1995	2.532,8 Mio DM
1996	2.865,5 Mio DM
1997	3.079,4 Mio DM

Quelle: Bundesministerium der Finanzen - Finanzbericht

#### Bewertung:

Die Zahlungen Bayerns in den Länderfinanzausgleich stiegen im Jahr 1995 sprunghaft an. Das ist eine Folge der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs im Jahr 1993, dem sowohl der CSU-Vorsitzende, Bundesfinanzminister Waigel, als auch die Bayerische Staatsregierung unter Führung von MP Stoiber zustimmten. Ministerpräsident Stoiber hat damals darauf vertraut, daß die Steuerkraft in den neuen Bundesländern ansteigt. Das erweist sich jetzt als Fehleinschätzung. Stoiber will jetzt korrigieren, was er noch 1993 selbst unterschrieb.

Bayern hat davor 38 Jahre lang aus dem Länderfinanzausgleich Mittel erhalten. Gemessen am Bruttonzialprodukt entsprechen die Zahlungen einem Wert von fast 42 Mrd DM.

Die BayernSPD ist aufgeschlossen für eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. Diese ist politisch realistisch und sinnvoll nur in Konsens mit den anderen Ländern durchsetzbar. Das Solidaritätsprinzip darf jedoch nicht aufgehoben werden. Gerade Bayern hat 38 Jahre lang davon profitiert. Und Bayern erhält überproportionale Zuweisungen bzw. zieht Nutzen aus dem Bundeshaushalt (Agrar, Verkehrswege, Aufträge für Militär, Luft- und Raumfahrt).

## 2.5. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

**MP Stoiber kritisiert den Föderalismus, aber Bayern profitiert auch davon**

	Ausgaben für die Agrarsozialpolitik im Bundeshaushalt für Bayern	Bayerischer Anteil an den Ausgaben des Bundes für agrarsoziale Sicherung
1994	2,1 Mrd. DM	31,7 %
1995	2,1 Mrd. DM	30,2 %
1996	2,3 Mrd. DM	29,7 %

Quelle: Bundeshaushalt

### Bewertung:

Bei seiner vehementen Kritik am bundesdeutschen Föderalismus will MP Stoiber nicht wahrhaben, daß der Freistaat seinerseits im Rahmen von Transfersystemen erheblich profitiert. MP Stoiber schadet damit Bayern.

Im übrigen: Kein Bundesland bzw. dessen Wirtschaft erhält aus dem Bundeshaushalt mehr Aufträge als Bayern.

### 3.0. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

#### Nur Lippenbekenntnisse für die bayerischen Bauern

	<b>Gewinn je landwirtschaftlichem Haupterwerbsbetrieb 1996/97</b>	<b>Rang</b>	<b>Veränderung zum Vorjahr</b>
Sachsen-Anhalt	102.633	1.	+ 4,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	79.688	2.	- 9,3 %
Brandenburg	77.513	3.	+ 1,8 %
Thüringen	67.902	4.	- 6,7 %
Schleswig-Holstein	65.112	5.	- 2,0 %
Niedersachsen	62.285	6.	+ 3,9 %
NRW	62.030	7.	+ 15,1 %
Rheinland-Pfalz	61.376	8.	+ 16,4 %
Sachsen	58.720	9.	- 13,8 %
Baden-Württemberg	53.461	10.	+ 6,2 %
Hessen	51.774	11.	+ 0,7 %
<b>Bayern</b>	<b>47.043</b>	<b>12.</b>	<b>- 2,9 %</b>

Quelle: Agrarbericht

#### Bewertung:

Bayerns Bauern geht es nicht nur absolut am schlechtesten, sie haben weniger als die Hälfte eines Bauern in Sachsen-Anhalt. Bayerns Bauern mußten darüber hinaus auch noch erhebliche Einkommenseinbußen gegenüber dem Vorjahr hinnehmen.

CSU, die Agrarpartei? Bayern, das Agrarland, das unter Stoiber optimale Politik für seine Bauern macht? Dichtung und Wahrheit, Image und Wirklichkeit. Selten findet man ein Beispiel, wo die treueste Wählergruppe einer Partei (Bauern / CSU) von ihr so schlecht behandelt wird.

### 3.1. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

#### Das Höfesterben geht weiter

	Zahl der Betriebe in Bayern ab 1 ha LF	absolute Veränderung	Veränderung in Prozent
1993	200.160		
1996	185.049	-15.111	-7,5 %

Betriebsaufgaben	absolute Veränderung	Veränderung in %
zwischen 1991 - 1993	13.309	-6,3 %
zwischen 1993 - 1995	17.682	-8,8 %

Haupterwerbsbetriebe haben 1995 gegenüber 1985 um 42.000 bzw. 34,3 % abgenommen.

1995 wurden 57,4 % der Betriebe von Nebenerwerbsbauern bewirtschaftet.

Quellen: Agrarbericht 1993  
Agrarbericht 1996

#### Bewertung:

In keinem anderen westlichen Bundesland sterben mehr Höfe, mußten mehr Bauern aufgeben als in Bayern. In keinem anderen Bundesland wählen die Bauern so treu CSU (CDU) wie in Bayern. Traumsituation für die Schwarzen. Wie lange noch?

#### 4. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

##### In Bayern bleiben immer häufiger die Betten leer

	Gästeübernachtungen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Veränderung gegenüber dem Ausgangsjahr
1992	76.589.676		
1993	74.462.492	-2,78 %	
1994	73.414.745	-1,41 %	
1995	72.854.806	-0,76 %	
1996	71.010.514	-2,53%	
1997	66.800.000	-5,93 %	-12,78 %

Quellen: Statistisches Jahrbuch für Bayern 1997

Statistisches Bundesamt - Mitteilung für die Presse 2.3.1998

##### Bewertung:

Zum sechsten Mal in Folge fielen in Bayern die Übernachtungszahlen. Die Trennungskehr, von der noch im Oktober letzten Jahres Wirtschaftsminister Otto Wiesheu sprach, hat sich damit nicht eingestellt.

Vor allem die strukturschwachen Gebiete haben darunter zu leiden.

Dazu kommt die verheerende Wirkung der „Gesundheitsreform“ des CSU-Vize Seehofer, die den bayerischen Bäder- und Kurorten dramatischen Schaden zufügt.

## 5. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

**Bayern hat eine der höchsten Kriminalitätssteigerungsraten aller Altbundesländer**

	erfaßte Fälle 1993	erfaßte Fälle 1997	Steigerungsrate	Rang
Bremen	110.498	97.506	-11,76 %	1.
Niedersachsen	650.151	576.894	-11,27 %	2.
Schleswig-Holstein	272.045	247.106	-9,17 %	3.
Hessen	494.402	457.408	-7,48 %	4.
Baden-Württemberg	619.352	598.647	-3,34 %	5.
NRW	1.377.360	1.352.901	-1,78 %	6.
BRD (West)	5.347.780	5.255.153	-1,73 %	
Saarland	67.939	67.686	-0,37 %	7.
<b>Bayern</b>	<b>669.671</b>	<b>700.426</b>	<b>+4,59 %</b>	<b>8.</b>
Hamburg	284.414	297.534	+4,61 %	9.
Berlin	565.773	592.638	+4,75 %	10.
Rheinland-Pfalz	236.175	266.507	+12,84 %	11.

Quellen: Bulletin der Bundesregierung 30.Mai 1994  
Landeskriminalämter

### Bewertung:

Richtig, der Freistaat steht bei der Strafhäufigkeit gut da. Nur, das war 1993 noch wesentlich besser. In Wahrheit dokumentieren die Zahlen einen **Anstieg** der Kriminalität, der signifikant über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt. Im Gegensatz zu Bayern ist in den meisten anderen Bundesländern die Zahl der Straftaten sogar rückläufig.

## 6. Regierung Stoiber - Anspruch und Wirklichkeit

### Bayern - ein Eldorado für Steuersünder

Ländervergleich der durchschnittlichen Geldbußen und Freiheitsstrafen je 1 Million DM hinterzogener Steuern

	<b>Summe der per Gericht festgestellten hinterzogenen Steuern in DM</b>	<b>Geldstrafe pro 1 Million Steuerhinterziehung in DM</b>	<b>Rang</b>	<b>Freiheitsstrafen pro 1 Million Steuerhinterziehung in Monaten</b>	<b>Rang</b>
Schleswig-Holstein	20,34 Mio	158.000	1.	11,8	8.
Baden-Württemberg	61,38 Mio	130.000	2.	11,2	10.
Rheinland-Pfalz	38,65 Mio	124.000	3.	14,3	6.
NRW	230,60 Mio	118.000	4.	18,5	5.
Hessen	59,95 Mio	103.000	5.	22,7	4.
Bremen	6,02 Mio	97.000	6.	33,8	1.
Niedersachsen	85,51 Mio	81.000	7.	14,2	7.
Hamburg	26,00 Mio	73.000	8.	26,3	2.
Saarland	2,43 Mio	73.000	8.	24,7	3.
Berlin	46,92 Mio	66.000	10.	11,5	9.
<b>Bayern</b>	<b>226,70 Mio</b>	<b>26.000</b>	<b>11.</b>	<b>8,9</b>	<b>11.</b>
Deutschland		85.000		14,8	

Quelle: Wirtschaftswoche, Ausgabe 12/12. März 1998, nach Angaben der Länderfinanzministerien für 1996

#### Bewertung:

In Bayern ist die Gefahr, bei Steuerhinterziehung erwischt zu werden, im Vergleich zu allen Bundesländern am geringsten. Und wer vor Gericht gestellt wird, kann mit milden Sanktionen rechnen. Damit gehen hunderte von Millionen verloren, die dringend gebraucht würden. Die Gründe liegen in der Weigerung der Staatsregierung, mehr Steuerfahnder einzustellen. Mit 1,6 Steuerfahndern je 10.000 Betrieben ist Bayern das absolute Schlußlicht im Bundesgebiet. Kein Wunder, daß sich da die Gerichte dem wohlwollenden und milden Klima für Steuersünder, das der Freistaat bereithält, anschließen.

## 7.0 Die Bildungsmisere der Regierung Stoiber

**Bayern - das reiche Land spart auf Kosten der Zukunft unserer Kinder**

	Ausgaben Unterricht und Kultus (Einzelplan 05)	Anteil am Bruttoinlandsprodukt Bayerns
1992	9.129,3 Mio DM	1,74 %
1996	9.722,4 Mio DM	1,63 %

Quelle: Bildung und Kulturpflege 1997

### Durchschnittliche Klassengröße (Zahl der Schüler pro Klasse)

Schulart	1992/93	1996/97	Differenz
Grund- und Hauptschule	23,8	24,4	+0,6
Förderschule	10,7	11,5	+0,7
Realschule	26,0	27,5	+1,5
Gymnasium	24,4	24,6	+0,2

Quellen: Bildung und Kulturpflege in Bayern 1994, 1997

### Zahl der Klassen mit mehr als 30 Schülern

Schulart	1992/93	1996/97	Differenz
Grund- und Hauptschule	1.741	2.004	+15,11 %
Realschule	735	1.332	+81,22 %
Gymnasium	1.696	1.721	+ 1,47 %
<b>Summe</b>	<b>4.172</b>	<b>5.057</b>	<b>+ 21,21 %</b>

Quellen: Bildung und Kulturpflege in Bayern 1994, 1997

**Bewertung:**

Beim Sparen auf Kosten der Zukunft unserer Kinder ist Bayern bundesweit nach wie vor Spitze. Mit dem sturen Verweis auf leere Kassen hat die Staatsregierung immer vollere Klassen produziert.

Der Kultusminister hat zugelassen, daß Bildungspolitik in Bayern unter der Kuratel des Finanzministers steht. Das Sozialprodukt in Bayern steigt, aber der Ausgabenanteil für Schulen, Bildung und Ausbildung sinkt. Bildung und Ausbildung, die beste Vorbereitung unserer Kinder auf die Arbeitsmärkte von morgen, haben im CSU-regierten Freistaat keine Priorität.

4.000 teuer und bestens ausgebildete Lehrer sind nicht eingestellt worden, ein pädagogischer und volkswirtschaftlicher Unsinn.

Übrigens: Auch nach der angekündigten Bildungsoffensive der Staatsregierung ändert sich an den Zahlen nur etwas im Bereich hinter dem Komma.

## 7.1. Die Bildungsmisere der Regierung Stoiber

### Durchschnittliche Zahl der Kinder pro Klasse im Ländervergleich

	Grund-schule	Rang	Haupt-schule	Rang	Real-schule	Rang	Gymna-sium Klassen-stufen 5 - 10	Rang
Baden-Württemberg	22,5	5.	20,9	6.	26,2	6.	25,8	4.
<b>Bayern</b>	<b>24,5</b>	<b>11.</b>	<b>24,2</b>	<b>11.</b>	<b>27,2</b>	<b>8.</b>	<b>27,2</b>	<b>10.</b>
Berlin	23,9	10.	18,4	1.	27,9	10.	27,6	11.
Bremen	22,9	7.	19,3	2.	25,3	4.	26,0	5.
Hamburg	23,3	8.	21,7	7.	24,2	3.	24,9	2.
Hessen	21,8	4.	20,0	4.	26,0	5.	26,6	7.
Niedersachsen	21,4	2.	20,4	5.	23,7	2.	24,9	2.
NRW	23,6	9.	23,2	10.	27,9	10.	27,0	9.
Rheinland-Pfalz	22,6	6.	22,8	9.	26,2	6.	26,0	5.
Saarland	21,3	1.	21,9	8.	27,6	9.	26,6	7.
Schleswig-Holstein	21,4	2.	19,9	3.	22,1	1.	23,9	1.
Deutschland	22,7		22,0		25,5		26,0	

Quelle: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz 142/1997

#### Bewertung:

Zweimal an letzter, zweimal an vorletzter Stelle. Das sind die Fakten. Kommentar überflüssig.

## 7.2. Die Bildungsmisere der Regierung Stoiber

**Auf einem Abstiegsplatz bei der beruflichen Bildung -  
Bayern High-Tech?**

	<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Berufsausbildung 1995</b>	<b>Rang</b>
Hamburg	15,3 %	1.
Bremen	17,3 %	2.
Schleswig-Holstein	18,3 %	3.
Berlin	18,5 %	4.
Hessen	19,5 %	5.
Niedersachsen	20,4 %	6.
Saarland	21,2 %	7.
NRW	21,8 %	8.
<b>Bayern</b>	<b>22,7 %</b>	<b>9.</b>
Rheinland-Pfalz	23,2 %	10.
Ba.Wü.	24,7 %	11.

Quelle: Landtagsdrucksache 13/4791

### Bewertung:

Alle Fachleute sind sich einig, daß künftig Beschäftigte ohne Berufsausbildung ein immer höheres Arbeitslosigkeitsrisiko haben.

So wird Bayern den Wettbewerb zwischen den Bundesländern, den MP Stoiber so gerne haben will, nicht bestehen können. Unter den Bedingungen der Globalisierung schon gar nicht.

Übrigens: auch hier gibt es ein deutliches innerbayerisches Gefälle Oberbayern - Oberfranken.

### 7.3. Die Bildungsmisere der Regierung Stoiber

#### Schlußlicht bei der Hochschulreife

	<b>Schulabgänger mit Hochschul- reife 1996</b>	<b>Rang</b>
Berlin	34,6 %	1.
Hamburg	33,9 %	2.
Bremen	31,2 %	3.
Hessen	30,4 %	4.
NRW	28,6 %	5.
Baden-Württemberg	27,4 %	6.
Niedersachsen	25,9 %	7.
Schleswig-Holstein	25,6 %	8.
Rheinland-Pfalz	24,9 %	9.
Saarland	21,9 %	10.
<b>Bayern</b>	<b>19,6 %</b>	<b>11.</b>

Quelle: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz 142/1997

#### Bewertung:

Mit 19,6 % hat Bayern die geringste Abiturientenquote. Die Propaganda, Bayern habe die klügsten Schüler dank CSU, läßt sich auch statistisch widerlegen. Wenn beispielsweise in Hamburg nicht alle 34 von 100 eines Jahrgangs, die Abitur machen, herangezogen würden, sondern nur die besten 19 %, sähe der Vergleich anders aus.

Schlechte Startvoraussetzungen für die bayerischen Jugendlichen. Die Regierung Stoiber sollte zumindest im Bildungsbereich im Interesse der bayerischen Jugend ihre eigene Wettbewerbsrhetorik ernst nehmen und nicht allen anderen alten Bundesländern hinterherhinken.



## 7.4. Die Bildungsmisere der Regierung Stoiber

### Obergrenzen für Klassengrößen

	<b>Grundschule</b>	<b>Hauptschule</b>	<b>Realschule</b>	<b>Gymnasium</b>
Baden-Württemberg	31	33	33	33
Bayern	32	33	33 (Klasse 7-9) 32 Klasse 10)	33 (Klasse 5-9) 32 (Klasse 10+11)
Berlin	26	19/20/24/24	29	29
Bremen	27	20 (Klasse 7) 22 (Klasse 8-10)	30	30
Hamburg	26	24	26	28
Hessen	28	28	33	33
Niedersachsen	28	28	30	30; 22
NRW	24	24	24	28 (Klasse 5-9) 19,5 (ab Klasse 10)
Rheinland-Pfalz	30	30	30	25/30
Saarland	29	30	33	33 31 (Klasse 11)
Schleswig-Holstein	29	29	29	29

Quelle: BLLV

### Bewertung:

Kein anderes Bundesland hat höhere Obergrenzen für die Schulklassengrößen als Bayern. Frühestens ab einer Stärke von 32 Schülern darf in Bayern eine Klasse geteilt werden, an Hauptschulen und in den oberen Klassen von Realschulen und Gymnasien erst ab 33.

Die Folge: Bayern hat die vollsten Klassenzimmer der Republik, Tendenz steigend. 5.057 Klassen hatten laut BLLV im vergangenen Schuljahr über 30 Schülerinnen und Schüler, das sind 611 Klassen mehr als ein Jahr zuvor. 157.000 Schulkinder sitzen im Freistaat in überfüllten Klassenzimmern mit mehr als 30 Schülern. Bayerns Schulkinder sind Opfer der Sparpolitik der Staatsregierung.